Die SEW zum Westberlin-Problem

Dokumentation
zu Aktivitäten, Vorschlägen und
Stellungnahmen der
Sozialistischen Einheitspartei Westberlins
gegen Frontstadtpolitik
und kalten Krieg,
für die Normalisierung der Beziehungen
Westberlins zur DDR

1971
Zeitungsdienst Berlin
Verlags- und Druckerei-GmbH

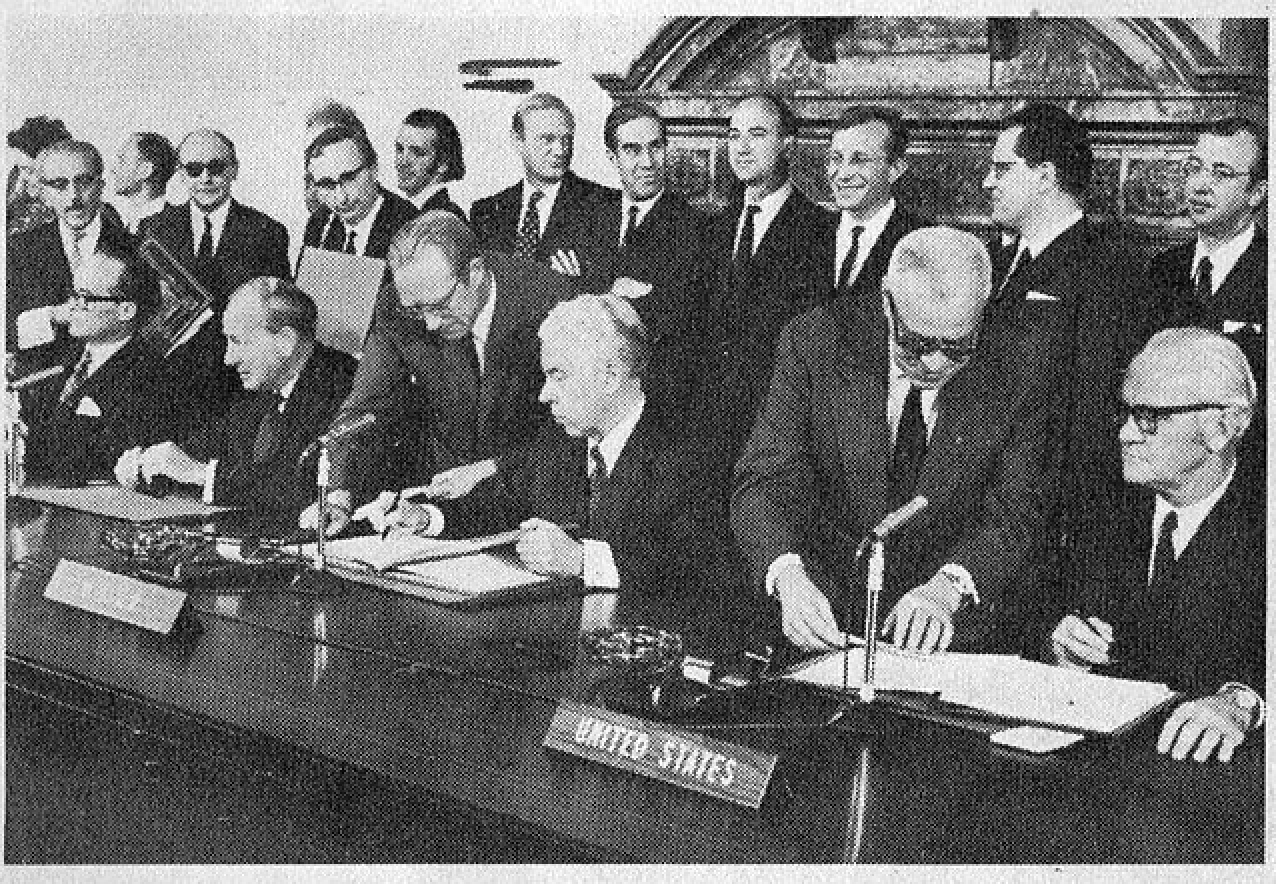
Herausgeber:
Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins
Druck:
Druckhaus Norden GmbH, Berlin 21

Die Wahrheit

17. Jahrg., Nr. 172 | Sonnabend/Sonntag 4./5. September 1971 | Preis 30 Pf A 4999 B

Botschafter unterzeichneten Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin

Wesentlicher Schritt zur Festigung des Friedens im Zentrum Europas



Die Botschafter der vier Mächte setzen ihre Unterschriften unter das Abkommen über Westberlin
Foto: DW/Henschel

Vierseitiges Abkommen

Die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Französischen Republik,

vertreten durch ihre Botschafter, die in dem früher vom Alliierten Kontrollrat benutzten Gebäude im amerikanischen Sektor Berlins eine Reihe von Sitzungen abgehalten haben,

handelnd auf der Grundlage ihrer vierseitigen Rechte und Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die nicht berührt werden;

unter Berücksichtigung der bestehenden Lage in dem betreffenden Gebiet;

von dem Wunsch geleitet, zu praktischen Verbesserungen der Lage beizutragen;

unbeschadet ihrer Rechtspositionen,

haben folgendes vereinbart:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

1. Die vier Regierungen werden bestrebt sein, die Beseitigung von Spannungen und die Verhütung von Komplikationen in den betreffenden Gebieten zu fördern.

2. Unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen stimmen die vier Regierungen darin überein, daß in diesem Gebiet keine Anwendung oder Androhung von Gewalt erfolgt und daß Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind.

3. Die vier Regierungen werden ihre individuellen und gemeinsamen Rechte und Verantwortlichkeiten, die unverändert bleiben, gegenseitig achten.

4. Die vier Regierungen stimmen darin überein, daß ungeachtet der Unterschiede in den Rechtsauffassungen die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat und wie sie in diesem Abkommen sowie in den anderen in diesem Abkommen genannten Vereinbarungen definiert ist, nicht einseitig verändert wird.

Teil II

Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen

A. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik ohne Behinderungen sein wird; daß dieser Verkehr erleichtert werden wird, damit er in der einfachsten und schnellsten Weise vor sich geht; und daß er Begünstigung erfahren wird.

Die diesen zivilen Verkehr betreffenden konkreten Regelungen, wie sie in Anlage I niedergelegt sind, werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

B. Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erklären, daß die Verbindungen (1) zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren, so wie bisher kein Bestandteil (2) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden.

Konkrete Regelungen, die das Verhältnis zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland betreffen, sind in Anlage II niedergelegt.

Anmerkung (1): Russischer Originaltext: Swjasi, englischer Originaltext: Ties, französischer Originaltext: Liens.

Anmerkung (2): Russischer Originaltext: Sostawnaja Tschastj, englischer Originaltext: Constituent Part, französischer Originaltext: Elément Constitutif.

C. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß die Kommunikationen zwischen den West-

sektoren Berlins und Gebieten, die an diese Sektoren grenzen, sowie denjenigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht an diese Sektoren grenzen, verbessert werden. Ständige Einwohner der Westsektoren Berlins werden aus humanitären, familiären, religiösen, kulturellen oder kommerziellen Gründen oder als Touristen in diese Gebiete reisen und sie besuchen können, und zwar unter Bedingungen, die denen vergleichbar sind, die für andere in diese Gebiete einreisende Personen gelten.

Die Probleme der kleinen Enklaven einschließlich Steinstückens und anderer kleiner Gebiete können durch Gebietsaustausch gelöst werden.

Konkrete Regelungen, die die Reisen, die Kommunikationen und den Gebietsaustausch betreffen, wie in Anlage III niedergelegt, werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

D. Die Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins im Ausland und die konsularische Tätigkeit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den Westsektoren Berlins können, wie in Anlage IV niedergelegt, ausgeübt werden.

Teil III

Schlußbestimmungen

Dieses vierseitige Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, der in einem vierseitigen Schlußprotokoll festgelegt wird, das abzuschließen ist, sobald die in Teil II dieses vierseitigen Abkommens und in seinen Anlagen vorgesehenen Maßnahmen vereinbart worden sind.

Geschehen in dem früher vom Alliierten Kontrollrat benutzten Gebäude im amerikanischen Sektor Berlins am 3. September 1971, in vier Urschriften, jede in russischer, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
P. A. Abrassimow

für die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland
R. Jackling

für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
K. Rush

für die Regierung der Französischen Republik
J.-V. Sauvagnargues

Anlage I

Mitteilung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Ehre, unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt A des vierseitigen Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsultationen und in Übereinkunft mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes mitzuteilen:

1. Der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik wird erleichtert werden und ohne Behinderungen sein. Er wird in der einfachsten, schnellsten und günstigsten Weise erfolgen, wie es in der internationalen Praxis vorzufinden ist.

2. In Übereinstimmung damit:

a) können für die Beförderung von zivilen Gütern auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland vor der Abfahrt verplombte Transportmittel benutzt werden. Die Kontrollverfahren werden auf die Prüfung der Plomben und Begleitdokumente beschränkt werden;

b) werden bei Transportmitteln, die nicht verplombt werden können, wie zum Beispiel offene Lastkraftwagen, die Kontrollverfahren auf die Prüfung der Begleitdokumente beschränkt werden. In besonderen Fällen, in denen hinreichende Verdachtsgründe dafür vorliegen, daß nichtverplombte Transportmittel Materialien enthalten, die zur Verbreitung auf den vorgesehenen Wegen bestimmt sind, oder daß sich in ihnen Personen oder Materialien befinden, die auf diesen Wegen aufgenommen worden sind, kann der Inhalt der nichtverplombten Transportmittel geprüft werden. Die Verfahren zur Behandlung derartiger Fälle werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart;

c) können für Reisen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland durchgehende Züge und Autobusse benutzt werden. Die Kontrollverfahren umfassen

außer der Identifizierung von Personen keine anderen Formalitäten;

d) werden Personen, die als Transitreisende identifiziert sind und individuelle Transportmittel zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf den für den Durchgangsverkehr vorgesehenen Wegen benutzen, zu ihrem Bestimmungsort gelangen können, ohne individuelle Gebühren und Abgaben für die Benutzung der Transitwege zu zahlen. Die Verfahren, die auf solche Reisenden Anwendung finden, werden keine Verzögerungen mit sich bringen. Die Reisenden, ihre Transportmittel und ihr persönliches Gepäck werden nicht der Durchsuchung und der Festnahme unterliegen oder von der Benutzung der vorgesehenen Wege ausgeschlossen werden, außer in besonderen Fällen, wie das zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart werden kann, in denen hinreichende Verdachtsmomente bestehen, daß ein Mißbrauch der Transitwege für Zwecke beabsichtigt ist, die nicht mit der direkten Durchreise von und nach den Westsektoren Berlins in Zusammenhang stehen und die den allgemein üblichen Vorschriften bezüglich der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufen;

e) kann eine entsprechende Kompensation für Abgaben, Gebühren und andere Kosten, die den Verkehr auf den Verbindungswegen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland betreffen einschließlich der Instandhaltung der entsprechenden Wege, Einrichtungen und Anlagen, die für diesen Verkehr benutzt werden, in Form einer jährlichen Pauschalsumme erfolgen, die von der Bundesrepublik Deutschland an die Deutsche Demokratische Republik gezahlt wird.

3. Regelungen zur Durchführung und Ergänzung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Bestimmungen werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

Anlage II

Mitteilung der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika beehren sich, unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt B des vierseitigen Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsul-

tation mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

1. In Ausübung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten erklären sie, daß die Verbindungen (1) zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (2) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden. Die Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der in den Westsektoren Berlins in Kraft befindlichen Verfassung, die zu dem Vorstehenden in Widerspruch stehen, sind suspendiert worden und auch weiterhin nicht in Kraft.

Anmerkung (1): Russischer Originaltext: Swjasi, englischer Originaltext: Ties, französischer Originaltext: Liens.

Anmerkung (2): Russischer Originaltext: Sostawnaja Tschastj, englischer Originaltext: Constituent Part, französischer Originaltext: Elément Constitutif.

2. Der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Bundesversammlung, der Bundesrat und der Bundestag, einschließlich ihrer Ausschüsse und Fraktionen, sowie sonstige staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland werden in den Westsektoren Berlins keine Verfassungs- oder Amtsakte vornehmen, die in Widerspruch zu Absatz 1 stehen.

3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird in den Westsektoren Berlins bei den Behörden der drei Regierungen und beim Senat durch eine ständige Verbindungsbehörde vertreten sein.

Anlage III

Mitteilung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Ehre, unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt C des vierseitigen Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsultationen und in Übereinkunft mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes mitzuteilen:

1. Die Kommunikationen zwischen den Westsektoren Berlins und Gebieten, die an diese Sektoren grenzen, sowie denjenigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht an diese Sektoren grenzen, werden verbessert werden.

2. Ständige Einwohner der Westsektoren Berlins werden aus humanitären, familiären, religiösen, kulturellen oder kommerziellen Gründen oder als Touristen in diese Gebiete reisen und sie besuchen können, und zwar unter Bedingungen, die denen vergleichbar sind, die für andere in diese Gebiete einreisende Personen gelten. Zur Erleichterung der oben beschriebenen Besuche und Reisen ständiger Einwohner der Westsektoren Berlins werden zusätzliche Übergangsstellen eröffnet.

3. Die Probleme der kleinen Enklaven einschließlich Steinstückens und anderer kleiner Gebiete können durch Gebietsaustausch gelöst werden.

4. Die Telefon-, Telegraphen-, Transport- und anderen Verbindungen der Westsektoren nach außen werden erweitert werden.

5. Regelungen zur Durchführung und Ergänzung der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

Anlage IV (A)

Mitteilung der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Französischen Republik beehren sich unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt D des vierseitigen Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsultation mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

1. Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika behalten ihre Rechte und Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins und ihrer ständigen Einwohner im Ausland, einschließlich der Rechte und Verantwortlichkeiten, die Angelegenheiten der Sicherheit und des Status betreffen, sowohl in internationalen

Organisationen als auch in Beziehungen zu anderen Ländern bei.

2. Unbeschadet des Vorstehenden und unter der Voraussetzung, daß Angelegenheiten der Sicherheit und des Status nicht berührt werden, haben sie sich einverstanden erklärt, daß

a) die Bundesrepublik Deutschland die konsularische Betreuung für die ständigen Einwohner der Westsektoren Berlins ausüben kann;

b) in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren völkerrechtliche Vereinbarungen und Abmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland schließt, auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt werden können, vorausgesetzt, daß die Ausdehnung solcher Vereinbarungen und Abmachungen jeweils ausdrücklich erwähnt wird;

c) die Bundesrepublik Deutschland die Interessen der Westsektoren Berlins in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen vertreten kann;

d) ständige Einwohner der Westsektoren Berlins gemeinsam mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland am internationalen Austausch und an internationalen Ausstellungen teilnehmen können. Tagungen internationaler Organisationen und internationaler Konferenzen sowie Ausstellungen mit internationaler Beteiligung können in den Westsektoren Berlins durchgeführt werden. Einladungen werden vom Senat oder gemeinsam von der Bundesrepublik Deutschland und dem Senat ausgesprochen.

3. Die drei Regierungen genehmigen die Errichtung eines Generalkonsulates der UdSSR in den Westsektoren Berlins, das gemäß den üblichen in diesen Sektoren geltenden Verfahren bei den entsprechenden Behörden der drei Regierungen zum Zwecke der Ausübung konsularischer Betreuung nach Maßgabe der in einem gesonderten Dokument vom heutigen Tage niedergelegten Bestimmungen akkreditiert wird.

Anlage IV (B)

Mitteilung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Regierung der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Ehre, unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt D des vierseitigen Abkommens vom heutigen Tage und auf die

Mitteilung der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika, die die Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins und ihrer ständigen Einwohner im Ausland betreffen, den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes mitzuteilen:

1. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß die drei Regierungen ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins und ihrer ständigen Einwohner im Ausland, einschließlich der Rechte und Verantwortlichkeiten, die Angelegenheiten der Sicherheit und des Status betreffen, sowohl in internationalen Organisationen als auch in Beziehungen zu anderen Ländern beibehalten.

2. Unter der Voraussetzung, daß Angelegenheiten der Sicherheit und des Status nicht berührt werden, wird sie ihrerseits keine Einwände haben gegen

a) die Ausübung der konsularischen Betreuung der ständigen Einwohner der Westsektoren Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland;

b) die Ausdehnung von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Abmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland schließt, auf die Westsektoren Berlins in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren, vorausgesetzt, daß die Ausdehnung solcher Vereinbarungen und Abmachungen jeweils ausdrücklich erwähnt wird;

c) die Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen;

d) die Teilnahme ständiger Einwohner der Westsektoren Berlins gemeinsam mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland am internationalen Austausch und an internationalen Ausstellungen, oder die Durchführung von Tagungen internationaler Organisationen und von internationalen Konferenzen sowie Ausstellungen mit internationaler Beteiligung in diesen Sektoren, wobei berücksichtigt wird, daß Einladungen durch den Senat oder gemeinsam durch die Bundesrepublik Deutschland und den Senat ausgesprochen werden.

3. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß die drei Regie-

rungen der Errichtung eines Generalkonsulates der UdSSR in den Westsektoren Berlins zugestimmt haben. Es wird bei den entsprechenden Behörden der drei Regierungen für die Zwecke und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen akkreditiert, die in ihrer Mitteilung genannt und in einem gesonderten Dokument vom heutigen Tage niedergelegt sind.

Vierseitiges Schlußprotokoll

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Französischen Republik,

eingedenk des Teils III des vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971 und mit Befriedigung davon Kenntnis nehmend, daß die nachstehend genannten Vereinbarungen und Regelungen getroffen wurden, sind wie folgt übereingekommen:

1. Die vier Regierungen setzen mittels dieses Protokolls das vierseitige Abkommen in Kraft, das ebenso wie dieses Protokoll die vierseitigen Vereinbarungen oder Beschlüsse, die früher abgeschlossen oder gefaßt wurden, nicht berührt.

2. Die vier Regierungen gehen davon aus, daß die Vereinbarungen und Regelungen, die zwischen den zuständigen deutschen Behörden getroffen wurden (Aufzählung dieser Vereinbarungen und Regelungen), gleichzeitig mit dem vierseitigen Abkommen in Kraft treten.

3. Das vierseitige Abkommen und die nachfolgenden Vereinbarungen und Regelungen zwischen den zuständigen deutschen Behörden, die in diesem Protokoll erwähnt werden, regeln wichtige Fragen, die im Verlaufe der Verhandlungen erörtert wurden, und bleiben zusammen in Kraft.

4. Bei Schwierigkeiten in der Anwendung des vierseitigen Abkommens oder einer der oben erwähnten Vereinbarungen oder Regelungen, die eine der vier Regierungen als ernst ansieht, oder bei Nichtdurchführung eines Teils des vierseitigen Abkommens oder der Vereinbarungen und Regelungen hat diese Regierung das Recht, die drei anderen Regierungen auf die Bestimmungen des vierseitigen Abkommens und dieses Protokolls aufmerksam zu machen und die erforderlichen vierseitigen Konsultationen zu führen, um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen und die Situation mit dem vierseitigen Abkommen und diesem Protokoll in Einklang zu bringen.

5. Dieses Protokoll tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen in dem früher vom Alliierten Kontrollrat benutzten Gebäude, im amerikanischen Sektor Berlins, am 3. September 1971, in vier Urschriften, jede in russischer, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. P. A.

Für die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland. R. J.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika. K. R.

Für die Regierung der Französischen Republik. J. S.

Note

Die Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben die Ehre, unter Bezugnahme auf die Erklärungen, die in der Anlage II zum vierseitigen Abkommen, das am heutigen Tage unterzeichnet wird, enthalten sind und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Westsektoren von Berlin betreffen, dem Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Absicht mitzuteilen, an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar nach Unterzeichnung des vierseitigen Abkommens ein Schreiben zu richten, das Klarstellungen und Auslegungen enthält, die das wiedergeben, was ihre Regierungen unter den in Anlage II zum vierseitigen Abkommen enthaltenen Erklärungen verstehen.

Eine Kopie dieses Schreibens, das dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland übersandt wird, ist dieser Note beigefügt.

Die Botschafter benutzen diese Gelegenheit, um dem Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erneut die Versicherung ihrer vorzüglichsten Hochachtung auszudrücken.

J.-V. Sauvagnargues

R. Jackling

K. Rush

3. September 1971

Schreiben der drei Botschafter an den Bundeskanzler, betreffend die Auslegung der Anlage II

Herr Kanzler,

unter Bezugnahme auf das vierseitige Abkommen, das am 3. September 1971 unterzeichnet wurde, möchten unsere Regierungen mit diesem Schreiben der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Klarstellungen und Auslegungen der Erklärungen mitteilen, die in Anlage II enthalten sind, welche Gegenstand der Konsultationen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland während der vierseitigen Verhandlungen war.

Diese Klarstellungen und Auslegungen stellen die Auffassung unserer Regierungen zu diesem Teil des vierseitigen Abkommens wie folgt dar:

a) Der Satz des Absatzes 2 der Anlage II zum vierseitigen Abkommen, der lautet: „... werden in den Westsektoren von Berlin keine Verfassungs- oder Amtsakte vornehmen, die zu den Bestimmungen des Absatzes 1 im Widerspruch stehen", ist im Sinne von Handlungen zur Ausübung unmittelbarer staatlicher Macht über die Westsektoren von Berlin auszulegen.

b) Sitzungen der Bundesversammlung werden nicht durchgeführt, und Plenarsitzungen des Bundesrates und des Bundestages werden auch weiterhin nicht in den Westsektoren von Berlin durchgeführt. Einzelne Ausschüsse des Bundesrates und des Bundestages können im Zusammenhang mit der Unterhaltung und Entwicklung der Verbindungen zwischen diesen Sektoren und der Bundesrepublik Deutschland in den Westsektoren von Berlin zusammentreten. Im Falle der Fraktionen werden Sitzungen nicht gleichzeitig abgehalten werden.

c) Das Verbindungsorgan der Bundesregierung in den Westsektoren von Berlin umfaßt Abteilungen, denen in ihren jeweiligen Bereichen Verbindungsfunktionen obliegen.

d) Festgelegte Verfahren, die die Anwendbarkeit der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland auf die Westsektoren von Berlin betreffen, bleiben unverändert.

e) Der Ausdruck „staatliche Organe" im Abschnitt 2 der Anlage II bedeutet: Der Bundespräsident, der Bundeskanzler, das Bundeskabinett, die Bundesminister und die Bundesministerien und ihre Zweigstellen, der Bundesrat und der Bundestag und alle Bundesgerichte.

J.-V. Sauvagnargues
R. Jackling
K. Rush

3. September 1971

Note

Der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Ehre, den Erhalt der Note der Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. September 1971 zu bestätigen und nimmt die Mitteilung der drei Botschafter zur Kenntnis.

Der Botschafter benutzt diese Gelegenheit, um den Botschaftern der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erneut die Versicherung seiner vorzüglichsten Hochachtung auszudrücken.

3. September 1971 P. Abrassimow

Abgestimmte Protokollniederschrift I

Es wird davon ausgegangen, daß die ständigen Einwohner der Westsektoren von Berlin zur Erlangung von Einreisevisa für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei entsprechenden sowjetischen Einrichtungen vorlegen:

a) einen Paß, der mit dem Stempel versehen ist: „Ausgestellt in Übereinstimmung mit dem vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971“;

b) einen Personalausweis oder ein anderes in gehöriger Form ausgestelltes Dokument, das bestätigt, daß die Person, die das Visum beantragt, ständiger Einwohner der Westsektoren von Berlin ist, und das die volle Anschrift sowie ein Lichtbild enthält.

Während des Aufenthaltes in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kann der ständige Einwohner der Westsektoren von Berlin, der auf diese Weise ein Visum erhalten hat, nach eigenem Ermessen beide Dokumente oder eines von beiden bei sich haben. Das von einer sowjetischen Einrichtung ausgestellte Visum ist Grundlage für die Einreise in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Der Paß oder der Personalausweis dienen als Grundlage für die konsularische Betreuung in Übereinstimmung mit dem vierseitigen Abkommen während des Aufenthaltes dieser Personen auf dem Territorium der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Mit dem oben genannten Stempel werden alle Pässe versehen, die von ständigen Einwohnern der Westsektoren von Berlin für Reisen in solche Länder benutzt werden, die das verlangen.

P. A., J. S., R. J., K. R.

3. September 1971

Hiermit wird die Errichtung eines Generalkonsulates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den Westsektoren von Berlin vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, daß die Einzelfragen, die dieses Generalkonsulat betreffen, folgendes beinhalten werden:

Das Generalkonsulat wird bei den entsprechenden Behörden der drei Regierungen in Übereinstimmung mit den in diesen Sektoren üblichen Verfahren akkreditiert. Die anwendbaren alliierten und deutschen Gesetze und Regeln werden auf das Generalkonsulat Anwendung finden. Die Tätigkeit des Generalkonsulates wird konsularischen Charakter tragen und keine politischen Funktionen oder andere Fragen beinhalten, die sich auf die vierseitigen Rechte und Verantwortlichkeiten beziehen.

Die drei Regierungen erklären sich einverstanden, eine Erweiterung der sowjetischen kommerziellen Tätigkeit in den Westsektoren von Berlin, wie nachstehend dargelegt, zu gestatten. Es wird davon ausgegangen, daß die entsprechenden alliierten und deutschen Gesetze und Regeln auf diese Tätigkeit angewandt werden. Diese Genehmigung wird unter Beachtung der in dieser Niederschrift dargelegten Bestimmungen unbefristet erteilt. Es werden entsprechende Konsultationsmöglichkeiten vorgesehen. Diese Erweiterung der Tätigkeit wird die Errichtung eines „Büros der sowjetischen Außenhandelsvereinigungen in den Westsektoren von Berlin" mit kommerziellem Status einschließen, dem die Genehmigung erteilt wird, im Namen der Außenhandelsvereinigungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Einkäufe und Verkäufe zu tätigen. „Sojuspuschnina", „Prodintorg" und „Nowoexport" können in den Westsektoren von Berlin je ein Konsignationslager für die Aufbewahrung und Ausstellung ihrer Waren eröffnen. Die Tätigkeit der Vertretung des „Intourist" im britischen Sektor von Berlin kann ausgedehnt werden auf den Verkauf von Fahrkarten und Reisegutscheinen für Einzel- und Gruppenreisen in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und in andere Länder. Es kann ein Büro der „Aeroflot" für den Verkauf von Flugkarten und für den Luftfrachtdienst errichtet werden.

Die Entsendung von Mitarbeitern zur Tätigkeit im Generalkonsulat und in den zugelassenen sowjetischen kommerziellen Organisationen wird mit Zustimmung der entsprechenden Behörden der drei Regierungen erfolgen. Die Anzahl der Mit-

arbeiter wird 20 Sowjetbürger im Generalkonsulat, 20 im Büro der sowjetischen Außenhandelsvereinigungen, je einen in jedem Konsignationslager, 6 in der Vertretung von „Intourist“ und 5 im Büro der „Aeroflot“ nicht übersteigen. Die Mitarbeiter des Generalkonsulates und der zugelassenen sowjetischen kommerziellen Organisationen und ihre Familienangehörigen können auf der Grundlage individueller Genehmigungen in den Westsektoren von Berlin ihren Wohnsitz haben.

Das Eigentum der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Lietzenburger Straße 11 und Am Sandwerder 1 kann für Zwecke genutzt werden, die zwischen entsprechenden Vertretern der drei Regierungen und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vereinbart werden.

Einzelheiten der Durchführung der oben genannten Maßnahmen und die zeitliche Reihenfolge ihrer Verwirklichung werden zwischen den vier Botschaftern in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des vierseitigen Abkommens und der Unterzeichnung des in diesem Abkommen vorgesehenen vierseitigen Abschlußprotokolls vereinbart.

P. A., J. S., R. J., K. R.

3. September 1971

Die Wahrheit

17. Jahrg., Nr. 173 Dienstag, 7. September 1971 Preis 15 Pf A 4999 B

Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins:

Vier-Mächte-Abkommen dient unserer Bevölkerung

Kommuniqué der Außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SEW

Die Außerordentliche Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins beschloß folgendes Kommuniqué:

Am 6. September 1971 trat der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins in Berlin-Charlottenburg zu einer Außerordentlichen Tagung zusammen.

Der Vorsitzende der Partei, Gerhard Danelius, referierte über „Die Lehren und Schlußfolgerungen aus dem Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin".

Der Parteivorstand mißt den erfolgreichen Botschafter-Verhandlungen und dem Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin eine große Bedeutung bei und stellt fest: Das erzielte Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin ist ein wichtiger Schritt voran im Kampf um Frieden und europäische Sicherheit und zur Gesundung der Lage Westberlins und wird unserer Stadt und ihrer Bevölkerung erhebliche Erleichterung bringen.

Zugleich ist das Vier-Mächte-Abkommen eine Niederlage der Kräfte, die sich dem Streben nach Frieden, europäischer Sicherheit und Entspannung entgegenstellen und die Westberlin als Störfaktor und Brückenkopf des kalten Krieges gegen die sozialistischen Staaten mißbrauchen.

Unsere Partei sieht darin zugleich das Ergebnis ihres jahrzehntelangen Kampfes und einen Erfolg aller Westberliner,

die gegen die Frontstadtpolitik des kalten Krieges auftreten und die Normalisierung der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik fordern.

Die völkerrechtlich gültige Fixierung der Tatsache, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist und von ihr auch nicht regiert werden kann und der Abbau der Bundespräsenz, das heißt die allseitige Respektierung des besonderen politischen Status Westberlins, wird zur Entspannung der Lage im Herzen Europas beitragen und unserer Bevölkerung zum Vorteil gereichen.

Dieser Erfolg ist in erster Linie der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft zu danken.

Unsere Partei erwartet, daß Bundesregierung und Senat die Bestimmungen des Vier-Mächte-Abkommens exakt einhalten und an die Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik konstruktiv herangehen, damit schon in naher Zukunft Abkommen erreicht werden über den Transit von Westberliner Bürgern und Gütern von und nach Westberlin und über die Einreise in die Deutsche Demokratische Republik einschließlich ihrer Hauptstadt.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Bevölkerung unserer Stadt, daß alle Sozialisten und Demokraten das Erreichte sichern und weiter ausbauen und gemeinsam dafür sorgen, daß Westberlin wirklich zu einem Faktor des Friedens und der europäischen Sicherheit wird.

Die Kräfte des Friedens, der Entspannung und Verständigung haben eine Schlacht gewonnen

Interview der „Wahrheit“ mit dem Vorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius

Frage:

Die Vier-Mächte-Vereinbarung über Westberlin ist unter Dach und Fach. Die erste und wichtigste Frage, Genosse Danelius: Was ist dabei für unsere Stadt und ihre Bevölkerung herausgekommen?

Antwort:

Herausgekommen ist dabei eine ganze Menge. Die Vier-Mächte-Vereinbarung über Westberlin ist von großer Bedeutung. Gewinnen werden dabei alle, denen der Frieden und die europäische Sicherheit am Herzen liegen. Gewinnen werden vor allem die Westberliner, die in den letzten Jahren immer stärker auf Regelungen drängten, die der ewigen Unsicherheit ein Ende setzen. Verlieren werden dabei die Kräfte, denen Westberlin nur etwas wert war als vorgeschobener Schützengraben im kalten Krieg gegen den Sozialismus und die hofften, unsere Stadt als Hebel zu benutzen, um die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu korrigieren und das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Zunächst einige Bemerkungen über die unmittelbare Auswirkung des positiven Ausgangs der Botschafter-Verhandlungen. Jetzt werden getrennte Verhandlungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Senat von Westberlin geführt. Es wird — dessen sind wir sicher — wesentliche Erleichterungen geben im Transitverkehr von Westberliner Bürgern und Gütern von und nach Westberlin und die Möglichkeit der Einreise in die Deutsche Demokratische Republik. Die Bedeutung dieser Erleichterungen weiß

nur der richtig einzuschätzen, der seit Jahren mit den Folgen der ständigen Mißachtung des besonderen politischen Status Westberlins durch die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und Westberlins konfrontiert war.

Die Vier-Mächte-Vereinbarung beschränkt sich aber nicht nur auf praktische Fragen — so wichtig sie auch für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Stadt und ihrer Bevölkerung sind. Es gibt etwas, was noch viel schwerer wiegt. Westberlin war in der Nachkriegsgeschichte, seit der Spaltung Deutschlands und Berlins durch das westdeutsche und internationale Finanzkapital, ein neuralgischer Punkt der Weltpolitik. Die Funktion unserer Stadt als „Frontstadt des kalten Krieges", als „Pfahl im Fleische der DDR", als „billigste Atombombe", als „ideologische Speerspitze gegen den Sozialismus" ist eine latente Gefahr für den Weltfrieden. Mehr als einmal brachte uns diese Politik an den Rand von Katastrophen. Um der geschichtlichen Wahrheit willen muß gerade jetzt und heute mit aller Deutlichkeit gesagt werden:

Diesen verhängnisvollen Kurs haben alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien von Anfang an mitgemacht – von der CDU über die FDP bis zur SPD. Die Vier-Mächte-Vereinbarung schafft zum ersten Mal die Grundlage, um den Boden für Streitigkeiten und Konflikte im Zusammenhang mit Westberlin zu beseitigen.

Frage:

Welche Bestimmungen der Vier-Mächte-Vereinbarungen sind darauf gerichtet, in der Frage des besonderen politischen Status Westberlins klare Verhältnisse zu schaffen?

Antwort:

In der Vier-Mächte-Vereinbarung ist mit völkerrechtlicher Gültigkeit formuliert, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist und von ihr auch nicht regiert werden kann. Die Bundespräsenz wird abgebaut.

Gemäß der Vereinbarung dürfen der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Bundesregierung, die Bundesversammlung, der Bundesrat und der Bundestag, einschließlich ihrer Ausschüsse und Fraktionen, die Bundesminister, die Ministerien sowie ihre Zweigstellen und alle Bundesgerichte sowie andere staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik in Westberlin keine Verfassungs- oder Amtshandlungen durchführen, die im Widerspruch zu der Bestimmung stehen, daß Westberlin kein

Bestandteil der Bundesrepublik ist und von ihr nicht regiert wird.

Es wird in Westberlin keine Tagungen der Bundesversammlung und keine Plenartagungen des Bundestages mehr geben. Ausschüsse und Fraktionen des Bundestages können von Zeit zu Zeit einzeln im Zusammenhang mit der Unterhaltung bestimmter bestehender Verbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik zu diesen Fragen in Westberlin tagen. Wenn man in diesem Zusammenhang von einem Entgegenkommen der DDR spricht, so ist das richtig.

Daß die Bundesrepublik die konsularische Vertretung Westberliner Bürger im Ausland übernimmt, ist zweifellos auch ein Entgegenkommen. Es stand aber von vornherein fest, wenn die prinzipielle Seite geklärt ist, dann wird es in Teilfragen auch Kompromisse geben. Und die prinzipielle Seite besteht eben darin, daß alle Seiten den besonderen politischen Status unserer Stadt respektieren.

Selbstverständlich kann Westberlin seine wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, finanziellen und kulturellen Verbindungen zur Bundesrepublik aufrechterhalten und weiterentwickeln.

Frage:

Man kann doch sagen, daß sich in der Vier-Mächte-Vereinbarung auch die Aktivität und Politik der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins widerspiegeln?

Antwort:

Es ist unmöglich, in diesem Interview den jahrelangen Kampf unserer Partei gegen Frontstadtkurs und kalten Krieg und für die Normalisierung der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik zu beschreiben. Nur soviel sei gesagt:

Wir haben als einzige Partei in Westberlin diese Gedanken und Vorstellungen schon zu einer Zeit entwickelt, als wir noch gegen den Strom schwimmen und gegen eine Barriere der Meinungsmanipulation ankämpfen mußten und als die CDU, die FDP und die SPD noch einen einheitlichen Block gegen eine realistische Westberlin-Politik bildeten.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das bedeutsame Treffen mit dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, P. A. Abrassimow, und an den Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, im Februar dieses Jahres. Gegenstand unserer Bemühungen waren Fragen der wirtschaftlichen,

wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen Westberlins mit allen Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, den Transitverkehr von Westberliner Bürgern und Gütern und ihrer Einreise in die Deutsche Demokratische Republik.

Es ist leicht zu verstehen, daß es uns Freude macht zu sehen, wie sich unsere Anstrengungen gelohnt haben. Es war wahrlich nicht leicht, unseren Standpunkt gegen Rathaus-Parteien und kapitalistische Meinungsfabriken zu behaupten. Hier erweist sich einmal mehr die Lebenskraft einer richtigen Politik, die auf die Interessen der Mehrheit des Volkes und auf die Zukunft orientiert ist.

Wie viele Erschwernisse, Sorgen und Gefahren wären unserer Bevölkerung erspart geblieben, wenn auch die Westmächte, wenn auch die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und Westberlins unseren Vorschlägen für die Regelung Westberlin betreffender Fragen schon früher Gehör geschenkt hätten.

Man darf jetzt natürlich nicht annehmen, daß man die Hände in den Schoß legen kann, da sich ja alles sowieso von selbst lösen wird. Wer die Kommentare in Presse, Hör- und Fernsehfunk aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen, daß es im Schöneberger Rathaus und in den Redaktionen der Massenmedien mehr als genug Leute gibt, denen jeder Schritt zur Entspannung ein Dorn im Auge ist. Die Vier-Mächte-Vereinbarung ist nur tragfähig, wenn Bundesregierung und Senat bei den Verhandlungen, die jetzt geführt werden, mit dem gleichen guten Willen herangehen wie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit der Vier-Mächte-Vereinbarung ist ein wichtiger Schritt voran getan worden. Wir sind aber noch weit davon entfernt, sagen zu können, daß Westberlin wirklich ein Faktor des Friedens und der europäischen Sicherheit ist. Diese Aufgabe muß noch gelöst werden. Und sie ist nur zu lösen durch das aktive Handeln der Arbeiterklasse, der Arbeiterjugend, der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Frage:

Worauf führen Sie hauptsächlich den Erfolg der Botschafter-Verhandlungen zurück?

Antwort:

Ich glaube aus meinen Erfahrungen und Kenntnissen der Entwicklung der Dinge sagen zu können: Die Sowjetunion

und die Deutsche Demokratische Republik sowie die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft haben einen ausschlaggebenden Anteil an dem erfolgreichen Abschluß der Botschafter-Verhandlungen. Darum gilt mein erstes Wort des Dankes der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und all den sozialistischen Ländern, die mit ihrem konsequenten Kampf für Frieden, Entspannung und Verständigung einen so bedeutenden Beitrag beim Zustandekommen des Vier-Mächte-Abkommens leisteten. Für die sozialistische Staatengemeinschaft war die Regelung der Westberlin betreffenden Fragen seit eh und je ein wichtiger Bestandteil ihrer globalen sozialistischen Friedensstrategie.

Dazu sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse Breshnew, auf dem VIII. Parteitag der SED:

„Die gemeinsamen, vereinbarten Bemühungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sind darauf gerichtet, daß Westberlin aufhöre, Auslöser von Spannungen und von Krisensituationen zu sein und normale Bedingungen für das Leben dieser Stadt und ihrer Bevölkerung gesichert werden. Selbstverständlich bei gebührender Berücksichtigung der legitimen Interessen und der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik."

Frage:

Wie kann man insgesamt den erfolgreichen Verlauf der Botschafter-Verhandlungen und die Vier-Mächte-Vereinbarungen über Westberlin beurteilen?

Antwort:

Meines Erachtens kann man zusammenfassend feststellen:

Die Politik des Friedens, der Entspannung und Verständigung und der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme hat erneut ihre Bewährungsprobe bestanden.

Erfolgreiche Verhandlungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten sind möglich, wenn alle Seiten den guten Willen aufbringen, zum Gelingen beizutragen.

Die Vier-Mächte-Vereinbarung ist eine Niederlage der Kräfte, die sich dem Streben nach Frieden, europäischer Sicherheit und Entspannung entgegenstellen.

Die Vier-Mächte-Vereinbarung bedeutet das Scheitern aller Konzeptionen, die darauf gerichtet waren, Westberlin als 11. Land der Bundesrepublik einzuverleiben.

Die Vier-Mächte-Vereinbarung offenbart die Aussichtslosigkeit aller Pläne, Westberlin als „Pfahl im Fleische der DDR“, als „Frontstadt des kalten Krieges“ gegen die sozialistischen Länder zu mißbrauchen.

Frage:

Die Vier-Mächte-Vereinbarung hat ein weltweites positives Echo gefunden. Sie sagten, Genosse Danelius, daß es aber auch Kreise gibt, denen diese Vereinbarung ein Dorn im Auge ist. Um welche Kreise handelt es sich da im wesentlichen?

Antwort:

Die weltweite positive Resonanz auf den Ausgang der Botschafter-Verhandlungen und auf die Vier-Mächte-Vereinbarung über Westberlin ist durchaus verständlich. Die Vier-Mächte-Vereinbarung erschwert den Mißbrauch Westberlins als Störfaktor und Brückenkopf des kalten Krieges gegen die sozialistischen Staaten und begünstigt weitere Schritte im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit. Und eben das ist es, was den ewig Gestrigen nicht in den Kram paßt. Man könnte sagen, die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter. So einfach liegen die Dinge aber nicht. Die Springer-Presse widerspiegelt die Politik und die Ansichten der reaktionärsten entspannungs- und verständigungsfeindlichsten Teile des westdeutschen Großkapitals. Sie hofften offenbar, daß die Botschafter-Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Auf diese Weise sollte eine Regelung der Westberlin betreffenden Fragen verhindert und zugleich die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau torpediert werden. Diese Kreise werden auch nicht aufhören, gegen die Entspannungstendenzen Sturm zu laufen. Es wäre eigentlich die Pflicht der CDU, zur Schaffung einer normalen Lage in unserer Stadt und zur Gewährleistung der friedlichen Belange und Bedürfnisse der Westberliner Bürger durch Vereinbarungen mit der Regierung der DDR beizutragen. Statt dessen stoßen Lorenz und Lummer im Grunde genommen in das gleiche Horn wie Axel Cäsar Springer.

Frage:

Was ist jetzt zu tun, um das Erreichte zu sichern und auszubauen?

Antwort:

Ich sagte bereits, daß es jetzt bei den Verhandlungen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD

sowie zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR darum geht, die Vier-Mächte-Vereinbarung über Westberlin auszufüllen und mit Leben zu füllen. Es macht uns offen gesagt hellhörig, wenn der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz ständig Skepsis äußert und von langwierigen und komplizierten Verhandlungen mit der DDR-Regierung spricht. Warum sollten die Verhandlungen langwierig und kompliziert sein? Wer nicht die Absicht hat, die Vereinbarungen zu unterlaufen, der kann den Verlauf der Verhandlungen der zuständigen deutschen Stellen absolut optimistisch beurteilen. Wer aber ständig Mißtrauen gegen den Verhandlungspartner sät, der muß sich gefallen lassen, daß man ihm selbst mißtraut. Wir haben da so unsere Erfahrungen und vergessen natürlich nicht, daß sich gerade die Westberliner SPD-Führung gegen eine konstruktive Regelung der Westberlin betreffenden Fragen quer stellte und darin mit der CDU gemeinsame Sache machte.

Die Vier-Mächte-Vereinbarung über Westberlin wurde möglich, weil die Mehrheit unserer Bevölkerung des kalten Krieges überdrüssig war. Darum kann man mit Fug und Recht sagen: An dem Zustandekommen dieser Vereinbarung haben alle Anteil, die aktiv für eine Gesundung der Lage in unserer Stadt eintraten und die den Mißbrauch Westberlins als Zentrum des kalten Krieges ablehnen.

Die wichtigste Lehre aus den erfolgreichen Botschafter-Verhandlungen lautet:

Die Kräfte des Friedens und des Sozialismus sind stärker als die Kräfte der Reaktion und der Aggression. Jetzt kommt es darauf an, daß wir alle mit dafür sorgen, daß die Bestimmungen der Vier-Mächte-Vereinbarung über Westberlin exakt eingehalten werden und daß der Senat an die Verhandlungen mit der Regierung der DDR konstruktiv herangeht. Die friedensfeindlichen und reaktionären Kräfte müssen durch die erhöhte Aktivität der Arbeiterklasse, der Arbeiterjugend, aller Antifaschisten, Demokraten und Sozialisten in die Schranken gewiesen werden.

I. Parteitag der SED-W vom 21. bis 22. Mai 1966. Auszug aus dem Bericht des Parteivorstandes an den I. Parteitag.

Die vernünftige Politik für Westberlin

Von diesem Interesse der Mehrheit der Westberliner Bevölkerung läßt sich unsere Partei leiten.

Deshalb sagen wir:

Westberlin hat nur eine Zukunft, es wird sich nur entwickeln, wenn es gute Beziehungen zur Bundesrepublik und zur DDR, zu den europäischen Staaten in West und Ost herstellt.

Wir haben es in allzu vielen Jahren des kalten Krieges und der Frontstadtpolitik erfahren:

Der kalte Krieg gegen die DDR, die Politik der Provokationen sind gefährlich. Sie bringen für unsere Stadt nur Komplikationen und schlimme Risiken. Sie sind unserer Stadt teuer zu stehen gekommen.

Diese Erfahrungen bestätigen: Für Westberlin ist nur e i n e Politik vernünftig: sich nicht von der CDU und ihrer Bonner Regierung zu Abenteuern verleiten zu lassen, sondern selbständig den eigenen Interessen des Friedens und der Entspannung zu folgen!

Nehmen wir unser Anliegen gesicherter Verbindungs- und Zufahrtswege. Wir haben schon in unserem Offenen Brief gesagt:

Westberlin liegt inmitten der DDR. An dieser geographischen Lage ist nichts zu ändern. Zu ändern ist die Politik. Diese Änderung muß auf die Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten, auf die Herbeiführung normaler Verhältnisse in ihren Beziehungen und damit auch an den Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik bzw. Westberlin gerichtet sein.

Nur eine solche Politik dient uns; nur sie dient der Menschlichkeit.

Unmenschlich ist die Atomrüstung in Westdeutschland und die Revanchepolitik der Hitlergenerale. Dieser Unmenschlichkeit kann man nicht dadurch entgegentreten, daß etwa die DDR ihre Straßen und Eisenbahnen diesen Herren als Rollbahn Hannover–Berlin–Frankfurt/Oder zur Verfügung stellt.

Das hat die SED-Westberlin wörtlich in ihrem Offenen Brief vom Februar 1966 erklärt.

Denselben Standpunkt kann jedermann in der Rede des Staatsratsvorsitzenden der DDR zum 20. Jahrestag der SED bestätigt finden.

Wir wiederholen:

„Gesicherte Verbindungs- und Zufahrtswege setzen die Abkehr von der Politik der Gewalt und der Provokationen vor-

aus. Sie sind nur auf der Grundlage normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, Westberlin und der DDR zu erreichen." ...

Die politische und geographische Lage Westberlins macht es unerläßlich, die Beziehungen nach a l l e n Seiten zu normalisieren.

Diesen Grundgedanken unserer Erklärung vom Oktober 1965 – wie es in Westberlin nach den Bundestagswahlen weitergehen soll – haben wir in unserem Offenen Brief vom Februar 1966 weiterentwickelt. Er hat bei vielen Westberlinern großen Widerhall gefunden. Selbst führende Senatspolitiker haben unsere Gedanken aufgegriffen und die Aufgabe gestellt, Westberlin müsse eine neue Funktion gewinnen und seine günstige geographische Lage zur Verbesserung seiner Ost-West-Beziehungen nutzen ...

Die neue Funktion unserer Stadt

Unsere Partei sieht die neue Funktion Westberlins, seine nationale und internationale Aufgabe darin, daß diese Stadt und ihre Bevölkerung einen wirkungsvollen Beitrag zur Festigung des Friedens, der Entspannung und Verständigung leistet, und – ausgehend von den bestehenden Realitäten in Deutschland – normale Beziehungen sowohl zur Bundesrepublik als auch zur Deutschen Demokratischen Republik herstellt.

Das ist die beste Vorbereitung für die Zeit, in der Westberlin seinen Platz in der deutschen Konföderation zusammen mit der Bundesrepublik und der DDR finden wird.

Würde Westberlin mit einer solchen neuen Politik des Friedens und der Entspannung irgend etwas verlieren?

Von der ganzen Richtung der Bonner Politik der Atomrüstung, der Revanche, der Notstandsgesetze und der sozialen Demontage kommt auf Westberlin nichts zu, was unserer Stadt und unserer Bevölkerung zum Vorteil gereichen könnte.

Die weitere Unterwerfung unter die Bonner Politik gefährdet Frieden und Demokratie, die kulturellen und sozialen Interessen und setzt alles Erreichte und Geschaffene aufs Spiel.

Sich an die Politik der Vorwärtsstrategie, der Atomrüstung und Notstandsgesetze binden, heißt, Frieden und Sicherheit Westberlins aufs äußerte gefährden.

Sich von dieser Politik, von den Rüstungsmillionären und Hitlergeneralen lösen und einen selbständigen und unabhängigen Kurs zu steuern, das ist die beste Gewähr für Frieden, Freiheit und Sicherheit.

Westberlin braucht eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz, eine Politik, die der Existenz von zwei deutschen Staaten Rechnung trägt und die bestehenden Grenzen in Deutschland und Europa respektiert.

Westberlin braucht eine Politik des friedlichen Wettbewerbs und vorteilhafter Beziehungen auf den Gebieten der Wirtschaft und des Handels.

Deshalb sind wir gegen die Politik der Stärke, gegen die Vorwärtsstrategie und die Atomrüstung der Bonner Regierung und der hinter ihr stehenden Kreise des Finanz- und Rüstungskapitals.

Deshalb ist unsere Partei für die Einstellung des kalten Krieges und der Politik der Feindschaft und des Hasses gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik.

Deshalb ist unsere Partei für die Normalisierung und Versachlichung der Beziehungen Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Bundesrepublik und zu anderen europäischen Staaten.

Aus: „Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin für eine friedvolle und glückliche Zukunft unserer Stadt."

Beschluß des I. Parteitages.

Gute Politik für Westberlin kann nur Realpolitik sein. Irreal ist eine Politik, die vor der Existenz der zwei deutschen Staaten und des besonderen Gebietes Westberlin die Augen verschließt, den Bonner Anspruch auf Alleinvertretung unterstützt und die bestehenden Grenzen durch politische Erpressung, durch wirtschaftlichen oder militärischen Druck ändern will. Die CDU versucht das seit 15 Jahren. Sie ist damit schmählich gescheitert – und zieht nun die falscheste und gefährlichste Schlußfolgerung, die Politik des militärischen Größenwahns bis zum atomaren Kriegsrisiko zu forcieren.

Eine realistische deutsche Politik muß von dem Grundsatz bestimmt sein: Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus – nie wieder Krieg auf deutschem Boden.

Wir sind für die Lebenden hüben und drüben

Wir sind dafür, durch eine Politik der Ruhe, der Sachlichkeit und der Verhandlungen Härten zu mildern. Dadurch läßt sich für die Wünsche der Menschen vieles erreichen. Das beweisen die Millionen Besucher, die im Ergebnis der Passierscheinver-

handlungen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR an den Festtagen bei ihren Verwandten sein konnten.

Wäre es nach dem Willen der Bonner Regierung und der CDU in Westberlin gegangen, dann hätten wir bis heute weder Passierscheine für die Festtage noch für Härtefälle.. Die Bevölkerung hat also recht gehabt, auf die Verhandlungen zu drängen. Sie haben die Ansicht bestätigt, daß man mit den Staatsmännern der DDR sprechen kann und daß dabei vernünftige Ergebnisse zu erzielen sind.

Von diesen Erfahrungen müssen wir in Westberlin ausgehen, welche Frage auch immer im Interesse unserer Stadt und ihrer Bevölkerung gelöst werden soll. Schon in ihrem Offenen Brief vom Februar 1966 hat die SED-Westberlin am Beispiel gesicherter Verkehrs- und Zufahrtswege im Waren- und Personenverkehr dargelegt:

Es gibt keine Lösung ohne oder gegen die DDR

Unsere Verbindungs- und Zufahrtswege führen zu Lande, zu Wasser und in der Luft über das Hoheitsgebiet der DDR. Können wir erwarten, daß die DDR etwa ihre Straßen und Eisenbahnen den Bonner Ministern und Generalen, die die Beseitigung der DDR planen, als Rollbahn zur Verfügung stellt? Das wird nicht der Fall sein. Gesicherte Verbindungs- und Zufahrtswege sind demnach für unsere Stadt nur auf der Grundlage normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen.

Westberlin braucht also eine Politik, die eine solche Normalisierung auf dem Weg des Verhandelns mit der DDR erstrebt. Unsere Bevölkerung braucht darum auch Politiker mit guten Beziehungen zu den führenden Männern des Staates, mit dem allein Westberlin eine gemeinsame Grenze besitzt. Durch die guten Beziehungen, die unsere Partei zu verantwortlichen Politikern und Staatsmännern der Deutschen Demokratischen Republik pflegt, konnte sie schon in der Vergangenheit bei mancher Erleichterung für unsere Stadt behilflich sein. Sie wird diese vermittelnde Rolle im Interesse Westberlins auch in Zukunft spielen.

Unsere Stadt und ihre Bevölkerung brauchen eine Politik guter Nachbarschaft zur Deutschen Demokratischen Republik. Nur so werden sich die Hoffnungen und Wünsche unserer Bevölkerung erfüllen und weitergehende Erleichterungen möglich sein.

Bedeuten gute Beziehungen zur DDR schlechte Beziehungen zur Bundesrepublik?

Die SED-Westberlin will nicht, daß unsere Stadt nach irgendeiner Seite hin schlechte Beziehungen hat. Sie erstrebt ein gutes Verhältnis Westberlins nach allen Seiten – zu West und Ost. Zur Zeit sind die Beziehungen Westberlins nach beiden Seiten hin anomal. Gegenüber der Regierung in Bonn ist das Verhältnis anomal, solange die besondere Lage unserer Stadt und die Wahlentscheidung unserer Bevölkerung gegen die CDU nicht respektiert werden. Die Verhältnisse sind anomal, solange Westberlin durch die Bonner Einmischung daran gehindert wird, eine selbständige Politik der Entspannung und der Sicherheit im Interesse und zum Wohl seiner Bevölkerung durchzuführen.

Eine selbständige Politik bietet Westberlin alle Möglichkeiten, um seine Beziehungen zur DDR zu normalisieren. Hört Westberlin auf, der vorderste Graben gegen die Deutsche Demokratische Republik zu sein, hilft es, den kalten Krieg abzubauen, dann kann unsere Stadt fruchtbare Gespräche mit der DDR zur friedlichen Lösung ihrer eigenen Probleme führen. Sie wird damit zugleich eine gute Rolle in der gesamtdeutschen Politik und im Intersse der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit spielen.

Initiative der SED-W im Interesse eines neuen Passierschein-abkommens

Danelius schaltet sich ein

Briefe an den Regierenden Bürgermeister Albertz und an DDR-Ministerpräsident Stoph

Der Parteivorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin, Gerhard Danelius, richtete am 10. Januar 1967 folgende Schreiben an den Regierungen Bürgermeister, Heinrich Albertz, und an den Vorsitzenden des Ministerrates der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph:

den 10. Januar 1967

An den
Regierenden Bürgermeister
Herrn Heinrich Albertz
Berlin-Schöneberg
Kennedy-Platz

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!

In einer für viele Bürger unserer Stadt dringenden Angelegenheit wende ich mich heute an Sie. In Kürze, am 31. Januar 1967, läuft die gegenwärtige Vereinbarung zwischen dem Senat und der Regierung der DDR über die Ausgabe von Passierscheinen in dringenden Familienangelegenheiten aus.

Durch die uneinsichtige Haltung des Senats und seine Unterordnung unter die Bonner Alleinvertretungsanmaßung kam es schon zu Weihnachten nicht zu einem ordnungsgemäßen Abkommen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR, das den Besuch der Bürger unserer Stadt bei ihren Verwandten in der Hauptstadt der DDR ermöglicht hätte, Besorgt fragen sich daher viele Bürger, ob der Senat wenigstens zu einer ordnungsgemäßen Regelung für die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten mit der Regierung der DDR bereit ist.

Die SED-Westberlin hat immer den Standpunkt vertreten, daß nur durch die Anerkennung der realen Lage und durch vertragliche Vereinbarungen zwischen Senat und Regierung der DDR die notwendige Normalisierung der staatlichen und damit auch der menschlichen Beziehungen erreicht werden kann. Alle schönen Worte von Kontakten und Verbesserungen der menschlichen Beziehungen bleiben unglaubwürdig, wenn

man gleichzeitig durch das Festhalten an einer Nichtanerkennungsklausel die Regierung der DDR zwingen will, sich selbst zu verleugnen. Schließlich ist es ja eine Tatsache, daß unsere Bevölkerung Passierscheine nur von der Regierung der DDR erhalten kann.

Im Interesse der Bürger unserer Stadt fordere ich Sie deshalb auf, die unrealistische Haltung gegenüber der DDR aufzugeben und durch ein ordentliches Abkommen mit der Regierung der DDR wenigstens dafür zu sorgen, daß die weitere Ausgabe von Passierscheinen für Härtefälle gesichert wird.

Gleichzeitig möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß ich mich in Bezug auf die Ausgabe von Passierscheinen für dringende Familienangelegenheiten heute an den Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Willi Stoph, gewandt habe.

Hochachtungsvoll

gez. Danelius
Parteivorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands-Westberlin

An die
Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik
z. Hdn. des Vorsitzenden des Ministerrates
Herrn Willi Stoph
102 Berlin
Klosterstr. 47

den 10. Januar 1967

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Im Interesse der Bürger Westberlins, die an der weiteren Ausgabe von Passierscheinen für Verwandtenbesuche in dringenden Familienangelegenheiten in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik interessiert sind, wende ich mich an Sie. Bekanntlich läuft die gegenwärtig für diese Fälle gültige Passierschein-Übereinkunft in Kürze, am 31. Januar 1967, aus.

Die SED-Westberlin ist stets für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik eingetreten. Unsere Partei hat sich deshalb immer nachdrücklich für gleichberechtigte Verhandlungen und den Abschluß ordnungsgemäßer vertraglicher Vereinbarungen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR ausgespro-

chen und darauf hingewiesen, daß die Unterstützung der Bonner Alleinvertretungsanmaßung den Bürgern unserer Stadt nur zum Schaden gereichte.

Wir haben uns heute an den Regierenden Bürgermeister Herrn Heinrich Albertz gewandt und ihn aufgefordert, sich endlich für einen ernsten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen mit der DDR bereitzufinden und wenigstens den Abschluß eines ordnungsgemäßen neuen Passierscheinabkommens für dringende Familienangelegenheiten zu ermöglichen.

Im Interesse der beteiligten Menschen bitte ich Sie und die Regierung der DDR, Ihrerseits zu prüfen, wie eine weitere Ausgabe von Passierscheinen in Härtefällen erreicht werden kann. Sollten sich die notwendigen Verhandlungen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR etwas hinauszögern, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie einen Weg finden würden, der vorläufig die weitere Ausgabe von Passierscheinen in dringenden Familienangelegenheiten ermöglicht.

Ich bitte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, das Anliegen der SED-Westberlin zu prüfen und positiv zu entscheiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Danelius
Parteivorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin

Positive Entscheidung der DDR-Regierung
im Interesse der Westberliner

Stoph antwortet Danelius

Initiative des Parteivorsitzenden der SED-Westberlin in der Passierscheinfrage hatte Erfolg / Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten soll zwischenzeitlich bis Ende März weiterarbeiten / DDR erwartet Antwort von Albertz

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Der Vorsitzende

An den
Parteivorsitzenden
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands-Westberlin
Herrn Gerhard Danelius
Westberlin
Schudomastraße 3

Sehr geehrter Herr Danelius!

Ihr Schreiben vom 10. Januar 1967 habe ich mit Interesse gelesen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mißt der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin große Bedeutung bei. Sie hat dem Senat von Westberlin dazu am 26. Oktober 1966 und bei vielen anderen Gelegenheiten sachdienliche Vorschläge gemacht.

Mit vielen Westberliner bedauern auch wir, daß der Senat von Westberlin diese Vorschläge bisher leider nur ablehnend oder überhaupt nicht beantwortet hat, obwohl doch der untrennbare Zusammenhang zwischen normalen staatlichen und normalen menschlichen Beziehungen auch dem Senat bekannt ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat im Interesse der Westberliner Bürger und ihrer Verwandten in der Hauptstadt der DDR die Frage der Ausgabe von Passier-

scheinen für dringende Familienangelegenheiten geprüft, da auf diesem Gebiet ab 1. Februar 1967 ein abkommensloser Zustand eintritt.

Dabei wurden auch die Anregungen berücksichtigt, die Sie im Namen des Parteivorstandes der SED-Westberlin in Ihrem Brief vom 10. Januar 1967 gegeben haben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Alexander Abusch, beauftragt, sich in dieser Angelegenheit mit dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Heinrich Albertz, in Verbindung zu setzen. Der Stellvertreter des Vorsitzenden teilte gestern in einem Brief dem Regierenden Bürgermeister mit, daß die Regierung der DDR entschieden hat, die Tätigkeit der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten und die Genehmigung und Ausgabe von Passierscheinen in dringenden Familienangelegenheiten zwischenzeitlich für zwei Monate, bis zum 31. März 1967, fortzusetzen. Der Stellvertreter des Vorsitzenden sprach die Erwartung aus, daß ihm der Regierende Bürgermeister in einem Schreiben zusichert, daß der Senat von Westberlin seinerseits das hierfür Erforderliche veranlassen wird.

Im übrigen vertreten Sie zu Recht den Standpunkt, daß alles weitere auch auf diesem Gebiet davon abhängt, ob der Senat von Westberlin endlich zu einer Normalisierung seiner Beziehungen zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und zum Abschluß ordnungsgemäßer vertraglicher Vereinbarungen bereit ist. Normale Beziehungen Westberlins zur DDR entsprechen den natürlichen Interessen aller Westberliner und dienen einer wirklichen Entspannung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Stoph

Berlin, den 13. Januar 1967

SED-Westberlin an den SPD-Landesvorstand

Auf Beschluß des Parteivorstandes hat sich der Vorsitzende der SED-Westberlin, Gerhard Danelius, am 16. Januar 1967 mit einem Brief an den Landesvorstand Berlin der SPD, zu Händen des Landesvorsitzenden Kurt Mattick, gewandt. In dem Brief heißt es:

Die Unterwerfung Westberlins unter die Bonner Politik hat schon bisher ernsten politischen Schaden angerichtet. Nach der Bildung der Kiesinger-Strauß-Regierung haben sich die politischen und sozialen Gefahren noch erhöht. Von dieser Regierung ist nichts Gutes für die Sache der Entspannung und Verständigung, die für Westberlin lebensnotwendig ist, zu erwarten. Die Aufrechterhaltung der Alleinvertretungsanmaßung der Regierung Kiesinger zeigt, daß die gescheiterte Politik Adenauers und Erhards fortgesetzt wird. Der Senat unterstützt bedauerlicherweise die Anmaßung des westdeutschen Großkapitals, und das Abgeordnetenhaus hat sogar im Jahre 1966 das Bonner Gesetz übernommen, das die Bürger der DDR der Gerichtsbarkeit Bonns unterwerfen soll. Das jüngste Beispiel des Mißbrauchs unserer Stadt für den kalten Krieg ist das Auftreten Tixier-Vignancours mit 120 Anhängern der französischen OAS auf einer revanchistischen Kundgebung, auf der die Wiederherstellung der Grenzen Nazi-Deutschlands von 1937 und die Beseitigung des Sozialismus „bis zum Ural“ gefordert wurde.

Die so notwendige Normalisierung der Beziehungen Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik macht es dringend erforderlich, daß der kalte Krieg eingestellt, das Gesetz, das Bürger der DDR der Gerichtsbarkeit Bonns unterwirft,

aufgehoben und neonazistische und revanchistische Umtriebe verboten werden.

Westberlin braucht wirtschaftliche und soziale Stabilität. Verantwortliche Senatspolitiker erklären sich aber bereit, mit der Straußschen Finanzpolitik, mit all ihren schädlichen Auswirkungen durch dick und dünn zu gehen. Die Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nach dem Osten verlangt jedoch eine eindeutige Distanzierung von der Bonner Vorstellung, den Handel zum Objekt politischer Erpressungen machen zu wollen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Osten kann nur attraktiver werden, wenn ihnen Westberlin Garantien gibt, sich keinerlei störenden Einflüssen Bonns, keinen Embargobestimmungen und keinen anderen, den Osthandel diskreditierenden Maßnahmen zu unterwerfen.

Die Kiesinger-Strauß-Regierung tarnt ihre verständigungsfeindliche, aggressive Politik mit der Phrase von der „nationalen Gemeinschaft aller Deutschen". Aber worin soll sie denn bestehen, wo Minister Schröder von „nuklearem Einsatz von deutschem Boden aus und gegen deutschen Boden" als einer Gegebenheit spricht, die der Bonner Politik zugrunde liegt?

Wir fragen den Landesvorstand der SPD: Ist er bereit, sich von dem Bonner Rechtskurs mit allen seinen politischen und sozialen Risiken loszusagen? Die Ereignisse der letzten Zeit weisen darauf hin, daß der Neonazismus wieder sein Haupt erhebt. Es wäre im Interesse der gesamten Bevölkerung unserer Stadt, wenn sich der Landesvorstand der SPD von dem Alleinvertretungsanspruch der Kiesinger-Strauß-Regierung, von ihrem Streben nach atomarer Mitplanung und Mitverfügung distanzieren und für eine Politik der Vernunft und des guten Willens zur Herstellung normaler Beziehungen Westberlins nach Ost und West eintreten würde.

Das entspräche auch dem Wollen sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre, der Kollegen in den Gewerkschaften, der Studenten und Professoren, daß in Westberlin kein Rechtskurs durchgeführt wird und daß die Folgen und Risiken der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Krisenerscheinungen, die die Politik der Kiesinger-Strauß-Regierung mit sich bringt, von unserer Stadt abgewendet werden. Wir sind der Ansicht, daß alles Menschenmögliche unternommen werden muß, um die Beziehungen Westberlins nach allen Seiten hin zu entwickeln und vor allem zu unserem Nachbarn, zur Deutschen

Demokratischen Republik, in ein normales und gutes Verhältnis zu kommen.

Aus Sorge um die Entwicklung unserer Stadt teilen wir Ihnen diese Überlegungen mit und erwarten Ihre Stellungnahme.

Hochachtungsvoll

Gerhard Danelius
Vorsitzender der SED-Westberlin

Aus dem Wahlprogramm der SED-Westberlin zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 12. März 1967.

Die Entscheidung dieser Wahl lautet:

Soll Westberlin die Gunst seiner Lage nutzen und normale Beziehungen mit beiden deutschen Staaten nach West und Ost pflegen? Das entspricht unseren friedlichen Interessen, verbürgt Ruhe und soziale Sicherheit, wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung.

Oder soll unsere Stadt auf ihre Chance verzichten und im Schatten der Politik der Regierung Kiesinger/Strauß alle erdenklichen sozialen und politischen Risiken auf sich nehmen?

Wer Liste 4 wählt, wählt Ruhe und Sicherheit!

Wäre es nach den Kommunisten, den Sozialdemokraten und vielen bürgerlichen Demokraten gegangen, so hätte es kein 1933, kein 1939 und damit auch kein 1945 gegeben. Auch nach 1945 bestand noch die Möglichkeit, die deutsche Einheit und damit auch die Rolle Berlins als Hauptstadt zu erhalten — unter der Voraussetzung, daß ganz Deutschland den Weg des Friedens, des Antifaschismus und der Demokratie, der Überwindung der Macht der Monopole gegangen wäre. Siemens und Flick, die Herren der AEG und der Deutschen Bank und ihre Freunde von der amerikanischen Hochfinanz haben das nicht gewollt. Die Folge ihrer Machtpolitik war die Spaltung Deutschlands.

Nun müssen wir uns in Westberlin überlegen, wie wir uns angesichts der Existenz von zwei deutschen Staaten in der uns umgebenden Wirklichkeit einrichten wollen, und wie wir dabei

für uns im Interesse der Sicherheit und für vernünftige Beziehungen auch mit der DDR das Beste leisten können.

Wer Menschlichkeit und menschliche Kontakte wünscht, muß für normale Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik eintreten. Menschlichkeit verträgt sich nicht mit kaltem Krieg. Mit der Herstellung normaler Beziehungen zu seiner Umgebung aber kann Westberlin viele seiner Probleme lösen. Zugleich würde unsere Stadt durch eine Politik der Vernunft und des guten Willens das Beispiel auch für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik geben. So könnte Westberlin eine wichtige nationale Aufgabe lösen helfen.

Die Sozialistische Einheitspartei vertritt diese realistische Politik seit Jahren. Sie hat dafür zunehmendes Verständnis und wachsende Unterstützung in der Bevölkerung gefunden. So ist es dem Wirken der Sozialistischen Einheitspartei zu verdanken, daß in den Jahren 1963, 1964 und 1965 Passierscheinabkommen erreicht worden sind. Sie tragen die Unterschriften der Beauftragten des Senats und der Regierung der DDR.

Aber während die DDR den Rechtsstatus des Senats achtet, hat sich der Senat leider die Anmaßung des westdeutschen Großkapitals und seiner Bonner Regierung auf Alleinvertretung zu eigen gemacht. Der Senat verneint nicht nur die rechtliche Existenz der DDR, sondern hat sogar im Jahre 1966 das Bonner Gesetz übernommen, das die Bürger der DDR der westdeutschen Gerichtsbarkeit unterwerfen soll. Die unzulässige Einmischung der westdeutschen Regierung in die inneren Angelegenheiten unserer Stadt und das falsche Verhalten des Senats haben das von der DDR auch für 1966 vorgeschlagene Passierscheinabkommen torpediert.

CDU, SPD und FDP hatten versprochen, für menschliche Erleichterungen zu sorgen. Aber Weihnachten 1966 mußten wir auf Passierscheine verzichten, weil der Senat normale Beziehungen zur DDR ablehnt und ständig nach Bonn schielt. Bonn kann uns zwar höhere Mieten und Steuern und die Atmosphäre des kalten Krieges bescheren, aber keine Passierscheine. Statt sich die Querschüsse aus Bonn zu verbitten und eigene Schritte nach vorn zu tun, fiel der Senat in die Zeit des kalten Krieges zurück.

Vom kalten Krieg aber haben wir alle genug!

Niemand, der in Westberlin seiner friedlichen Arbeit nachgeht, kann ein Interesse am Kampf gegen die sozialistischen

Errungenschaften der DDR und gegen ihre Arbeiter-und Bauern-Regierung haben. Überall in der ganzen Welt, auch in vielen Ländern der NATO und in Westdeutschland, wird der erstaunliche Aufschwung gewürdigt, den die Deutsche Demokratische Republik auf allen Gebieten nimmt. Wie lange will Westberlin noch damit warten, aus diesen unbestreitbaren Tatsachen vernünftige Konsequenzen für das Verhältnis zur DDR zu ziehen?

Ohne normale Beziehungen zu seiner Umgebung, zur DDR, wird sich Westberlin wachsenden Schwierigkeiten gegenübersehen. Niemand wagt das zu bestreiten. Weshalb aber hat dann bisher keine der drei Parteien des Abgeordnetenhauses die Möglichkeiten des Ausgleichs genutzt? Weshalb ist aus den vielen schönen Reden über die Rolle unserer Stadt als Brücke zwischen West und Ost nie etwas geworden? CDU, SPD und FDP wollen die besondere Lage unserer Stadt im geteilten Deutschland nicht verstehen.

Die Sozialistische Einheitspartei dagegen geht von den Tatsachen aus. Ihre Abgeordneten werden stets für normale Beziehungen der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zwischen Westberlin und der DDR eintreten. Nur diese Politik der Vernunft und des guten Willens wird der besonderen Lage und Entwicklung Westberlins, den besonderen Interessen der Westberliner gerecht.

Bemühungen der SED-W hatten Erfolg

Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten arbeitet weiter

Berlin (DW). Die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten bleibt auf Ersuchen der SED-W zunächst weiterhin geöffnet. Gestern vormittag pünktlich um zehn Uhr begannen die DDR-Angestellten mit ihrer Tätigkeit; vor der Passierscheinstelle am Hohenzollerndamm hatten sich schon rund 40 Antragsteller eingefunden.

Der Parteivorsitzende der SED-Westberlin, Gerhard Danelius, gab gestern hierzu folgende Erklärung ab:

„Die zeitweilige Weiterführung der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten ist das Ergebnis der Bemühungen der SED-Westberlin. Wir sind der Regierung der DDR sehr dankbar dafür, daß sie unserem Ersuchen stattgegeben hat. Der Senat hat die Vertretung berechtigter Interessen der Westberliner Bevölkerung bei der Regierung der DDR ausschließlich unserer Partei überlassen. Dafür sind die Spitzen der drei im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien — der CDU, der SPD und der FDP — mit der Verschärfung des kalten Krieges und anderen antidemokratischen Maßnahmen beschäftigt.

Unsere Partei wird noch intensiver für demokratische Verhältnisse in Westberlin und für die Normalisierung der Beziehungen zur DDR eintreten.

Die Sozialistische Einheitspartei hat viel für die Interessen unserer Bevölkerung schon außerhalb des Parlaments getan; um wieviel mehr könnten wir tun, wenn Abgeordnete unserer Partei im Abgeordnetenhaus vertreten sind!“

Wie segensreich die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten bisher gewirkt hat, läßt sich an folgenden

eindrucksvollen Zahlen ablesen: Vom 1. Oktober 1964 bis zum 31. Dezember 1966 wurden 43 567 Passierscheine für 71 203 Personen ausgegeben, davon 1619 Passierscheine für 2375 Antragsteller sofort. Im Januar dieses Jahres wurden 3186 Passierscheine für 5295 Personen ausgehändigt.

Bemühungen der SED-W für Passierscheinstelle

„Wir rechnen damit, daß die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten auch nach dem 31. März ihre Tätigkeit fortsetzt.“ Dies erklärte der Parteivorsitzende der SED-Westberlin, Gerhard Danelius, am 30. März 1967 dpa auf Anfrage. Die SED-W hoffe sehr, daß „unsere Bemühungen vom Januar noch Nachwirkungen haben“.

Nach einem Briefwechsel zwischen Danelius und DDR-Premier Stoph im Januar war die Passierscheinstelle nach Ablauf der letzten Vereinbarung nicht geschlossen worden.

Am Hohenzollerndamm sind inzwischen Agenturmeldungen zufolge Anträge für Besuche der DDR-Hauptstadt für die Zeit nach dem 31. März entgegengenommen und ein Passierschein für den 1. April ausgehändigt worden.

Für die Interessen unserer Stadt und ihrer Bevölkerung

Weit über 700 Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin hatten sich am Freitag, den 31. März in den Spandauer Festsälen zur ersten großen Tagung nach den Wahlen versammelt. Im Mittelpunkt der bedeutenden politischen Konferenz stand die Rede des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius zum aktuellen Thema „Die Märzwahlen und die nächsten Aufgaben der Partei".

Gerhard Danelius wandte sich an alle Bürger Westberlins, als er erklärte:

„Wir möchten auf unserer heutigen Funktionärskonferenz noch einmal nachdrücklich vor dem Kurs der Unterwerfung Westberlins unter der Bonner CDU-Politik warnen. Es kann für Westberlin nichts Gutes dabei herauskommen, wenn der Senat unsere Stadt den Bonner Herren als Experimentierfeld für ihre Politik des kalten Krieges und der Verschärfung der Spannungen anbietet.

Wem soll es nutzen, wenn Bundeskanzler Kiesinger, Strauß und andere führende CDU-Politiker von Westberlin aus gegen die DDR gerichtete Erklärungen abgeben? Wenn hier, 180 km von der östlichen Grenze der Bundesrepublik entfernt, Bundestagsausschüsse tagen? Das nutzt weder den arbeitslosen Kumpeln an der Ruhr noch den Kurzarbeitern westdeutscher Konzernbetriebe!

Die Politik der Herausforderung der Deutschen Demokratischen Republik schadet unserer Stadt und ihrer Bevölkerung und verzögert die Normalisierung der Beziehungen nach West und Ost, insbesondere zur Deutschen Demokratischen Repu-

blik. Alle Pläne des Mißbrauchs Westberlins für eine Politik des kalten Krieges und der Isolierung der Deutschen Demokratischen Republik sind von vornherein auf Sand gebaut und zum Scheitern verurteilt. Unserer Bevölkerung aber bringen sie nur Schwierigkeiten, Unbequemlichkeiten und Gefahren.

Für die Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschafter und alle Schichten der Bevölkerung kann es doch nur nützlich sein, wenn Westberlin zur DDR und den anderen sozialistischen Staaten ein gutes Verhältnis anstrebt. Es kann doch nur nützlich sein für unsere Stadt und ihre Bevölkerung, vor allem für die Arbeiter und Angestellten, die in zunehmendem Maße von sozialen Sorgen geplagt sind, wenn die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westberlin und der DDR, zur Sowjetunion und zu anderen sozialistischen Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ausgebaut werden.

Eine gesicherte politische und wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt erfordert immer dringender die Normalisierung der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung des Rechtsstatus und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten auf dem Wege gleichberechtigter Verhandlungen. Darum kommt niemand herum! ..."

Mit der Politik des kalten Krieges und der Ignorierung der Realitäten ist nun einmal kein Blumentopf zu gewinnen; davon wird die wirtschaftliche Lage in unserer Stadt nicht stabiler, sondern labiler. Eine solche Politik ist nur Wasser auf die Mühlen der Ewig-Gestrigen, die Westberlin weiterhin als Vorposten des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik mißbrauchen wollen.

Unsere Partei tritt dafür ein, daß in Westberlin eine vernünftige Politik betrieben wird, die gute Beziehungen nach West und Ost anstrebt und die Selbstisolierung gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Ländern durch die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen überwinden hilft.

Nur so kann Westberlin Brücke zwischen Ost und West werden. Auf dem Morast des kalten Krieges und des Antikommunismus aber läßt sich kein Fundament errichten, das eine Politik des Friedens, der Verständigung, der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität ermöglicht.

Passierscheinstelle am Hohenzollerndamm:

Weiterhin geöffnet

Berlin (DW). Die DDR-Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten wird ihre Tätigkeit auch über den 31. März hinaus fortsetzen. Das hat ihr Leiter am Freitag, dem 31. März 1967 erklärt. Damit haben Einwohner unserer Stadt weiterhin Gelegenheit, in dringenden Fällen einen Passierschein zum Besuch ihrer Verwandten in der DDR-Hauptstadt zu erhalten. Auf Initiative des Parteivorsitzenden der SED-W, Gerhard Danelius, war Ende Januar über das Auslaufen der Vereinbarung hinaus die Passierscheinstelle geöffnet geblieben.

Zu dem gegenwärtigen vertraglosen Zustand erklärte gestern ADN, daß noch immer kein Antwortschreiben des Regierenden Bürgermeisters Albertz an den Stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Abusch vorliegt. Es ginge dabei um die entscheidende Frage, ob der Senat die Beziehungen zur DDR zu normalisieren bereit sei.

Für Freundschaft Westberlin—DDR

Aus der Ansprache des Parteivorsitzenden der SED-W, Gerhard Danelius, auf dem VII. Parteitag der SED am 21. April 1967

Wenn Lübke und Kiesinger nach Westberlin kommen, so ist ihnen unsere Stadt mit ihrer fleißigen und arbeitsamen Bevölkerung nur etwas wert als vorgeschobene Bastion des kalten Krieges. Kiesinger macht in Westberlin den „lachenden Mann". Er redet von einer neuen Funktion Westberlins als Brücke zwischen West und Ost, schmiedet aber in Wirklichkeit gemeinsam mit dem Senat Pläne, wie unsere Stadt noch mehr der Bonner Politik des Atomstrebens, der Notstandsdiktatur und des Sozialabbaus unterworfen werden kann.

Wir stimmen völlig überein mit dem Standpunkt des VII. Parteitages über die Lächerlichkeit und Haltlosigkeit, Westberlin zum 11. Land der Bundesrepublik zu machen oder gar die souveräne Deutsche Demokratische Republik als 12. Land des westdeutschen Monopol-Staates zu behandeln. Welche Ignoranz und politische Blindheit gehören dazu, um solche Pläne auszuhecken. Der Senat sollte sich lieber darüber Gedanken machen, wie Westberlin aus der wirtschaftlichen Misere herauskommt, wie auf der Grundlage der Anerkennung des gegenseitigen Rechtsstatus die Beziehungen zwischen West-

berlin und der Deutschen Demokratischen Republik normalisiert werden können.

Die verantwortlichen Senatspolitiker reden sehr viel von Menschlichkeit und menschlichen Kontakten, von Sicherheit des Arbeitsplatzes und Entspannungspolitik. Durch die Hintertür aber lassen sie die menschenfeindliche CDU-Politik ins Schöneberger Rathaus. Sie konservieren den Antikommunismus und blockieren damit die Entspannung.

Unter dem Eindruck der Erfolge des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden werden wir in Westberlin jetzt sehr oft gefragt: Wie sind eigentlich die Beziehungen Eurer Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und wie stellt Ihr Euch die Beziehungen Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik vor? Wir antworten darauf: Die Beziehungen unserer Partei zur SED sind ausgezeichnet. Sie waren in den vergangenen Jahren schon wiederholt von großem Nutzen für die Bevölkerung Westberlins.

Ist es da nicht an der Zeit, daß der sozialdemokratisch geführte Senat aus unseren Erfahrungen lernt? Ist es nicht höchste Zeit, daß der Senat die Politik des kalten Krieges aufgibt und alle Pläne des Eindringens in die DDR auf den Müllhaufen der Geschichte wirft?

Normale Beziehungen zur DDR für alle von Vorteil

Während eine Verschärfung des kalten Krieges für Westberlin nur neue Sorgen, Unbequemlichkeiten und Gefahren mit sich bringt, wird ein Kurs der Vernunft und des guten Willens, wird die Herstellung gutnachbarlicher, normaler Beziehungen zur DDR nur für alle von Vorteil sein.

Der Senat steht an der Klagemauer und lamentiert darüber, daß jeder Husten der westdeutschen Wirtschaft in den Westberliner Betrieben bereits zu einer Lungenentzündung führt. In der Tat, die einseitige Bindung Westberlins an Westdeutschland trägt bittere Früchte. Angesichts des offen revanchistischen und sozialreaktionären Kurses der herrschenden Kreise Westdeutschlands behauptet Willy Brandt, daß es in Deutschland keinen Klassenkampf mehr gäbe. Offensichtlich verwechselt Willy Brandt die Tatsache, daß die rechtssozialdemokratischen Führer ihren Frieden mit der Monopolbourgeoisie geschlossen haben, mit der objektiven Lage und den tatsächlichen Herrschaftsverhältnissen.

Alleinvertretungsanmaßung, Atomrüstung und Revanchehetze, Notstandsgesetze und Notstandsdiktatur sind sowohl

Ausdruck des Klassenkampfes der herrschenden Klasse gegen das Volk als auch ihrer verschärften Aggressivität gegen die DDR und gegen andere sozialistische Staaten.

Die westdeutschen Monopole demonstrieren jetzt in Westberlin, daß die schönen Reden von der Sozialpartnerschaft und vom Wirtschaftsbürger nur dazu dienten und dienen, die Arbeiter an die Kette zu legen und die Klassengegensätze zu verschleiern. Betriebe werden verlagert, Kurzarbeit eingeführt und Arbeiter, die nach dem zweiten Weltkrieg aufopferungsvoll an den Wiederaufbau der zerstörten Werke herangingen, rücksichtslos entlassen.

Gegen diesen Angriff des Großkapitals stellt unsere Partei ihre Anstrengungen, die Arbeiter auf der Grundlage ihrer eigenen richtigen gewerkschaftlichen Forderungen in den Kampf für die Verteidigung des sozialen Besitzstandes, für eine aktive Lohnpolitik und für die Mitbestimmung der Belegschaften, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften in den Großbetrieben, in der Wirtschaft und im politischen Leben zu führen. Bei normalen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik könnte der Handel Westberlins mit der DDR sofort wesentlich ausgebaut werden, so daß die Arbeiter einen gesicherten Arbeitsplatz hätten und die Wirtschaft Westberlins eine gesicherte Perspektive. Nur so — durch Normalisierung der Beziehungen — kann Westberlin Ruhe und Sicherheit gewinnen. Nur so kann es eine positive Rolle in der deutschen Frage für die Sicherheit in Europa spielen.

Die Zahl der Bürger unserer Stadt, der Arbeiter und der Angehörigen der Intelligenz wächst, die weder vom kalten noch vom heißen Krieg etwas wissen wollen und nach einem Kurs des Friedens, der Entspannung und Verständigung streben. Zum ersten Mal gelang es uns bei den Wahlen am 12. März, die Rückwärtsentwicklung vergangener Jahre aufzuhalten und einen Schritt nach vorn zu tun. Das sind die ersten Schwalben. Das ist noch nicht der Frühling. Wir betrachten aber diesen ersten Schritt nach vorn als eine gute Grundlage für die weitere Tätigkeit unserer Partei und für ihren zunehmenden Einfluß auf größere Teile unserer Bevölkerung.

Wir übersehen dabei nicht, daß es ständiger und stärkerer Anstrengungen bedarf, um in Westberlin Schritt um Schritt die Wirkung des Antikommunismus abzubauen. Am raschesten lernen auch hier die Menschen an ihren eigenen Erfahrungen, in der Aktion für ihre friedlichen, demokratischen Interessen.

Realitäten anerkennen!

Aus der Rede des Vorsitzenden des Parteivorstandes der SED-Westberlin, Gerhard Danelius, auf der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlovy Vary am 26. April 1967:

Westberlin liegt bekanntlich 180 Kilometer von der östlichen Grenze der Bundesrepublik entfernt inmitten der Deutschen Demokratischen Republik. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands haben unsere Stadt als erstes Ziel ihrer annexionistischen Politik ausersehen. Gegenwärtig äußert sich der widerrechtliche Anspruch der Bonner Regierung auf Westberlin in Tagungen der Bundestagsausschüsse und Amtsanmaßung des Bundespräsidenten Lübke und des Bundeskanzlers Kiesinger, die regelmäßig in Westberlin auftreten, residieren und ihre Amtsgeschäfte ausüben. Sie mischen sich in die inneren Angelegenheiten unserer Stadt ein und verhindern die Normalisierung der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik.

Manche Leute in Westberlin und anderorts fragen uns: Warum seid ihr so entschieden gegen Sitzungen des Bundestages und der Bundestagsausschüsse in Westberlin? – Wir sind so entschieden dagegen, weil wir den Hintergrund dieser Tagungen außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik kennen. Er besteht darin, Ansprüche auf ein Gebiet zu erheben, das der Bundesregierung nicht gehört und niemals gehören wird.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands wollen sich mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges und den Realitäten nicht abfinden. Das bestätigen allein die Pläne, Westberlin zum 11. Land der Bundesrepublik zu machen und die souveräne Deutsche Demokratische Republik als 12. Land des Bonner Staates zu behandeln. So wahnwitzig diese Pläne sind, so gefährlich sind sie zugleich für den Frieden in Europa ...

Darum darf man den Appetit der deutschen Imperialisten und Militaristen nicht anregen und ihnen keine Konzessionen machen. Sie wollen ihre Positionen vorerst einmal bis zur Oder-Neiße-Grenze vorschieben, um es dann ein drittes Mal mit der „Neuordnung Europas“ zu versuchen. Ihnen ist Westberlin nur etwas wert: als Frontstadt des kalten Krieges gegen die DDR und andere sozialistische Staaten. Unsere Bevölkerung kann aber nichts gewinnen bei Fortführung des kalten Krieges, geschweige denn durch die ständige Herausforderung

der DDR und anderer sozialistischer Staaten. Gewinnen kann Westberlin nur etwas, wenn der kalte Krieg abgebaut und unsere Stadt eine positive Rolle bei der Lösung der nationalen Frage unseres Volkes und bei der Entwicklung eines Systems der europäischen Sicherheit spielt.

Aus dem Maiaufruf des Parteivorstandes der SED-Westberlin zum 1. Mai 1967

Den Interessen der Arbeiter und Angestellten und aller Bürger entspricht es, endlich normale Beziehungen zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen. Deshalb sollten die Arbeiter und ihre Gewerkschaften am 1. Mai für die Aufnahme gleichberechtigter Verhandlungen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR eintreten. Das dient der politischen, der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit unserer Stadt.

DDR zur Normalisierung bereit

Aus dem Bericht Erich Zieglers über den VII. Parteitag der SED vor dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin am 12. Mai 1967.

Genosse Walter Ulbricht hat vor dem VII. Parteitag nochmals die Position der SED und der DDR zur Entschärfung des Westberlin-Problems formuliert. Er sagte u. a.:

„Wir sind bereit, im Einvernehmen mit der UdSSR, für Westberlin vertraglich einen unabhängigen Status als besondere politische Einheit zuzugestehen. Wir sind bereit, auf Grund entsprechender Verträge dieser besonderen politischen Einheit Westberlins auch die Benutzung der Transitwege der DDR zu gestatten. Wir streben normale und gute Beziehungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat von Westberlin an. Wir sind zur Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet und auch auf anderen Gebieten bereit. Natürlich ist Voraussetzung, daß Westberlin, dem wir gute Beziehungen zu allen Ländern, einschließlich Westdeutschland, wünschen, den westdeutschen Imperialisten und Revanchepolitikern nicht als Brückenkopf des kalten Krieges und der Diversion gegen die Deutsche Demokratische Republik dient."

Ich möchte feststellen, daß wir uns mit der auf dem I. Parteitag formulierten und in unseren Wahlmaterialien niedergelegten Politik in voller Übereinstimmung mit diesen Ausführungen befinden.

Albertz und Amrehn auf gefährlichem Kurs

Wenn der Regierende Bürgermeister Albertz gemeinsam mit Amrehn fordert, Westberlin zum 11. und die DDR zum 12. Bundesland zu machen, so zeigt das, welchen falschen und für die Bevölkerung unserer Stadt gefährlichen Kurs die Herren im Senat beschreiten. Damit heizen sie den kalten Krieg an und verschärfen die Spannungen. Unsere Aufgabe in der Massenarbeit wird darin bestehen, der Bevölkerung beharrlich den Weg der Normalisierung der Beziehungen, der Verhandlungen und der Verständigung zu weisen. Wenn Westberlin leben will, braucht es freundschaftliche Beziehungen zu seiner Umwelt, insbesondere der DDR

Die Bevölkerung unserer Stadt, vor allem die Arbeiter, brauchten keine Angst um ihre Arbeitsplätze, um ihre Existenz zu haben. Voraussetzung ist, daß der Senat von der Unterstützung der Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung abgeht und die Entwicklung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Grundlage normaler Beziehungen mit der DDR anstrebt.

Für ordentliche Vereinbarungen

Bei normalen Beziehungen kann die Bevölkerung unserer Stadt viel gewinnen, bei Fortsetzung des Senatskurses können wir noch mehr verlieren. Niemand soll glauben, die DDR erpressen zu können. Ohne ordentliche Vereinbarungen wird es zu keinen positiven Ergebnissen, wie sie sich unsere Bevölkerung wünscht, kommen.

Wir konnten auf dem VII. Parteitag mit Genugtuung feststellen, daß es seitens der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine große Bereitschaft gibt, die Beziehungen zu Westberlin normal und vernünftig zu gestalten. An uns liegt es jetzt, auch in Westberlin die entsprechenden Voraussetzungen dafür zu schaffen und uns noch stärker mit allen progressiven und verständigungsbereiten Kräften unserer Stadt zu verbinden.

Danelius antwortet Albertz:

Manövrieren hat keinen Zweck - der kalte Krieg muß weg

Unmittelbar nach der Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz vor dem Abgeordnetenhaus am 15. September 1967 gab der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin, Gerhard Danelius, dem Chefredakteur unserer Zeitung, Hans Mahle, ein Interview. Er betonte, daß sich die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters nur graduell, aber nicht im wesentlichen vom Inhalt der „großen Anfrage" der CDU-Fraktion unterscheidet.

Gerhard Danelius unterbreitete folgende Vorstellungen für eine konstruktive Politik Westberlins:

Einstellung des kalten Krieges, Abkehr von dem Kurs der Unterstützung der Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung und Zurückweisung aller Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten unserer Stadt;

Aufnahme von Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der DDR mit dem Ziel langfristiger Abkommen zur Regelung der politischen, wirtschaftlichen, Handels-, kulturellen und sportlichen Beziehungen, einschließlich des Personen- und Reiseverkehrs;

Weg vom kalten Krieg — hin zu einer neuen Politik

Aus der Rede von Gerhard Danelius am 4. Oktober 1967

Amrehn und seine westdeutschen Hintermänner möchten, daß Westberlin als Spannungsherd und Zentrum des kalten Krieges Schlagzeilen in der Weltpresse macht.

Unsere Partei sieht die neue Funktion Westberlins, seine nationale und internationale Aufgabe darin, daß diese Stadt

und ihre Bevölkerung einen wirkungsvollen Beitrag zur Festigung des Friedens, der Entspannung und Verständigung leistet. Das erfordert – ausgehend von den bestehenden Realitäten in Deutschland – normale Beziehungen sowohl zur Bundesrepublik als auch zur Deutschen Demokratischen Republik.

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins will nicht, daß im Verhältnis zur Bundesrepublik Porzellan zerschlagen wird. – Wir wollen aber, daß die Scherben weggeräumt werden, die im Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik gemacht wurden.

Wir sind gemeinsam mit vielen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Betriebsräten und Studenten der Auffassung, daß Westberlin die Gunst seiner Lage nutzen sollte, um Schrittmacher einer Politik der Entspannung und Verständigung, der Entfaltung demokratischer Rechte und Volksfreiheiten, des gesellschaftlichen, geistigen und kulturellen Fortschritts zu werden.

So verstehen wir die Umfunktionierung der Rolle West-Berlins:

Weg vom kalten Krieg – hin zu einer neuen Politik nach innen und außen ...

Wir wollen eine Politik, die Vertrauen verdient

Wie muß eine Politik aussehen, die das Vertrauen unserer Bevölkerung verdient?

1. Eine Politik, die das Vertrauen unserer Bevölkerung verdient, muß zu allererst eine Politik des Friedens sein, sie muß den Interessen Westberlins entsprechen, die Lage unserer Bevölkerung erleichtern, den sozialen Status nicht verschlechtern und gefährden, und das Recht der Bevölkerung und ihrer gewählten Organe, in den Lebensfragen selbst zu bestimmen, respektieren.

Die Erfahrungen, die unsere Bevölkerung mit der Unterordnung Westberlins unter die Bonner Politik gemacht hat und täglich aufs neue macht, zwingen zu der Schlußfolgerung, für Westberlin endlich Handlungsfreiheit zu gewinnen.

Wir bestehen auf dem Recht unserer Bevölkerung und ihrer gewählten Organe, in den Lebensfragen selbst entscheiden zu können.

Das bedeutet:

2. Westberlin kann einen positiven Beitrag leisten für eine Politik des Friedens, der Entspannung und Verständigung,

indem es die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme vertritt. Das heißt: Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten — Abkehr von dem Kurs der Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung — Einstellung des kalten Krieges — Aufnahme von Verhandlungen des Senats mit der Regierung der DDR mit dem Ziel, die Fragen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sowie des Reise- und Personenverkehrs langfristig zu regeln.

Dieser Weg führt unsere Stadt nicht aus der Krise!

Unmittelbar nach der Beendigung der Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm Erich Ziegler, Sekretariatsmitglied des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, auf einer öffentlichen Versammlung in Reinickendorf zur Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters Schütz, die dieser am 26. Oktober 1967 vor dem Abgeordnetenhaus abgegeben hat, Stellung. Erich Ziegler erklärte:

„Klaus Schütz hat in seiner Regierungserklärung vom 26. Oktober deutlich zu erkennen gegeben, daß er nicht daran denkt, der Frontstadtpolitik zu entsagen und sich einer Realpolitik zuzuwenden.

Entgegen den Forderungen und Mahnungen aus allen Schichten der Bevölkerung dieser Stadt nach einer Neuorientierung der Politik, die der veränderten weltpolitischen Landschaft und der geographischen Lage unserer Stadt Rechnung trägt, beharrt Schütz auf alten, längst überlebten Positionen. Herr Schütz glaubt offensichtlich, die verunglückte ‚neue Ostpolitik' der Bonner Regierung in Westberlin neu auffrischen zu können. Er will unsere Stadt, unbeschadet aller negativen Erfahrungen, noch enger mit Bonn verklammern, fordert aber gleichzeitig einseitige Zugeständnisse seitens der Regierung der DDR.

Ausdrücklich stellte er sich auf den Boden der Regierungserklärung seines gescheiterten Vorgängers Heinrich Albertz vom 13. April dieses Jahres, der ein Neun-Punkte-Programm des Wettstreits mit der CDU entwickelt hatte, um Westberlin noch stärker der Kiesinger-Strauß-Politik unterzuordnen.

Wenn Herr Schütz erklärt, daß er diese alte Politik fortsetzen und lediglich neue Akzente und Schwerpunkte setzen wolle, so braucht man kein Prophet zu sein, um heute schon vorauszusagen, daß das die Misere dieser Stadt nur noch ver-

tiefen kann. Mit Manövern und Illusions-Politik wird unsere Stadt aus der Krise nicht herauskommen. Das Scheitern des Albertz-Senats hat deutlich gemacht, daß Westberlin eine neue Politik nach innen und nach außen braucht.

Eine solche Politik muß zu allererst eine Politik des Friedens und der Verständigung, normaler und gutnachbarlicher Beziehungen mit seiner Umwelt, insbesondere mit der Deutschen Demokratischen Republik, sein. Sie muß den kalten Krieg begraben und der europäischen Sicherheit nutzen. Welch eine Heuchelei ist es doch, wenn Schütz von einer Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung spricht und die Einordnung Westberlins in diese Politik fordert. Alleinvertretungsanmaßung, Forderungen nach Grenzrevisionen, Streben nach Atomwaffen und Wettrüsten, das wagt Herr Schütz unserer Bevölkerung als Friedens- und Entspannungspolitik anzubieten!

Und in diese Politik soll unsere Stadt eingeordnet werden? Unsere Bevölkerung hat in den letzten Jahren genug böse Erfahrungen mit dieser Politik gemacht. Deshalb liegt es zutiefst im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, daß alle Linkskräfte und alle Demokraten noch enger zusammenrücken, um eine Neuorientierung in der Politik unserer Stadt durchzusetzen."

Ziegler erklärte abschließend: „Unsere Partei tritt seit eh und je für eine Politik der Vernunft und der Verständigung, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts ein. Wir sind bereit, mit allen Gruppen und Kräften zusammenzugehen, um unseren Beitrag für eine Wende zum Guten zu leisten."

Herzlos menschliche Begegnungen torpediert

Von Eberhard Schmidt

(Aus „Die Wahrheit" vom 14. Dezember 1967)

Im Rathaus Schöneberg war vorgestern der Satz zu hören: „Wir sind traurig, wenn sich die Berliner zu Weihnachten nicht sehen können." Diese Worte stammten aus dem Munde des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, des Hauptschuldigen daran, daß es zu Weihnachten und Neujahr keine Passierscheine zum Besuch der Verwandten in der DDR-Hauptstadt gibt. Welch eine Verhöhnung der vielen hunderttausend Familien, die sich in diesen Vorweihnachtstagen so sehr danach

sehnen, Eltern, Kinder oder Enkelkinder in die Arme schließen zu können.

Daß der Regierende Bürgermeister vor der Presse noch einmal zum Scheitern einer Passierscheinregelung Stellung beziehen mußte, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Wunsch in der Bevölkerung nach normalen Beziehungen zur DDR, die die Voraussetzungen auch für einen Besuch zu den Feiertagen drüben und für vieles andere mehr schaffen würden, in den letzten Wochen immer stärker geworden ist. Oft genug, beispielsweise in der Kirchlichen Hochschule, ist es ihm deutlich gesagt worden.

Natürlich versuchte Herr Schütz, sich um ein Schuldbekenntnis herumzudrücken. Neben geheucheltem Mitgefühl stellte er noch die dreiste Behauptung von der angeblichen Bereitschaft des Senats zu Vereinbarungen mit der DDR auf. Eine infame Täuschung der Öffentlichkeit! Von berufener Seite ist dem Regierenden Bürgermeister und dem Senat mit der erforderlichen Klarheit gesagt worden, daß die Fragen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR nur auf der Ebene von gleichberechtigten Verhandlungen des Senats mit der DDR-Regierung geklärt werden können. Daran führt kein Weg vorbei, da helfen auch keine Tricks, die Herr Schütz während seiner Ausbildung in den USA beim Pokern gelernt haben mag.

Unsere Partei hat – und das kann schon seit längerem nicht mehr totgeschwiegen werden – große Verdienste um das Zustandekommen der bisherigen Passierscheinabkommen. Erinnert sei nur daran, daß unser Parteivorsitzender Gerhard Danelius durch den Briefwechsel mit DDR-Ministerpräsident Willi Stoph wesentlich dazu beitrug, daß die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten am Hohenzollerndamm ihre segensreiche Tätigkeit weiterhin ausübt. Gerhard Danelius war es auch, der an dem Tage, an dem Klaus Schütz im Abgeordnetenhaus seine Regierungserklärung abgab, eine Politik gefordert hatte, die die Existenz von zwei deutschen Staaten anerkennt und mit dem kalten Krieg Schluß macht. Um langfristige Regelungen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und in Fragen des Personen- und Reiseverkehrs herbeizuführen, seien Verhandlungen des Senats mit der DDR-Regierung unumgänglich, betonte er.

Herr Schütz hat statt dessen, wie seine jüngste Erklärung vor der Presse abermals belegt, alles getan, um Westberlin noch

enger an die Politik der Bonner großen Koalition, mithin der CDU, zu ketten. Er unternimmt wahrlich alles, um sich hier als der beste Gouverneur Bonns, den es je in unserer Stadt gab, aufzuführen. Er reiste auch zur NATO-Ratstagung nach Brüssel mit der Absicht, Westberlin in die NATO einzubeziehen und die Außenminister der drei westlichen Besatzungsmächte für seine verfehlte Politik einzuspannen. Die Herzenssache unserer Bevölkerung aber ist ihm offensichtlich gleichgültig!

Was auch immer im Rathaus Schöneberg und in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Presse in den nächsten Tagen noch ausgeknobelt werden mag, um die Schuld des Senats am Scheitern der Verwandtenbesuche zu Weihnachten und zu Neujahr zu bemänteln – immer mehr Menschen kommt es zum Bewußtsein, daß die ganze Verantwortung dafür einzig und allein der Regierende Bürgermeister und sein Senat tragen, die mit der Politik des kalten Krieges eiskalt jede Verständigung und vernünftige Regelung torpedieren.

Wir sind überzeugt, daß am kommenden Sonnabend auf dem Kurfürstendamm viele Tausende Bürger unserer Stadt dem Regierenden Bürgermeister eine Quittung für seine kaltschnäuzige, ja unmenschliche Haltung erteilen. Wenn dort von Menschen verschiedener Herkunft und unterschiedlicher Weltanschauung die Anerkennung der DDR gefordert wird, dann ist das im Gegensatz zu den Spiegelfechtereien des Senats ein wirklicher Beitrag zum Nutzen unserer Stadt. Jedes Wort, das auf dem Kurfürstendamm um der Vernunft willen gesprochen wird, trägt dazu bei, daß die Stimme der Verständigung und der Menschlichkeit lauter wird.

Die neue Lage und die Alternative zur Senatspolitik

Aus dem Referat von Gerhard Danelius auf der 8. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 15. Dezember 1967

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins ist der festen Überzeugung, daß aus einem normalen Verhältnis Westberlins zur DDR außerordentlich Positives für unsere Stadt und ihre Bevölkerung erwachsen würde. Normale Beziehungen zur DDR auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils würden die Spannungen im Herzen Europas spürbar mindern und damit dem Verlangen der Menschen nach Frieden und Sicherheit Rechnung tragen.

Was hat Westberlin davon, wenn Klaus Schütz sich die Bonner Alleinvertretungsanmaßung zu eigen macht und den kal-

ten Krieg gegen die DDR verschärft? Wessen Interessen finden in der Politik der Feindschaft und des Hasses gegen die DDR ihren sichtbaren Niederschlag?

Die Interessen des Großkapitals, nicht aber die der Industrie- und Geistesarbeiter!

Die DDR hat feste wirtschaftliche Planziele, einen kontinuierlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Aufstieg. Betriebsräte und Gewerkschafter Westberlins konnten sich anläßlich der Herbstmesse in Leipzig davon überzeugen, in welchem Maße die DDR-Produkte das Weltniveau erreicht haben. Bei normalen Beziehungen Westberlins zur DDR erschlösse sich der Industrie unserer Stadt ein großer und interessanter Markt. Der Arbeitsplatz wäre gesichert, und die Friedensindustrie Westberlins könnte sich kontinuierlich entwickeln.

Das alles sind unwiderlegbare Beweise, warum gerade jetzt die Frage der Lösung Westberlins von der Bonner Politik eine so dringende Frage ist. Davon hängt die Lebensfähigkeit und die friedliche Zukunft unserer Stadt ab.

Aus der Grundsatzerklärung der 11. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins vom 18. Oktober 1968

Für Frieden und Sicherheit

Gegen die Allmacht der Monopole — für die politischen und sozialen Interessen der Arbeiter und Werktätigen

Senatspolitik verschärft Spannungen

Die Resolution der Führungsgremien der Westberliner SPD zur Lage in Westberlin bedeutet ihrem Inhalt nach eine völlige Gleichschaltung mit dem Kurs der CDU/CSU — weitere Verklammerung Westberlins mit der Bundesrepublik — Ablehnung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR — militärische Stärkung des aggressiven Nordatlantikpaktes — das ist das Programm der gegenwärtigen Führung der SPD.

Die Westberliner Führung der SPD ist also nicht bereit, den bisherigen Kurs zu überprüfen und zu korrigieren. Im Gegenteil: Sie steht an der Seite des westdeutschen Großkapitals im Kampf gegen die sozialistischen, antiimperialistischen und demokratischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin und gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion.

Statt Umfunktionierung der Rolle Westberlins im Interesse des Friedens, der Entspannung und des gesellschaftlichen Fortschritts ist die Linie der SPD-Führung: Verschärfung des kalten Krieges nach innen und außen. Wobei nach Auffassung der CDU die Grenzen zwischen kaltem und heißem Krieg immer mehr ins Fließen geraten sollen.

Die Machthabenden und Machtausübenden wollen die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht anerkennen. Sie wollen den zweiten Weltkrieg nachträglich gewinnen. Die Rechnung für den Rüstungswahn und die Revanchepolitik bezahlt das Volk. Heute mit Geld, höheren Steuern und Mieten — und morgen vielleicht mit dem Leben.

Wir wollen, daß Westberlin endlich herauskommt aus dem jahrzehntelangen Kreislauf von Krise und Rüstungskonjunktur, Krieg und Zerstörung.

Unsere Stadt und ihre 2¼ Millionen Bevölkerung, die Arbeiter und Angestellten, die Techniker und Ingenieure, Industrie- und Geistesarbeiter sind mit den materiellen Schäden des zweiten Weltkrieges fertig geworden – geblieben ist die verstaubte, nach rückwärts gewandte Politik des Antikommunismus, die Grundtorheit des XX. Jahrhunderts. Dieser Politik sind unter Hitler Millionen zum Opfer gefallen.

Geblieben ist die Herrschaft und Allmacht der Multimillionäre, die von der Ausbeutung der Millionen leben. Der Lohnabhängige ist formal und nach dem Gesetz gleichberechtigt. In Wirklichkeit herrschen die Multimillionäre. Sie bestimmen in Wirtschaft und Politik. Die Millonen aber tragen das Risiko.

Mit der DDR in Frieden und Freundschaft leben

Die Mehrheit unserer Bevölkerung will in Frieden und Sicherheit leben. Dazu müssen wir, die Arbeiter und Werktätigen, Entscheidendes in Westberlin ändern. Wir müssen eine Politik durchsetzen, die von den Tatsachen ausgeht:

Westberlin ist kein Land der Bundesrepublik

Westberlin liegt inmitten der Deutschen Demokratischen Republik

Westberlin muß mit der DDR in Frieden und Freundschaft leben. Wer der weiteren Verklammerung unserer Stadt mit der Bonner Politik das Wort redet, wer auf die NATO spekuliert, wer den Abschluß völkerrechtsgültiger Verträge mit der DDR ablehnt – der gefährdet die Sicherheit und die friedliche Zukunft unserer Stadt und ihrer Bevölkerung.

Mit den Demonstrationen gegen die USA-Aggression in Vietnam – gegen Notstandspolitik und Notstandspraxis – und für die erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung – mit der machtvollen Demonstration am 1. Mai haben wir in Westberlin einen guten Anfang des Kampfes für das Volks- und gegen das Monopolinteresse gemacht.

Die nächsten demokratischen Aufgaben

Wir sehen jetzt unsere Aufgabe darin, den Arbeitern ihre Klassenlage und die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen

bewußter zu machen. Die nächsten Ziele des Klassenkampfes in Westberlin sind:

eine unabhängige und selbständige Friedenspolitik — gegen den Mißbrauch Westberlins zu Provokationen gegen die DDR und andere sozialistische Staaten;

Abschluß völkerrechtsgültiger Verträge mit der Deutschen Demokratischen Republik — gegen die Verklammerung Westberlins mit der Bonner Politik der Alleinvertretungsanmaßung und der Grenzforderungen;

allseitige politische, wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Beziehungen zu West und Ost — gegen die Unterordnung Westberlins unter den aggressiven Nordatlantikpakt und die westdeutsche Rüstungs- und Revanchepolitik.

Westberlin nicht länger mißbrauchen lassen

Aus der Rede von Karlheinz Kniestedt auf der Großkundgebung anläßlich des 50. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der „Neuen Welt" am 15. Januar 1969

Die Feststellungen unserer Partei bestätigen sich tagtäglich, daß die Bevölkerung unserer Stadt, an der Nahtstelle zwischen Sozialismus und Kapitalismus, unter einer solchen Politik nur latenten Spannungen, wachsender Unsicherheit und zunehmenden politischen Belastungen ausgesetzt ist.

Die salbungsvollen Weihnachts- und Neujahrsreden der Herren Kiesinger, Barzel, Lübke, Strauß und Brandt vom Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen können den Klasseninhalt und das zutiefst reaktionäre und friedensfeindliche Wesen der Politik der Monopolbourgeoisie nicht verdecken.

Kurs auf die Veränderung des territorialen Status quo in Europa — noch engere Bindung an die NATO — Eskalation des Alleinvertretungsanspruches — Ablehnung einer Gewaltverzichtsvereinbarung mit der Deutschen Demokratischen Republik, Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer staatlichen Souveränität; Milliardenrüstung, Notstandspolitik und Vorbeugehaft für Demokraten;

Ausnutzung unserer Stadt, die niemals zur Bundesrepublik gehörte und niemals zu ihr gehören wird, als Tribüne für die völkerrechtswidrigen Ansprüche der Bonner Regierung —, das soll Frieden sein?

Die Mißachtung des Friedenswillens unserer Bevölkerung durch den Schütz-Senat und sein Kurs der noch tieferen Unterwerfung unter die Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands, das soll unseren Menschen nutzen?

Das Gegenteil ist der Fall. Die Verklammerung Westberlins an den Kurs der Bonner Regierung ist systembedingt, sie ist Bestandteil des imperialistischen Großmachtstrebens, der ökonomischen und politischen Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie und das Ergebnis rechtssozialdemokratischer Zulieferungsarbeit an das Großkapital.

Die für den 5. März in unserer Stadt vorgesehene Wahl des Bundespräsidenten ist ebenso Bestandteil der Strategie des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik wie auch des Expansionsstrebens des Bonner Staates.

Wir rufen die Bevölkerung unserer Stadt auf, nicht länger zuzulassen, daß Westberlin als Stützpunkt imperialistischer Spannungen und Provokationen mißbraucht wird.

Ein Höhepunkt im Leben und Kampf unserer Partei

Aus dem Schlußwort des Genossen Danelius auf dem Außerordentlichen Parteitag der SEW am 15. Februar 1969

Wofür müssen wir die Industrie- und Geistesarbeiter jetzt mobilisieren? Die nächsten praktisch-politischen Ziele des Kampfes in Westberlin sind:

Eine unabhängige und selbständige Friedenspolitik,

die Verhinderung des Mißbrauchs Westberlins zu Provokationen gegen die DDR und gegen andere sozialistische Staaten,

keinerlei Verklammerung Westberlins mit der Bonner Alleinvertretungsanmaßung und den Grenzforderungen,

Abschluß völkerrechtlich gültiger Verträge mit der DDR,

allseitige und gleichberechtigte politische, wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Beziehungen zu West und Ost,

gegen die Unterordnung Westberlins unter den aggressiven Nordatlantikpakt und die westdeutsche Rüstungs- und Revanchepolitik.

Aus Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins

Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins am 15. Februar 1969

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins tritt ein für gute Beziehungen Westberlins zur Bundesrepublik, zur Deutschen Demokratischen Republik und zu den Staaten in West und Ost.

In Übereinstimmung mit den Interessen der Bevölkerung sieht die Partei ihre Aufgabe und die Aufgabe unserer Stadt darin, der Festigung des Friedens, der Entspannung, der Verständigung und der Entwicklung der europäischen Sicherheit zu dienen.

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins erstrebt eine positive Rolle unserer Stadt im Ringen um Frieden und Wiedervereinigung. Das setzt voraus, dem rechtswidrigen Versuch der westdeutschen Monopole und ihrer Regierung, Westberlin in die Bundesrepublik einzugliedern, in der deutschen

und internationalen Politik entgegenzutreten. Das ermöglicht, die Beziehungen zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik zu normalisieren und auf dieser Grundlage völkerrechtsgültige Verträge abzuschließen. Eine solche von den Friedensinteressen bestimmte Politik ist zugleich die einzige nationale Politik.

Die Wahrheit

15. Jahrg., Nr. 39 Sonnabend/Sonntag, 22./23. Febr. 1969 Preis 30 Pf A 4999 B

Interview mit Gerhard Danelius:

Die Provokation verhindern!

Passierscheine zu Ostern sind möglich!

Der Parteivorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Gerhard Danelius, gab am 21. Februar 1969 der „Wahrheit" folgendes Interview:

Frage:

Genosse Danelius, Sie haben auf dem vor einer Woche durchgeführten Außerordentlichen Parteitag der SEW festgestellt, daß in unserer Stadt eine breite Bewegung gegen die widerrechtliche Einberufung der Bundesversammlung nach Westberlin entstanden ist. Wie hat sich die Stimmung seither entwickelt?

Antwort:

Die Bewegung nimmt an Breite und Stärke immer mehr zu. Sie umfaßt Arbeiter und Gewerkschafter, sozialdemokratische Funktionäre und Organisationen, Christen beider Konfessionen, Angehörige des Mittelstandes und der Geschäftswelt, der Jugend in Betrieben, Schulen und Hochschulen; sie reicht von den Sozialisten bis zu den Liberalen. Die Bundesversammlung außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik wird mit Recht als Provokation empfunden, hier in Westberlin ebenso wie in Westdeutschland und im Ausland. Das Unbehagen kommt in der „Süddeutschen Zeitung", der „Frankfurter Rundschau"

oder dem „Rheinischen Merkur" ebenso zum Ausdruck wie in der finnischen oder der französischen Presse. Die einzigen, die sich an die Provokation in Westberlin klammern, sind die Scharfmacher in Bonn.

Frage:

Welchen Ausweg sehen Sie, Genosse Danelius, aus dieser Lage?

Antwort:

Der Ausweg ist ganz einfach: Die die Spannung verursacht haben, sollen sie beseitigen! Wir sagen das in Übereinstimmung mit vielen Bürgern unserer Stadt, die sich besorgt an uns gewendet haben und die ebenso wie wir keine Lust verspüren, die Bonner Provokation auf unserem Westberliner Rücken austragen zu lassen. Deshalb heißt unsere Forderung: Weg mit der Bundesversammlung aus Westberlin!

Frage:

Was würde Ihrer Meinung nach dabei herauskommen, wenn die Bundesversammlung nicht in Westberlin stattfindet?

Antwort:

Eine Entscheidung, die Bundesversammlung nicht in Westberlin durchzuführen, entspräche dem Willen der Mehrheit unserer Mitbürger. Ich könnte mir vorstellen: Der Senat könnte sich in diesem Fall an die Regierung der DDR wenden, und zwar wegen des Besuchs Westberliner Bürger in der Hauptstadt der DDR schon zu Ostern dieses Jahres. Ich bin überzeugt, dabei käme ein positives Ergebnis zustande.

EXTRA-BLATT

Die Wahrheit

EXTRA-BLATT

15. Jahrgang | Sonnabend, 1. März 1969 | kostenlos

Schluß mit der gefährlichen Provokation der Bonner Regierung und des Senats

Die Bundesversammlung hat in unserer Stadt nichts zu suchen

Westberlin braucht Sicherheit, Entspannung und Verständigung!

Sozialistische Einheitspartei Westberlins meldet Protestdemonstration an

Berlin. Ungeachtet der ernsten Warnungen der sozialistischen Staaten, des wachsenden Unbehagens selbst in NATO-Kreisen und des anschwellenden Proteststurms in der Westberliner Bevölkerung sind die Bonner Regierung und die Verantwortlichen im Senat offensichtlich gewillt, die Bundesversammlung in Westberlin — also außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik — durchzuführen. Skrupellos soll also ihre aggressive Wahnsinnspolitik auf dem Rücken und zu Lasten der friedliebenden und arbeitsamen Bevölkerung unserer Stadt ausgetragen werden. Aber sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Immer mehr Menschen dieser Stadt — Arbeiter, Angestellte, Techniker, Ingenieure, Studenten, Professoren; Frauen, Männer und Jugendliche; Sozialisten, Demokraten, Christen; Verbände und Vereine — setzen sich zur Wehr und fordern: Die Bundesversammlung in Westberlin muß abgesetzt werden! Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins hat eine Protestdemonstration angemeldet.

Zu den ersten, die energisch protestierten, gehörten die Mitglieder des Konvents der Freien Universität und die Vertreter anderer Hochschulen unserer Stadt. Das FU-Studentenparlament erklärte, der Plan, die Bundesversammlung nach Westberlin einzuberufen, „ist völkerrechtswidrig, er militarisiert symbolisch die Interessen der Westberliner. Er ist ein plumpes Manöver, mit dem der Bankrott der staatlichen Institutionen des westdeutschen Monopolkapitalismus ebenso verschleiert werden soll wie die arbeiterfeindliche Politik der Monopole Westberlin gegenüber."

Gemeinsam mit Schülern und Lehrlingen, vor allem aber mit den klassenbewußten Arbeitern wollen die Studenten der Bundesversammlung in Westberlin „einen gebührenden Empfang bereiten".

Neben evangelischen Verbänden meldeten sich auch Katholiken zu Wort. So erklärte der Landesvorsitzende der „Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg" im „Bund der Deutschen Katholischen Jugend", Joachim Dillinger: „Da die provokative Wahl des Bundespräsidenten in Berlin die Lebensinteressen aller Berliner beeinträchtigt und damit auch eine friedliche, freie und demokratische Jugendarbeit in unserer Stadt gefährdet, rufe ich alle Mitglieder unseres Landesverbandes auf, sich an Versammlungen, Kundgebungen und gewaltlosen Demonstrationen gegen die bevorstehende Provokation in Westberlin zu beteiligen."

Im Namen seiner Mitglieder, Freunde und Förderer erklärte der Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin: „Wir halten es der Bevölkerung unserer Stadt gegenüber für unverantwortlich, die ernsten Warnungen der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Staaten gegen die Durchführung der geplanten Bundesversammlung in Westberlin in den Wind zu schlagen und das letzte Risiko bewußt einzuplanen, wie das von vielen leitenden Senatspolitikern geschieht."

Der wachsende Widerstand in der SPD-Mitgliedschaft ist daran abzulesen, daß sich bereits mehrere Abteilungen der Schöneberger SPD eindeutig gegen die Bundesversammlung in Westberlin ausgesprochen.

In einer Stellungnahme des „Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung in Westberlin" wird eindringlich gewarnt: „Wenn der Senat die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin nicht verhindere, sondern sogar unterstütze, so beweise das, daß er bewußt die Konfrontation mit der DDR und ihren Verbündeten herbeiführen will, ungeachtet der sich daraus ergebenden Gefahren."

Von der ersten Stunde an hatte unsere Partei entschieden die Absetzung der Bundesversammlung in Westberlin verlangt. Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SEW wurde den Verantwortlichen für die Provokation erklärt: „Die Herren mögen wissen: Sie werden es bei ihrem Vorgehen nicht nur mit der Sowjetunion und der DDR, sondern auch mit der Bevölkerung unserer Stadt zu tun bekommen!"

„Unklug und gefährlich"



Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Friedensgruppen Westberlins stellte auf einer Sitzung, an der auch der Bischof von Berlin-Brandenburg, Kurt Scharf, und der ehemalige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz teilnahmen, u. a. fest:

„Um des Weltfriedens und der Menschen unserer Stadt willen halten wir die Einberufung der Bundesversammlung nach Westberlin zum jetzigen Zeitpunkt für unklug und gefährlich.

Die zaghaften Versuche, die Zukunft Westberlins vertraglich zu sichern, würden durch den 5. März nicht nur gestoppt, sondern langfristig ihrer Grundlagen beraubt."

Im Namen der Kirchenleitung der Regionalsynode West hat sich Bischof Scharf darüber hinaus protestierend an den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz gewandt.



Wie sehr sich die Westberliner gutnachbarliche Beziehungen zur DDR wünschen und Störmanöver – wie die Bundesversammlung – ablehnen, kam kürzlich bei einer Umfrage zum Ausdruck, die „Wahrheit"-Mitarbeiter in verschiedenen Stadtteilen durchführten. Foto: Henschel

Unsere Stadt hat Freunde bitter nötig

Von Gerhard Danelius

Schon mehrere amerikanische Präsidenten oder Vizepräsidenten haben unserer Stadt einen Besuch abgestattet. Sie waren nie verlegen um Phrasen und Allgemeinplätze, die auf Nationalismus und Antikommunismus, auf politische Blindheit und Rückständigkeit spekulierten.

Den Vogel aber hat zweifellos der neue amerikanische Präsident Richard Nixon abgeschossen. So ausgiebig hat noch kein amerikanischer Politiker die Begriffe Frieden und Freiheit strapaziert. Kein Wort davon, daß die USA-Imperialisten, Tausende Meilen von ihren Grenzen entfernt, mit Kugelbomben und Napalm den Friedens- und Freiheitswillen eines kleinen Volkes im Blut ersticken wollen. Kein Wort davon, daß in „Gottes eigenem Land" Millionen schwarzer Bürger außerhalb von Recht und Gesetz gestellt, Rassendiskriminierungen und Fememorden ausgesetzt sind.

Welchen Sinn hatte eigentlich — so muß man sich in der gegenwärtigen Situation fragen — der Blitzbesuch des amerikanischen Präsidenten? Die Antwort ist nicht schwer zu finden.

Man merkte es Kiesinger und Brandt, Schütz und Sickert, die wie Satelliten um den amerikanischen Präsidenten kreisten, deutlich an, wozu ihnen die Stippvisite von Richard Nixon in Wirklichkeit diente: zur Anheizung des kalten Krieges und zur Rechtfertigung ihrer Politik der Herausforderungen und der Provokationen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion. Welch hinterhältiges Spiel wird hier mit den Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung getrieben!

Soll sie psychologisch vorbereitet werden auf die provokatorische Tagung der Bundesversammlung in Westberlin zur Wahl des neuen Bundespräsidenten unter Teilnahme von 22 Abgeordneten der faschistischen NPD?

Ist das vielleicht auch der Grund für die unverständliche Antwort des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht?

Will man auf Biegen und Brechen die Durchführung der Bundesversammlung in Westberlin wagen, und erhebt man darum gegenüber der DDR unrealistische Forderungen, die mit der Sache nichts, aber auch gar nichts zu tun haben, damit die konstruktiven Vorschläge Walter Ulbrichts [illegible]? Eines ist jedenfalls deutlich geworden: Die Rathausparteien tanzen nach der Pfeife ihrer Bonner Herren. Jede Regung einer selbständigen, auf die Interessen unserer Bevölkerung orientierten Politik ist ihnen fremd. Die einzige Partei, die sich von den Lebensinteressen der Westberliner leiten läßt, ist unsere Partei, die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Sie ergreift immer wieder die Initiative, wenn es um Sicherheit und Entspannung und um Erleichterungen für das Leben unserer Bürger geht. Die Rathausparteien haben abermals versagt. Das ist eine Tatsache, die auch für später festgehalten werden muß.

Wie verlautet, will der neue Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel am Sonntag nach Westberlin kommen, um sich um die Vorbereitungen der Bundesversammlung zu kümmern. Die Antwort kann nur sein, daß noch mehr Bürger unserer Stadt sich dagegen zur Wehr setzen, daß die Wahnsinnspolitik der Bonner Herren auf ihrem Rücken und zu ihren Lasten ausgetragen wird. Die westdeutsche Bourgeoisie aber sollte sich lieber darum kümmern, daß sie bei ihrem unheilvollen Kurs nicht Kopf und Kragen verliert.

Die deutschen Imperialisten und ihre Erfüllungsgehilfen haben aus der Vergangenheit und aus der jüngsten Geschichte unseres Volkes offenbar keinerlei Lehren gezogen. Ihre Politik der Provokationen gegen die sozialistischen Staaten führte sie in eine Position angeblicher Stärke um, und die Friedens- und Verhandlungsbereitschaft der DDR und anderer sozialistischer Länder geben sie für Schwäche aus.

Das ist ein altes Übel imperialistischer Politik.

Der Nixon-Besuch ist vorüber. Ungelöst sind die der Westberliner Bevölkerung, ihre Sorgen und Probleme. Die Stippvisite Richard Nixons hat keine anstehenden Fragen gelöst und konnte sie auch nicht lösen.

Westberlin hat Freunde bitter nötig. Freunde, die unserer Stadt und ihrer Bevölkerung helfen, aus der Rolle der Frontstadt des kalten Krieges herauszukommen und vernünftige Beziehungen nach West und Ost herzustellen. Und vor allem — ist es im 20. Jahr der Existenz der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik nicht endlich an der Zeit, mit diesem Staat, mit dem Westberlin als einzigem eine gemeinsame Grenze hat, in gutem Einvernehmen zu leben? Damit und nur damit lösen sich viele Fragen, die uns heute noch bedrücken. Jede Handlung aber, die auf Verschärfung der Spannung gerichtet ist, fügt unserer Bevölkerung nicht wiedergutzumachenden Schaden zu.

Wir jedenfalls haben unmißverständlich zu verstehen gegeben: Die geplante Bundesversammlung in Westberlin ist ein Akt aggressiver Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik.

Kein Theater-Donner kann die Stimme derer übertönen, die immer eindringlicher fordern: Die Bundesversammlung muß abgesetzt werden! Nicht nur weil Hunderttausende zu Ostern ihre Verwandten in der Hauptstadt der DDR besuchen wollen, sondern weil Westberlin Entspannung so nötig hat wie die Luft zum Atmen.

Unüberhörbare Forderung: Diese Provokation muß vereint verhindert werden!

- Westberliner Bürger: Energisch gegen Bonns Übergriff wehren!
- Für Scharfmacher ist kein Platz in unserer Stadt
- Senat muß seine Politik überprüfen









Die Flut von Protesten steigt von Tag zu Tag

Nicht in Westberlin

„Wir wollen nicht auslöffeln, was Bonn und Senat uns einbrocken!"



Ablehnung in Westdeutschland und aller Welt wächst weiter an

Unsere Stadt hat Freunde bitter nötig

Artikel von Gerhard Danelius in der „Wahrheit“ vom 1./2. März 1969

Schon mehrere amerikanische Präsidenten oder Vizepräsidenten haben unserer Stadt einen Besuch abgestattet. Sie waren nie verlegen um Phrasen und Allgemeinplätze, die auf Nationalismus und Antikommunismus, auf politische Blindheit und Rückständigkeit spekulieren.

Den Vogel aber hat zweifellos der neue amerikanische Präsident Richard Nixon abgeschossen. So ausgiebig hat noch kein amerikanischer Politiker die Begriffe Frieden und Freiheit strapaziert. Kein Wort davon, daß die USA-Imperialisten, Tausende Meilen von ihren Grenzen entfernt, mit Kugelbomben und Napalm den Friedens- und Freiheitswillen eines kleinen Volkes im Blut ertränken wollen. Kein Wort davon, daß in „Gottes eigenem Land“ Millionen schwarzer Bürger, außerhalb von Recht und Gesetz gestellt, Rassendiskriminierungen und Fememorden ausgesetzt sind.

Welchen Sinn hatte eigentlich – so muß man sich in der gegenwärtigen Situation fragen – der Blitzbesuch des amerikanischen Präsidenten? Die Antwort ist nicht schwer zu finden.

Man merkte es Kiesinger und Brandt, Schütz und Sickert, die wie Satelliten um den amerikanischen Präsidenten kreisten, deutlich an, wozu Ihnen die Stippvisite von Richard Nixon in Wirklichkeit diente: zur Anheizung des kalten Krieges und zur Rechtfertigung ihrer Politik der Herausforderungen und der Provokationen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion. Welch hinterhältiges Spiel wird hier mit den Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung getrieben!

Soll sie psychologisch vorbereitet werden auf die provokatorische Tagung der Bundesversammlung in Westberlin zur Wahl des neuen Bundespräsidenten unter Teilnahme von 22 Abgeordneten der faschistischen NPD?

Ist das vielleicht auch der Grund für die unverschämte Antwort des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht?

Will man auf Biegen und Brechen die Durchführung der Bundesversammlung in Westberlin wagen, und erhebt man darum gegenüber der DDR erpresserische Forderungen, die

mit der Sache nichts, aber auch gar nichts zu tun haben, statt die konstruktiven Vorschläge Walter Ulbrichts anzunehmen? Eines ist sichtbarer denn je geworden: Die Rathaus-Parteien tanzen nach der Pfeife ihrer Bonner Herren. Jede Regelung einer selbständigen, auf die Interessen unserer Bevölkerung orientierten Politik ist ihnen fremd. Die einzige Partei, die sich von den Lebensinteressen der Westberliner leiten läßt, ist unsere Partei, die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Sie ergreift immer wieder die Initiative, wenn es um Sicherheit und Entspannung und um Erleichterungen für das Leben unserer Bürger geht. Die Rathausparteien haben wiederum versagt. Das ist eine Tatsache, die auch für später festgehalten werden muß.

Wie verlautet, will der neue Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel am Sonntag nach Westberlin kommen, um sich um die Vorbereitungen der Bundesversammlung zu kümmern. Die Antwort kann nur sein, daß noch mehr Bürger unserer Stadt sich dagegen zur Wehr setzen, daß die Wahnsinnspolitik der Bonner Herren auf ihrem Rücken und zu ihren Lasten ausgetragen wird. Die westdeutsche Bourgeoisie aber sollte sich lieber darum kümmern, daß sie bei ihrem unrealistischen Kurs nicht Kopf und Kragen verliert.

Die deutschen Imperialisten und ihre Erfüllungsgehilfen haben aus der Vergangenheit und aus der jüngsten Geschichte unseres Volkes offenbar keinerlei Lehren gezogen. Ihre Politik der Provokationen gegen die sozialistischen Staaten fälschen sie in eine Position angeblicher Stärke um, und die Friedens- und Verhandlungsbereitschaft der DDR und anderer sozialistischer Länder geben sie für Schwäche aus.

Das ist ein altes Übel imperialistischer Politik.

Der Nixon-Besuch ist vorüber. Geblieben sind der Westberliner Bevölkerung ihre Sorgen und Probleme. Die Stippvisite Richard Nixons hat keine anstehenden Fragen gelöst und konnte sie auch nicht lösen.

Westberlin hat Freunde bitter nötig. Freunde, die unserer Stadt und ihrer Bevölkerung helfen, aus der Rolle der Frontstadt des kalten Krieges herauszukommen und vernünftige Beziehungen nach West und Ost herzustellen. Und vor allem — ist es im 20. Jahr der Existenz der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik nicht endlich an der Zeit, mit diesem Staat, mit dem Westberlin als einzigem eine gemeinsame Grenze hat, in gutem Einvernehmen zu leben? Damit und nur

damit lösen sich viele Fragen, die uns heute noch bedrücken. Jede Handlung aber, die auf Verschärfung der Spannung gerichtet ist, fügt unserer Bevölkerung nicht wiedergutzumachenden Schaden zu.

Wir jedenfalls haben unmißverständlich zu verstehen gegeben: Die geplante Bundesversammlung in Westberlin ist ein Akt aggressiver Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik.

Kein Theater-Donner kann die Stimme derer übertönen, die immer eindringlicher fordern: Die Bundesversammlung muß abgesetzt werden! Nicht nur weil Hunderttausende zu Ostern ihre Verwandten in der Hauptstadt der DDR besuchen wollen, sondern weil Westberlin Entspannung so nötig hat wie die Luft zum Atmen.

US-Sergeant flüchtete in DDR (Seite 2)

Die Wahrheit

15. Jahrg., Nr. 45 Dienstag, 4. März 1969 Preis 15 Pf A 4999 B

Warnstreik in AEG Turbine

Protest gegen Verschleppungstaktik und Verlagerungspläne

Senat fürchtet Massenaktion gegen Bundesversammlung

Polizeipräsident verbietet Protestdemonstration

Berlin (Eigenbericht). Zu dem gestern nachmittag verhängten empörenden Verbot der Protestdemonstration gegen die Durchführung der provokatorischen Bundesversammlung in Westberlin gab der Parteivorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Gerhard Danelius, folgende Erklärung ab:

SEW legt Widerspruch ein

Mordanschlag auf „Wahrheit"-Mitarbeiter

200000 Extrablätter in allen Bezirken

Betriebsarbeiter gegen Bundesversammlung

Der Protest ist nicht zu unterdrücken

Senat setzt demokratische Rechte außer Kraft

Stadt gleicht Heerlager

Verfassung ein Fetzen Papier?

Ich verurteile das Verbot

Protestiere entschieden!

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Lage nach der Bundesversammlung

Von Gerhard Danelius

Die Machthabenden Westdeutschlands haben wider alle Erwägungen der Vernunft und in schärfstem Widerspruch zu den Interessen unserer Stadt und ihrer Bevölkerung die Bundesversammlung außerhalb ihres Territoriums in Westberlin durchgeführt. Das geschah ohne Rücksicht auf die massenhaften Proteste in Westberlin, in Westdeutschland und im Ausland und gegen die Interessen des Friedens und der europäischen Sicherheit.

Mit diesem Akt der Bonner Provokations- und Prestige-Politik wird manchem kalten Krieger der Kamm schwellen. Darum ist es notwendig, eine erste Bilanz zu ziehen.

Wem hat diese Demonstration genutzt und wem hat sie Schaden zugefügt?

Die Herrschenden Westdeutschlands und Westberlins suchen den Eindruck zu erwecken, als ob große Teile der Bevölkerung unserer Stadt mit der widerrechtlichen Durchführung der Bundesversammlung unter Teilnahme von 22 neonazistischen NPD-Wahlmännern einverstanden sind.

Das ist eine bewußte und bösartige Verfälschung der Tatsachen.

Der Senat weiß sehr wohl, daß die Protestwelle von Stunde zu Stunde anschwoll und alle Schichten der Bevölkerung erfaßte. Selbst sozialdemokratische Funktionäre und Organisationen wandten sich mit Entschiedenheit gegen diese Provokation. Eben darum fand die Bundesversammlung unter Umständen statt, die eine verteufelte Ähnlichkeit mit „Wahlakten in Spanien und Griechenland“ haben. Westberlin glich einer belagerten Stadt. Ein Heer von Polizisten und Kriminalbeamten wurde aufgeboten, um die Wahlmänner, vor allem die der neonazistischen NPD, zu schützen. Demonstrationen der Gegner der Bonner Provokationspolitik wurden polizeilich verboten, in der Absicht, die wahre Volksstimmung zu verschleiern. Wenn dennoch Tausende im Zentrum unserer Stadt ihren Protest bekundeten, so taten sie das stellvertretend für viele, denen der Kurs des kalten Krieges zum Halse heraushängt und die eine Politik der Entspannung und Verständigung erstreben.

Die sinnlose Bonner Demonstration ist vorüber. Die Wahlmänner kehren nach Westdeutschland zurück. Der Berg der

Probleme, vor dem die Westberliner stehen, ist durch ihre Schuld nicht kleiner geworden, sondern gewachsen.

Geblieben ist die Sorge der Arbeiter und Angestellten, der Techniker und Ingenieure der AEG Tubine und vieler anderer Betriebe um ihre Arbeitsplätze. Darum hat sich keiner der Wahlmänner gekümmert.

Und das Verhältnis zu der uns umgebenden DDR? Es hat sich verschlechtert.

Kann irgendjemand, der Sinn für Realitäten hat, behaupten, daß das von Nutzen für unsere Bevölkerung ist? Gewiß nicht.

Niemand soll sich einbilden, daß die widerrechtliche Durchführung der Bundesversammlung in Westberlin ein aggressiver Akt war, der sich „nur" gegen die DDR und die Sowjetunion richtet. Allein das wäre schon schlimm genug. Mit der Bundesversammlung aber sollte auch demonstriert werden gegen die Befürworter einer Politik des Friedens, der Sicherheit und Entspannung, des sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts – gegen alle, die den Kurs des kalten Krieges nach innen und außen ablehnen.

Die Bundesversammlung und die Haltung des Senats zu dieser Frage hat das Verhältnis zur DDR auf den Nullpunkt gedrückt. Nur Schwachköpfe und unverbesserliche kalte Krieger können das als einen Erfolg buchen. Besonders beschämend ist die Rolle des Senats. Ihm hätte es angestanden, in aller Deutlichkeit gegen die Durchführung der Bundesversammlung aufzutreten. Er hat das Gegenteil getan.

Der Senat hat den 22 Wahlmännern der neonazistischen NPD den Weg freigemacht in das Reichstagsgebäude, das die Nazis am 27. Februar 1933 in Brand steckten, um später ganz Europa in Flammen zu setzen.

Bundesregierung und Senat haben mit ihrer Verhaltensweise neue Barrieren errichtet gegen die Normalisierung der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Sowjetunion und zu anderen sozialistischen Staaten.

Sie haben nicht nur die Möglichkeit torpediert des Verwandtenbesuches schon zu Ostern dieses Jahres. Noch fünf Minuten vor zwölf hat die DDR zu verstehen gegeben, daß sie bei Verzicht auf Provokationen zu weitgehenden Regelungen bereit ist.

Wie kann eine politische Führung so verantwortungslos handeln, wie der Senat gehandelt hat?

Das konnte nur geschehen, weil die Spitzen der Rathausparteien auf Gedeih und Verderb mit dem westdeutschen Monopolkapital verbunden sind.

Die sozialistischen Staaten haben — das muß festgehalten werden — trotz der ungeheuerlichen Provokation verantwortungsbewußt gehandelt. Sie haben sich wie immer von den Interessen des Friedens und der Sicherheit und nicht zuletzt von den Lebensinteressen unserer Bevölkerung leiten lassen.

Mögen die Bonner Herren sich noch so sehr aufspielen, daß sie wider alle Gesetze der Vernunft ihre Provokation durchgeführt haben. Mögen sie ihre Flucht nach vorne als angebliche Stärke ausgeben. Sie haben nur ihre totale Unvernunft bewiesen. Aber die Vergangenheit und die jüngste Geschichte unseres Volkes beweisen: Der imperialistische Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht.

Die Linie der Machthabenden Westdeutschlands ist darauf gerichtet, immer neue Attacken auf den Frieden, die Sicherheit und die Lebensfähigkeit unserer Stadt auszuhecken.

Unsere Linie — und darin stimmen wir völlig mit der DDR und der Sowjetunion überein — besteht darin, alles zu tun, um den kalten Krieg zu überwinden, die Spannungen abzubauen und unserer Stadt und ihrer Bevölkerung endlich Sicherheit zu geben.

Eine gefährliche Bonner Provokation liegt hinter uns. Sie hat genug Unheil angerichtet. Wenn nicht noch mehr geschehen ist, dann verdanken wir das der verantwortungsbewußten Politik der DDR und der Sowjetunion, denen der Friede und die Sicherheit auch der Westberliner am Herzen liegt.

Der Kraftmeierei der deutschen Imperialisten und ihrer Erfüllungsgehilfen wird der große Katzenjammer folgen.

In Westberlin wird nach dem 5. März eine andere Lage sein als vorher. Vielen wurden die Augen geöffnet, daß die Bonner Herren nicht die wahren Freunde der Westberliner Bevölkerung sind. Wer sich so rücksichtslos über die Belange und Anliegen unserer Stadt und ihrer Bürger hinwegsetzt, wie es die Machthabenden Westdeutschlands taten, dem ist auch das Schlechteste zuzutrauen..

Diesem Kurs müssen jetzt alle Gegner des spätkapitalistischen Systems, alle Anhänger der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts ihr einheitliches Handeln entgegensetzen.

Wenn wir noch einmal davongekommen sind, so kann sich daraus nur eine Schlußfolgerung ergeben: die Loslösung von der abenteuerlichen Politik der Herrschenden Westdeutschlands und die Beseitigung der Unterordnung unter die NATO.

Noch dringender steht in Westberlin auf der Tagesordnung die Veränderung der Verhältnisse zugunsten von Industrie- und Geistesarbeitern und die Umfunktionierung der Rolle unserer Stadt im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit und der Normalisierung der Beziehungen zur DDR, zur Sowjetunion und zu anderen Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils.

Ein neuer Kurs kann und muß erzwungen werden.

Die Arbeiter und Angestellten, die Techniker und Ingenieure, die Sozialisten und bürgerlichen Demokraten, die Gewerkschafter und Studenten sind stärker als die Handvoll Millionäre, die in Westdeutschland die ökonomische und politische Macht besitzen und Westberlin ihren reaktionären und friedensgefährdenden Kurs aufzwingen.

Jetzt gilt es, die antifaschistische und demokratische Einheit zu festigen!

Was unsere Partei betrifft, so werden wir beharrlich und unbeirrt den Kurs des Zusammenschlusses aller Demokraten und Sozialisten fortsetzen. Zugleich werden wir alles in unserer Kraft Stehende tun, um die Scherben hinwegzuräumen, die die Herrschenden Westdeutschlands und Westberlins hinterlassen haben.

Die Festigung und Erweiterung der Massenbewegung gegen den Kurs des kalten Krieges nach innen und außen muß den Schaden wiedergutmachen, den die verblendeten Strategen des kalten Krieges angerichtet haben. So und nur so kann die Wende zum Guten erzwungen werden.

Der „gewachsene" Status für Westberlin — Eskalationsprogramm des kalten Krieges

Artikel von Karlheinz Kniestedt aus „Die Wahrheit" vom 4. April 1969

Im Zusammenhang mit der provokatorischen Inszenierung der Wahl des Bonner Bundespräsidenten in Westberlin erfand Klaus Schütz einen „gewachsenen Status" für Westberlin. Schon im Februar 1969 schrieb die „Berliner Stimme", daß es um das „gesamte Paket des gewachsenen Status" gehe.

Inzwischen wird von Vertretern des Senats und der Bonner Regierung Stück für Stück von diesem Paket ausgepackt:

Die „Zuordnung“ Westberlins, das selbst nach Festlegung der Westmächte in der Westberliner Verfassung vom Septem-1950 nicht Bestandteil der Bundesrepublik ist, zum westdeutschen Staat in seiner Gesamtheit.[1])

Die Forderung nach weiteren Veranstaltungen von Bonner Instanzen in Westberlin, von denen selbst die „Berliner Stimme“ schrieb, daß sie unter dem „Protektorat der Bundesregierung“ durchgeführt werden.[2])

Die Herauslösung der Zufahrtswege nach Westberlin aus dem Hoheitsrecht der DDR.[3])

Die Festlegung der Westmächte auf diese abenteuerliche Politik[4]), damit die herrschenden Kreise Bonns Westberlin noch ungestörter als „Klinke“ benutzen können, um eines Tages die Tür nach dem Osten aufstoßen zu können.

Um den aggressiven, revanchistischen und völkerrechtswidrigen Inhalt dieser Konzeption zu verschleiern, versuchen Springer-Presse und Senat in der Manie von F. J. Strauß eine radikale Revision der für Westberlin existierenden völkerrechtlichen Verbindlichkeiten zu rechtfertigen. Die beliebteste Methode dafür sind bekanntlich Geschichtsfälschungen.

So behauptete F. Noppert am 16. März 1968 in der „Welt“, der „Berlin-Status“ habe keinen Zusammenhang mit dem Potsdamer Abkommen, weil das Potsdamer Abkommen ja erst seit Sommer 1945 existiert, während das Londoner Protokoll vom 12. September 1944 die Besetzung Berlins regelte.[5])

Was ist wahr?

Die Vier-Mächte-Vereinbarungen über Berlin waren bekanntlich das Ergebnis des Kampfes der Mächte der Antihitlerkoalition zur Niederwerfung der Hitlerdiktatur und untrennbarer Bestandteil der Vereinbarungen zur Verhinderung jeglichen Wiederauflebens des Militarismus und Imperialismus in Deutschland.

Darum hieß es im Protokoll des Abkommens zwischen den Regierungen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens

---

[1]) Interview Kl. Schütz im ZDF am 12. 2 1969
[2]) K. Neubauer in „Berliner Stimme“ 2. 11. 1968
[3]) „BZ“ 11. 2. 1969
[4]) ebenda
[5]) F. Noppert „Die Welt“ 16. 3. 1968

über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (12. September 1944), daß diese Vereinbarung geschlossen wird „hinsichtlich des Artikels 11 des Dokuments über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands".[6])

Die Formulierung des Abkommens über das Kontrollverfahren in Deutschland vom 14. November 1944 lautete bekanntlich, daß es geschlossen wird „bezüglich der Organisierung des Kontrollverfahrens der Alliierten in Deutschland für die Zeit der Erfüllung der grundlegenden Forderungen der bedingungslosen Kapitulation durch Deutschland".[7])

Die Forderungen der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands wurden nicht erst in Potsdam festgelegt, wie Noppert in der „Welt" behauptet, sondern am 25. Juli 1944 in der Europäischen Konsultativkommission in London. Dieses Dokument bestand aus drei Teilen. Der erste Teil betraf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Der zweite Teil betraf die Maßnahmen der Entwaffnung Deutschlands, der dritte Teil notwendige Maßnahmen für die Sicherung des Friedens und der Sicherheit nach dem Krieg.

Auf der Grundlage dieser Dokumente arbeitete die Europäische Konsultativkommission die Vereinbarungen vom September und November 1944 aus, deren Durchführung, das ist leicht zu begreifen (nur vielleicht für Herrn Noppert nicht), natürlich erst nach der Kapitulation Deutschlands möglich war. Aber vor der Kapitulation Deutschlands wurde als allgemeine Direktive für die Nachkriegsentwicklung von der Sowjetunion, von den USA und von Großbritannien auf der Krim-Konferenz vom 3. bis 11. Februar 1945 vereinbart:

„Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören" ... „nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und ein Platz in der Völkergemeinschaft bestehen."[8])

Der Abschnitt ist überschrieben: Besetzung und Kontrolle. Das bedeutet nichts anderes, als das alle spezifischen oder zusätzlichen Abkommen der vier Siegermächte über Deutschland

---

[6]) „Das Potsdamer Abkommen" Staatsverlag DDR, S. 25
[7]) ebenda S. 29
[8]) Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Ergänzungsblatt 1, Berlin 1946

und Berlin, also die Tätigkeit des Kontrollrates, der alliierten Kommandantur in Berlin, die Kontrollratsbestimmungen diesen allgemeinen Zielen unterordnet waren, wie das in den Vereinbarungen der vier Mächte ausdrücklich vorgesehen war.

Diese Bestimmungen wurden im August 1945 im Potsdamer Abkommen zu einem umfassenden völkerrechtsgültigen Vertragswerk zusammengefaßt, in dem unzweideutig und bindend für die Siegermächte und das besiegte Deutschland festgelegt wurde, den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten und Maßnahmen zu treffen, die gewährleisten, daß Deutschland nie mehr seine Nachbarn bedrohen kann.

Nach der Spaltung Berlins haben die westlichen Kommandanten von Berlin in ihrer Erklärung vom 12. Dezember 1948 verlautbart, daß die jetzt de facto auf Dreimächtebasis arbeitende Kommandantur in Westberlin sich mit der Viermächtekommandantur als identisch betrachtet. Ganz abgesehen von dieser dem Potsdamer Abkommen konträren Begründung wurde immerhin formaljuristisch das Weiterbestehen der Viermächtevereinbarungen mit ihren Verpflichtungen für Westberlin als bindend anerkannt. De facto blieben sie bestehen, weil anstelle der in den Viermächtevereinbarungen festgelegten Liquidierung der politischen, ökonomischen und militärischen Macht des Monopolkapitals und der Großbanken als Träger des deutschen Militarismus und Imperialismus die alten, reaktionären, großkapitalistischen Machtverhältnisse in Westberlin wiedererstanden, während in der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hauptstadt die Kräfte des Imperialismus und Militarismus völlig entmachtet wurden.

Das sind Realitäten, die weder mit den juristischen Spitzfindigkeiten von Herrn Noppert noch von der Argumentation mit dem „gewachsenen Status“ aus der Welt geschafft werden können.

Die für die Senatspolitik bestehenden völkerrechtlichen Verbindlichkeiten lassen eine Politik, die sich das Ziel stellt, die nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen zu verändern, nicht zu, und sie sind auch nicht zu vereinbaren mit der Tätigkeit neonazistischer Elemente.

Der Anspruch der Bonner Regierung auf Westberlin ist also genauso völkerrechtsverletzend wie die Unterordnung Westberlins unter die revanchistische und reaktionäre Politik der Bonner Regierung. Sie kann nur Spannungen erzeugen und den Bewohnern unserer Stadt neue Belastungen bringen.

Verkehrswege

Nicht anders verhält es sich mit den Ansprüchen des Senats auf sogenannte „freie Verkehrswege" nach Westberlin. Es ist interessant, worauf sich die Interpreten der Senatsargumentation da so alles berufen. D. Schröder (Berlin Forum 2/69) kommt mit dem alten Witz, US-Präsident Truman hätte am 15. Juni 1945 telegraphisch den freien Zugang nach Westberlin für amerikanische Streitkräfte als Preis für die Räumung von Gebieten Sachsens und Thüringens verlangt (obwohl die Abkommen über die Besetzung Deutschlands schon im September und November 1944 abgeschlossen wurden).

Dann hätte eine amerikanische Abordnung in einem Gespräch mit Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht im Juni 1945 in Karlshorst eine Zusage der sowjetischen Vertreter „notiert", die Zugänge nach Berlin sollten „frei sein" (allerdings nur für die Westalliierten), dann beruft man sich auf vereinbarte Eisenbahn-, Schiffahrts- und Landstraßenbenutzungen, die natürlich getroffen werden mußten, um Berlin zu versorgen. Und dann kommt der Weisheit großer Schluß:

„Alle diese Vereinbarungen wurden von den Westalliierten als Maßnahme zur Verkehrsregelung verstanden, die zu dem Recht auf freien Verkehr vergleichsweise in einem ähnlich nachgeordneten Verhältnis, wie ein Pressegesetz zur Pressefreiheit stehen."[9])

Also Notizen und Meinungen anstelle von Tatsachen und dann noch die Pressefreiheit à la Springer als Kronzeuge!

Was ist wahr? Wahr ist, daß Autostraßen, Eisenbahnen, Schiffahrtswege und die Luftkorridore von Westdeutschland nach Westberlin vom sowjetischen Oberkommando den Westmächten für eine zeitweilige Periode zur Versorgung ihrer Garnisonen in Westberlin zur Verfügung gestellt wurden (siehe Erklärung des Außenministers Englands E. Bevin im Unterhaus 30. Juni 1948). In allen Viermächtevereinbarungen über Berlin wurde nur die gemeinsame Besetzung, in keiner eine Garantie über die Zufahrtswege vereinbart (L. Clay „Decision in Germany" NY 1950, p. 25).

Und das berühmte Jessup-Malik-Agreement vom März 1949, auf das sich D. Schröder beruft, kann der Senat schon gar nicht für seinen „gewachsenen Status" strapazieren, denn das Entgegenkommen der Sowjetunion, die Verkehrsbeschränkungen

[9]) „Berliner Forum" 2/69, S. 13

(als Schutz vor der Währungsspekulation mit der in Westberlin eingeführten Separatwährung) zum Mai 1949 aufzuheben, war mit einer Verpflichtung der Westmächte (Außenministerkonferenz in Paris) verbunden, „ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen“.

Diese Festlegung wurde durch die Bildung der Bundesrepublik im September 1949 gebrochen.

Souveränität

Fazit: Es existiert also kein Abkommen, auf das sich der Senat mit seiner Forderung nach dem „sogenannten freien Zugang nach Westberlin“ berufen kann. Aber es existiert ein großes Entgegenkommen von seiten der Sowjetunion und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die seit Oktober 1955 auf ihrem gesamten Territorium souverän wurde, also auch auf den Autobahnen und Wasserstraßen, ihre Verkehrswege für die Versorgung Westberlins zuzulassen.

Was kann es Dümmeres und Arroganteres geben, als solche Entgegenkommen mit offenen Konfrontationen, mit großen Ansprüchen und mit Beleidigungen zu gefährden?! Denn in Wirklichkeit existiert die Gefährdung der Verkehrswege nach Westberlin nur durch die Tatsache, daß Klaus Schütz die Souveränität der DDR ignoriert und nicht mit ihr verhandeln will, und er merkt gar nicht, wie er sich mit seinem „gewachsenen Status“ den Ast absägt, auf dem er selber sitzt.

Das jüngste politische Kunstwerk des Regierenden rundet den ganzen Habitus des „gewachsenen Status“ so richtig ab. Während in unserer Stadt von Tag zu Tag die Erkenntnis wächst, daß die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik eine Realität ist und Westberlin seine Beziehungen zu ihr im Interesse des Friedens und der Sicherheit normalisieren muß, meint Klaus Schütz forsch-frisch, daß die Sowjetunion auch noch die rechtswidrige Protektoratspolitik der Bonner Regierung gegenüber Westberlin als „Realität“ anerkennen solle.

Welch altbekannter Plunder! Wie oft haben die deutschen Imperialisten versucht, mit dieser Argumentation ihre Politik des Anspruchs auf fremde Gebiete zu legalisieren.

Kaiser Wilhelm II. schickte 1911 das Kanonenboot „Panther“ nach Marokko, um angeblich „deutsche Interessen“ zu wahren. Die großbürgerliche Presse schrieb damals „Marokko deutsch!“. Wenige Jahre später kam der erste Weltkrieg.

Und Hitler? Noch im Oktober 1933, zur sogenannten Volksabstimmung, versprach er, „eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns". Nach der Annexion von Österreich und der Tschechoslowakei erhob die Hitlerregierung Anspruch auf Gebiete Polens mit dem Argument, „das deutsche Reich besitze – wie jeder andere Staat – bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten unmöglich sei".

Danach kam der zweite Weltkrieg.

Reduziert man das ganze Programm des „gewachsenen Status" von Klaus Schütz auf seinen rationellen Kern, so erscheint er als organischer Bestandteil der Politik zur Veränderung des Status quo. Er ist die Brechstange, mit der die herrschenden Kreise Westdeutschlands und Westberlins unsere Stadt entgegen ihrer realen Lage und den Interessen seiner friedliebenden Bevölkerung immer enger an die revanchistische Politik der Bonner Regierung heranschieben wollen.

Zwei Linien

Mit aller Deutlichkeit lassen sich jetzt die zwei konträren Linien in der Westberlin-Politik erkennen.

Einerseits: Die Politik unserer Partei, die, ausgehend von den Interessen der Bevölkerung, ausgerichtet ist auf eine selbständige und unabhängige Friedenspolitik in Westberlin, auf eine Verbesserung des Verhältnisses mit der Deutschen Demokratischen Republik, gegen den Mißbrauch Westberlins zu Provokationen gegen die DDR und andere sozialistische Staaten, gegen die Verklammerung Westberlins mit der Bonner Politik der Alleinvertretungsanmaßung und der Grenzforderungen;

– die Politik der Deutschen Demokratischen Republik, die für Frieden und Entspannung eintritt, mit Westberlin gut nachbarliche Beziehungen wünscht und nicht mehr verlangt als die Achtung ihrer staatlichen Souveränität und die Einstellung des kalten Krieges;

– die Politik der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Pakt-Systems, die eine gesamteuropäische Friedenskonferenz vorgeschlagen haben, um den Frieden in Europa zu stabilisieren.

Andererseits: Die Politik der herrschenden Kreise Bonns und Westberlins, die auf eine Verschärfung der Spannungen in Europa setzen und in einer solchen Atmosphäre eine Verände-

rung des Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten anstreben. Deshalb verstärken sie ihren Anspruch auf Westberlin mit dem „gewachsenen Status“.

Die Bevölkerung unserer Stadt wird sich erinnern, daß jede Provokation von Bonner Instanzen in Westberlin Belastungen und Spannungen brachte. Nach der Aufnahme Westdeutschlands in die NATO im Oktober 1954 folgte eine ganze Serie von provokatorischen Bundestags- und Bundesratssitzungen in Westberlin, im Oktober 1955, im Juli, Oktober und November 1956, im März 1957 und im Juli 1958. Alle waren begleitet von einer Verstärkung des kalten Krieges gegen die DDR und die Sowjetunion. Willy Brandt nannte das damals heuchlerisch den „Status quo plus“. Die Quittung bekam Westberlin am 13. August 1961.

Offensichtlich bedrückt Klaus Schütz, daß 80 Prozent der Westberliner gegen die Bundesversammlung vom 5. März waren, weil sie Erfahrungen mit solcher Provokation haben, offensichtlich ist dem Regierenden unwohl, daß die Westberliner unter „Realität“ die Existenz und Souveränität der DDR verstehen. Mit seinem „gewachsenen Status“ wird Klaus Schütz auch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß Westberlin nicht zu Westdeutschland gehört. Aber warum sollen die Westberliner unter den glücklosen Einfällen ihres Bürgermeisters leiden? Besser ist es, sich für unsere Politik einzusetzen.

Aus der Rede des Parteivorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius, auf der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau am 9. Juni 1969

Probleme des antiimperialistischen Kampfes in Westberlin

Wie stellen sich nun für uns in Westberlin die allgemeinen Aufgaben und die speziellen Probleme unseres antiimperialistischen Kampfes?

Die Machthabenden in Westdeutschland und Westberlin haben unserer Stadt die Funktion der Frontstadt des kalten Krieges und der Speerspitze gegen die DDR, gegen den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt gegeben.

Die Regierung der großen Koalition in Bonn und der sozialdemokratisch geführte Westberliner Senat beteuern zwar die Notwendigkeit einer europäischen Friedensordnung. Sie reden

viel über Entspannung und menschliche Beziehungen. Wenn es jedoch in der Sache ernst wird, dann sprechen sie die alte Sprache des deutschen Imperialismus, des Großmachtchauvinismus und der Revanche.

Das war so, als sie vor der Alternative standen, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen und den Atomwaffen-Sperrvertrag zu unterschreiben.

Das war so anläßlich des Vorschlages der Warschauer Vertragsstaaten zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, gegen die die Bonner Regierung immer neue Vorbehalte erfindet.

Das war so, als die Herrschenden Westdeutschlands nach der diplomatischen Anerkennung der DDR durch den Irak, Kambodscha und den Sudan mit ihrer feindseligen Reaktion zu erkennen gaben, daß sie nach wie vor auf ihren widerrechtlichen Alleinvertretungsanspruch gegen die DDR bestehen.

Das war so, als die westdeutsche Regierung die Wahl des Bundespräsidenten in provokatorischer Form außerhalb der Bundesrepublik veranstaltete und dafür in Zusammenarbeit und unter offizieller Teilnahme der neofaschistischen NPD das Territorium Westberlins mißbrauchte.

Der deutsche Imperialismus war in seinem Drang nach Vorherrschaft und Eroberung noch nie einer realen Einschätzung der Weltlage fähig. So reagiert er auch heute auf die Einschränkung seines Herrschaftsbereiches und auf die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus mit gesteigerter Aggressivität.

Die alten imperialistischen Ziele blieben und mit ihnen der Drang nach Atomwaffen, der Alleinvertretungsanspruch, der Griff nach Westberlin, die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Weigerung, das Münchener Abkommen von Anfang an für null und nichtig zu erklären. Es blieb der Widerstand gegen die Grundlagen einer europäischen Ordnung des Friedens und der Sicherheit.

Wir sind bemüht, immer mehr Arbeiter, Werktätige und Angehörige anderer Schichten unserer Bevölkerung gegen die widerrechtliche Einmischung der Bonner Regierung in die Angelegenheiten unserer Stadt, gegen den Mißbrauch Westberlins für Provokationen gegen die sozialistischen Länder zu mobilisieren und für die Normalisierung der Beziehungen nach West und Ost und insbesondere zur Deutschen Demokratischen

Republik zu gewinnen. Darin sehen wir unseren Beitrag für eine europäische Friedensordnung.

Der Beitrag Westberlins zur europäischen Sicherheit

Aus der Rede von Gerhard Danelius auf der Funktionärskonferenz der SEW in Neukölln am 4. Juli 1969

Im Windschatten und an den Rockschößen des Bonner Kurses und der Bonner Politiker der großen Koalition gibt es für Westberlin keinen gesicherten Frieden — keine Wiederherstellung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten — keine Entspannung und Verständigung — keine Normalisierung der Beziehungen zur DDR und zu anderen sozialistischen staaten — keinen sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Machthabenden und Machtausübenden Westdeutschlands wehren sich permanent, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu akzeptieren, den Atomwaffen-Sperrvertrag zu unterzeichnen, die DDR und die bestehenden Grenzen in Europa anzuerkennen und ihren Alleinvertretungsanspruch aufzugeben.

Sie haben die Außerkraftsetzung demokratischer Rechte und Freiheiten gesetzlich vorbereitet.

Sie führen im Interesse der Stabilisierung ihrer Herrschaft und der formierten Gesellschaft des Finanzkapitals den Klassenkampf von oben gegen die Mitbestimmung im industriellen und universitären Bereich — gegen mehr Demokratie im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Politik.

Sie bedrohen mit ihren Gebiets- und Revancheforderungen den europäischen Frieden und errichten Barrieren gegen die Normalisierung der Beziehungen Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik.

Worin muß der Beitrag Westberlins zur europäischen Sicherheit und damit zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung bestehen?

In der Abwehr der Einmischung der Bonner Regierung in die Angelegenheiten unserer Stadt.

In der entschiedenen Zurückweisung des Bonner Alleinvertretungsanspruches.

In einer wahrhaft eigenständigen und selbständigen Friedens- und Verständigungspolitik.

In der Herstellung gut nachbarlicher Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik.

Zwanzig Jahr hat Klaus Schütz gebraucht, um wenigstens in Worten die Oder-Neiße-Grenze nicht mehr in Frage zu stellen.

Wir hoffen, daß er nicht die gleiche Zeitspanne für die Erkenntnis benötigt, daß kein Weg an der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR vorbeiführt – und daß die Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR auf der Basis der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung vertraglich geregelt werden müssen.

Realpolitik in Westberlin muß von der grundlegenden Realität ausgehen, daß diese Stadt nicht zur Bundesrepublik gehört und nie gehören wird.

Sie muß zum anderen der Realität gerecht werden, daß diese Stadt inmitten der souveränen Deutschen Demokratischen Republik liegt und nur durch die Anerkennung dieser Tatsache den Lebensinteressen und auch den menschlichen Beziehungen der Bürger dieser Stadt zu dienen vermag.

Das geht nicht, solange man Westberliner Politik als verlängerten Arm der imperialistischen Bonner Politik betreibt.

Das geht nur in der Absage an den Bonner Alleinvertretungsanspruch und an den Griff der westdeutschen Machthaber nach dieser Stadt.

Dazu kann man sich nicht auf die im Spätkapitalismus herrschende Großbourgeoisie orientieren, dazu bedarf es der Kraft der Arbeiterklasse als Trägerin einer Politik des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Balance-Akt des Klaus Schütz zwischen den Realitäten

Aus dem Referat des Genossen Gerhard Danelius auf der Großveranstaltung der SEW in der „Neuen Welt" am 2. Oktober 1969 zum XX. Jahrestag der DDR.

Am Donnerstag vergangener Woche gab es im Abgeordnetenhaus eine Diskussion über die Wirklichkeiten und Realitäten, mit denen Westberlin konfrontiert ist.

Die CDU hat sich offensichtlich in den Schützengräben des kalten Krieges eingefroren. Ihr politisches Credo ist die Fortführung der Politik des kalten Krieges und des Mißbrauchs unserer Stadt für Provokationen gegen die sozialistische Um-

welt. Der Regierende Bürgermeister hat bei der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion einen Balance-Akt zwischen den Realitäten vollführt. Wer sich im Dschungel seiner Sprachakrobatik zurechtfindet, kann aus seiner Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion folgendes herauslesen: Die Monopolbourgeoisie hat 20 Jahre lang Stolperdraht gelegt, an dem sich die DDR den Hals brechen sollte. Das ist daneben- und ins Auge gegangen. Nun ist man dabei, sich eine neue Variante auszudenken. Und Klaus Schütz hat prompt die neueste Variante der „neuen Ostpolitik“ aus der Taufe gehoben. Er gibt die Hoffnung nicht auf, den Herrschaftsbereich der westdeutschen Monopole auf die DDR zu übertragen, und ist sich mit der CDU völlig einig in der Ablehnung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

Wir sehen sehr wohl, daß Klaus Schütz die politischen Akzente gegenwärtig etwas anders setzt als in der Pubertäts-, Sturm- und Drangperiode seines Regierungsantritts. Damals befürwortete er noch bedingungslos den primitiv-militanten Antikommunismus und den Kurs des kalten Krieges. Er wollte die Deutsche Demokratische Republik mit Haut und Haaren verschlucken. Als er merkte, daß der Bissen zu groß war, begann Klaus Schütz die Deutsche Demokratische Republik zu „sehen“ und zu „erkennen“ und ihre Existenz zu respektieren. Manche preisen das als großen Sprung und Revolution im Denken des Regierenden Bürgermeisters an. Wir allerdings sehen darin weder eine Sensation noch eine grundlegende Änderung in der Verhaltensweise gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Erfolge und die Stabilität des Arbeiter-und-Bauern-Staates zwingen selbst die erbittertsten Feinde des Sozialismus, seine Existenz zu sehen und zu respektieren.

Heute geht es nicht mehr allein um die formale Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, heute ist das Kriterium für die Aufrichtigkeit einer Strategie des Friedens, welche Schlußfolgerungen man aus den Gegebenheiten und Tatsachen zieht.

Die heutigen Wirklichkeiten und Realitäten bestehen darin, daß zwei deutsche Staaten grundverschiedener gesellschaftlicher Strukturen existieren: die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die monopolkapitalistisch beherrschte Bundesrepublik.

Die heutigen Wirklichkeiten und Realitäten bestehen darin, daß Westberlin weder zur Bundesrepublik gehört noch jemals gehören wird.

Welche Scheinheiligkeit liegt darin, wenn die CDU, die die Hauptverantwortung trägt für die Spaltung Deutschlands und Berlins, für den Kurs der Alleinvertretungsanmaßung, für den Mißbrauch unserer Stadt als Frontstadt des kalten Krieges, heute die Frage stellt, welche Gründe jetzt für eine Anerkennung der Wirklichkeiten und Realitäten vorliegen.

Für völkerrechtliche Verträge zwischen Westberlin und der DDR

Es geht darum, dem Alleinvertretungsanspruch der Herrschenden Westdeutschlands entschieden entgegenzutreten, die Einmischung Bonns in die inneren Angelegenheiten unserer Stadt zurückzuweisen und auf der Grundlage völkerrechtsgültiger Verträge die Beziehungen zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik zu regeln.

Eine solche Wende der Politik müssen Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Betriebsräte, Lehrer, Schüler und Studenten erzwingen.

Westberlin und der Regierungswechsel in Bonn

Artikel von Gerhard Danelius in „Die Wahrheit" vom 5. November 1969

Seit der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien sind erst ganze fünf Monate vergangen. Das ist in der Politik eine sehr kurze Zeitspanne. Dennoch bestätigt die jüngste Entwicklung eindrucksvoll die Richtigkeit und Lebenskraft der auf der Moskauer Beratung gefaßten Beschlüsse. Für den erfolgreichen Kampf der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte in Europa und in der Welt sind günstigere Bedingungen entstanden. So verstehen wir den glanzvollen XX. Jahrestag der Gründung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, die neuesten wissenschaftlichen Großtaten der Sowjetunion im Weltraum, die machtvolle Protestbewegung der Völker gegen die USA-Aggression in Vietnam und die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in den kapitalistischen Ländern, die in großen Streikkämpfen ihren Niederschlag finden.

Gibt es zwischen diesen so unterschiedlichen Ereignissen Zusammenhänge? Es gibt sie.

Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten stärken die antiimperialistische Front der Völker. Die weltweite Bewegung gegen die USA-Aggression in Vietnam ist eine aktive Hilfe für das heldenhaft kämpfende vietnamesische Volk, und beides zusammen wird eines Tages die Aggressoren zwingen, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes zu respektieren.

Uns ist von Mitgliedern unserer Partei, von Sozialdemokraten, von Betriebsräten und Gewerkschaftern, von Lehrlingen und Studenten die Frage gestellt worden, wie wir vom Standpunkt der Interessen der Industrie- und Geistesarbeiter Westberlins den Regierungswechsel in Bonn betrachten. Wir gehen an die Beantwortung dieser Frage natürlich von der Einschätzung der Klassenkräfte, also vom Klassenstandpunkt heran und nicht aus der Sicht spekulativer Illusionen, die mit der Wirklichkeit und den geschichtlichen Erfahrungen unseres Volkes nichts gemein haben.

Zweifellos muß die Verhinderung des Einzugs der neonazistischen NPD in den Bundestag und die Verdrängung der CDU/CSU aus der Bonner Regierung positiv bewertet werden.

Zum ersten Mal nach 20 Jahren ist die CDU/CSU, die Hauptpartei des Monopolkapitals, die Partei mit dem extremen Programm der Revanche und der Expansion, der Alleinvertretungsanmaßung und der atomaren Aufrüstung, nicht mehr in der Regierung vertreten.

20 Jahre Vorherrschaft der CDU/CSU — das waren 20 Jahre Regierungspolitik, darauf gerichtet, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, den territorialen Status quo in Europa zu verändern, die DDR zu beseitigen und die Vorherrschaft des westdeutschen Finanz- und Rüstungskapitals in Europa zu erlangen.

Diese Politik war und ist zum Scheitern verurteilt, weil die Nachkriegsentwicklung von der wachsenden Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft, von der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung, vom weiteren Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte bestimmt ist.

Die neue Regierung in Bonn mit dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Brandt an der Spitze hätte jetzt die Möglichkeit, eine Politik einzuleiten, die den Interessen des Volkes und der

europäischen Sicherheit dient. Andererseits ist aber nicht zu übersehen, daß in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers die „Kontinuität" der Politik der vergangenen 20 Jahre die „Zeichen der Erneuerung" überwiegt. Wir sind durchaus für Reformen, die die politische, soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten, der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz und anderer Schichten verbessern, die Löhne und Gehälter, die Renten und Pensionen den gestiegenen Lebenshaltungskosten anpassen würden.

Wir sind aber dagegen, notwendige Verbesserungen als Surrogat für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anzupreisen und die Arbeiterklasse von ihrem Hauptziel, der Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole, wegzuorientieren.

Nachdem es zu einer Verdrängung der CDU/CSU aus der Regierung in Bonn und zu einer SPD/FDP-Koalition gekommen ist, orientieren wir Industrie- und Geistesarbeiter darauf, von dieser Regierung zu fordern:

Die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und der bestehenden Grenzen in Europa, die Unterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages und positive Aktivität zur Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz.

Es ist naheliegend, daß Antifaschisten und Demokraten unserer Stadt, ungeachtet ihrer parteipolitischen Bindungen, die Bonner SPD/FDP-Koalition nicht zuletzt danach beurteilen werden, wie sie sich gegenüber Westberlin verhält. Die Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung und die geographische Lage Westberlins erfordern einen radikalen Bruch mit der jahrelangen Praxis der herrschenden Kreise Westdeutschlands, widerrechtlich Ansprüche auf Westberlin geltend zu machen.

An der Tatsache, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist und niemals ein Land der Bundesrepublik sein wird, ist nichts zu ändern. Unsere Forderung an die neue Bundesregierung lautet deshalb: Schluß mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Stadt. Westberlin muß die Möglichkeit erhalten, eine selbständige Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft zur Neugestaltung seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen nach West und Ost entwickeln. Nur auf diesem Wege sehen wir eine dauerhafte Garantie für die Sicherheit und für die Lebensfähigkeit Westberlins.

In der Vergangenheit ist oftmals von SPD-Führern und Senats-Politikern gesagt worden, daß man in Westberlin manches anders machen würde, wenn die CDU/CSU aus der Bonner Regierung verdrängt wäre. Nun ist die Gelegenheit da, den Worten Taten folgen zu lassen.

Unsere Partei wird jede Maßnahme gutheißen, wenn sie den Belangen der Arbeiter, der Studenten, der Intelligenz und anderer Schichten Rechnung trägt, wenn sie uns auch nur einen Schritt einem gesicherten Frieden, der Entspannung und vor allem der Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik näher bringt.

Die Rolle unserer Partei beschränkt sich niemals auf die eines Zuschauers und Registrators, niemals auf die bloße Befürwortung oder Ablehnung von Maßnahmen beliebiger Regierungskoalitionen. Es versteht sich von selbst, daß wir die Einstellung des kalten Krieges sowie den Abschluß völkerrechtlich gültiger Verträge zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik begrüßen würden. Entspräche eine solche Entwicklung doch einem Anliegen, wofür wir jahrelang unter den kompliziertesten Bedingungen eines staatlich verordneten antikommunistischen Haßfeldzuges gekämpft haben und wofür wir auch heute noch mit Entschiedenheit kämpfen.

Natürlich ist es uns nicht gleichgültig, ob in Bonn Kiesinger und Strauß oder Brandt und Scheel die Regierungsbank drükken. Aber wir haben in Westberlin langjährige Erfahrungen. Auch im Zeichen der SPD/FDP-Koalition im Schöneberger Rathaus kam es weder zur Zurückgrängung der Macht der Monopole noch zur Einführung der erweiterten und qualifizierten Mitbestimmung im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft, noch zu einer demokratischen Bildungs- und Hochschulreform, die Bildungsinhalt und Bildungsziel so verändert, wie es den Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts und der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechen würde.

Zahllos sind in Westberlin die Beispiele von Willkürakten der großen Unternehmungen, die, ausgehend von ihren Profitinteressen, über die Köpfe der Arbeiter, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften hinweg, Betriebe und Betriebsabteilungen stillegten oder ganze Industriezweige nach Westdeutschland verlagerten.

Die Funktion unserer Partei reduziert sich zu keiner Zeit und in keiner Situation auf die bloße kritische Auseinandersetzung mit der Politik und Praxis anderer Parteien. Wir verstehen uns als marxistisch-leninistische Partei, als Avantgarde der Klasse und der Massen im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, die sowohl im sozialen und politischen Kampf für demokratische Veränderungen als auch im Hinblick auf die sozialistische Zukunft Arbeiterinteressen gegen Monopolinteressen vertritt.

Wir haben programmatisch dargelegt, wie wir uns die Wende der Politik in Westberlin zugunsten der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Bevölkerung vorstellen. Wir haben die Grundsätze für die erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung und für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform vom Standpunkt der Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole zur öffentlichen Diskussion unterbreitet. Unsere Partei läßt keinen Zweifel daran, daß sie ihre eigenen Gedanken und Vorstellungen zur grundlegenden Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westberlin und der Beziehungen nach außen hat, Gedanken und Vorstellungen, die sich von der Politik und Praxis aller anderen Parteien von Grund auf unterscheiden.

Es gibt bei uns weder eine Pause in der ideologisch-politischen Arbeit, in der Sammlung und Aktivierung der Arbeiterklasse und der Volksmassen im antiimperialistischen Kampf noch in der Kritik an solchen sozialdemokratischen Führern, die ihren Frieden mit dem Großkapital geschlossen haben und die sich als stabilisierender Faktor der spätkapitalistischen Ordnung verstehen.

Glaubt irgendein mit Klassenvernunft begabter Arbeiter, daß die Kapitalisten aus lauter Ehrfurcht vor der SPD/FDP-Regierung in Bonn sich über Nacht aus reißenden Wölfen in harmlose Schafe verwandelt haben, die zwar noch laut blöken, aber nicht mehr reißen können? Schon in der Debatte um die Regierungserklärung zeigte sich, daß die Widersprüche zwischen Volks- und Monopolinteressen unüberbrückbar sind. Die CDU/CSU hat in der Bundestagsdebatte die Ansprüche der Monopole, der Großaktionäre, der Superkonzerne, der Elektroindustrie, der chemischen Industrie und der Großbanken angemeldet und die bedingungslose Fortführung des bisherigen innen- und außenpolitischen Kurses gefordert.

Eine Wachablösung ist noch lange kein Machtwechsel. Mächtig sind sowohl in Westdeutschland als auch in Westberlin nach wie vor die Besitzer der großen Produktionsvermögen. Wir denken gar nicht daran, diese wirklichen Produktions-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, die Widersprüche und Gegensätze der monopolkapitalistischen Gesellschaft zu vertuschen und die Arbeiterklasse zu illusionieren. Die Arbeiter werden nur in dem Maße ihre Lebenslage verbessern, ihre sozialen und demokratischen Rechte erhalten und erweitern, wie sie selbst dem organisierten Monopolinteresse ihre eigene organisierte Kraft gegenüberstellen.

Worin bestand und worin besteht unsere Position?

Die Generallinie unserer Partei war und ist die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, deren Kern das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten ist. Wir haben uns vor den Bundestagswahlen von den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmasse leiten lassen und halten es jetzt für notwendiger denn je, den gemeinsamen Kampf gegen das westdeutsche Finanz- und Rüstungskapital und seine Hauptpartei, die CDU/CSU, zu führen.

Zugleich werden wir die Auseinandersetzung mit jenen sozialdemokratischen Führern fortsetzen, die den Sozialismus als Weltanschauung und als Ziel preisgegeben haben, die sich nicht einmal mehr in Worten die Aufgabe stellen, die Gesellschaftsstrukturen zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern.

Mitbestimmung im Betrieb, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, höhere Löhne und Gehälter, eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform sind nur zu erreichen im Klassen- und Massenkampf gegen die Monopole, nicht aber durch Intensivierung der „konzertierten Aktion“, nicht durch „Sozialpartnerschaft“ und „Klassenharmonie“.

Das westdeutsche Finanz- und Rüstungskapital bläst zum Angriff gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach erweiterter und qualifizierter Mitbestimmung, nach einer aktiven Lohnpolitik, es verschärft seine Angriffe gegen Entspannung und europäische Sicherheit.

Mehr Demokratie im Betrieb, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und der bestehenden europäischen Grenzen, Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik sind Forderungen unserer Partei, die vor den Bundestagswahlen ihre Gültig-

keit hatten und heute noch mehr an Bedeutung gewonnen haben.

Gerade jetzt ist es notwendig, unsere Ideen des gesellschaftlichen Fortschritts, der Entspannung und der europäischen Sicherheit in die Arbeiterklasse und in andere Schichten der Bevölkerung hineinzutragen, damit das Verhalten der Klasse und der Massen nicht von Abwarten, nicht von Hoffnungen und Illusionen, sondern von aktivem Handeln bestimmt wird.

Die Westberliner Arbeiter und die Deutsche Demokratische Republik

Offene Worte des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins an die Arbeiterklasse unserer Stadt

Aus den offenen Worten des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins an die Arbeiterklasse unserer Stadt

vom 18. November 1969

In der Deutschen Demokratischen Republik haben die Arbeiter, die Genossenschaftsbauern und die Intelligenz in den letzten 20 Jahren die Identität zwischen der Profitwirtschaft der herrschenden Monopolkapitalisten in Westdeutschland und Westberlin und der Hetze gegen den ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden erkannt, und sie haben daraus ihre Schlußfolgerungen gezogen. Sie haben am 13. August 1961 der westdeutschen Monopolbourgeoisie die Tür vor der Nase zugeschlagen. Sie haben ihr das Konzept verdorben, durch die offene Grenze die DDR weiterhin auszuplündern und sturmreif zu machen für die Konterrevolution.

War das für oder gegen uns, zu unserem Schaden oder, auf lange Sicht, auch zu unserem Nutzen?

Zu unserem Schaden war, daß von Westberlin aus jahrelang provoziert und sabotiert, kalter Krieg gemacht und heißer Krieg vorbereitet wurde. Dem hat die DDR am 13. August 1961 einen Riegel vorgeschoben. „Bild" wollte damals aus unserer Stadt ein neues Vietnam machen. Aber wir und mit uns alle Friedlichgesinnten, alle nüchtern Denkenden, wollen kein neues Vietnam, keinen neuen Krieg ...

Was wir brauchen, sind normale, im Sinne des Völkerrechts wirksame Beziehungen der gegenseitigen Anerkennung, des gegenseitigen Verzichts auf Gewalt oder Drohung mit Gewalt, der gegenseitigen Regelung aller strittigen und sonstigen beiderseits interessierender Fragen. Darum geht es bei der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Darum geht es auf der staatlichen Ebene der Beziehungen Westberlins, der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik ...

Wir werden die Politik der Bonner SPD/FDP-Koalition nicht zuletzt danach beurteilen, wie sie sich gegenüber Westberlin verhält. Die Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung und die geographische Lage unserer Stadt erfordern einen radikalen Bruch mit der jahrelangen Praxis der herrschenden Kreise Westdeutschlands, Westberlin als Vorposten des kalten Krieges zu mißbrauchen. Westberlin muß die Möglichkeit erhalten, eine eigenständige Politik des Friedens und der guten Nachbar-

schaft, zur Neugestaltung seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen nach West und Ost zu entwickeln. Für die Arbeiter ist das von großer Bedeutung. Zugleich geht es für sie um mehr.

Freundschaft und Verbundenheit mit der DDR entwickeln und festigen

Die Arbeiter in der DDR identifizieren sich mit ihrem Staat, weil sie in diesem Staat mitarbeiten, mitplanen und mitregieren. Ihr eigener Werdegang vom Ich zum Wir ist eins mit dem Entwicklungsweg ihres Staates. Krause hat in der DDR die Macht und nicht mehr Krupp. Und Krupp weiß das. Merken es auch die Arbeiter unserer Stadt, nutzen sie die Chance, auch bei uns mehr zu fordern – mehr soziale und demokratische Rechte und schließlich die Macht? Die Arbeiter Westberlins können viel im antimonopolistischen Kampf erreichen, wenn sie die Aktionseinheit ihrer eigenen Reihen mit der Kraft der Deutschen Demokratischen Republik verbinden.

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins ist für eine selbständige Rolle dieser Stadt und der Menschen, die hier als Produktionsarbeiter, als Wissenschaftler, als Künstler die Werte schaffen, die hier leben und lernen, die hier heranwachsen als die Generation, die im Jahre 2000 vor den großen Aufgaben der Zukunft bestehen muß. Das verlangt von jedem eine Entscheidung: Die Interessen der Westberliner Arbeiterinnen und Arbeiter, der Alten und der Jungen erfordern, mit der Klasse zu gehen, zu der sie gehören, erfordern, mitzumachen im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus – und sich nicht gegen ihre eigenen Interessen manipulieren, gegen ihre eigene Klasse ausspielen zu lassen.

Die SPD-Spitze sagt: es gibt nichts Gemeinsames zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Wie steht's damit? Kommen, wenn sie gemeinsam mit uns gehen, die Sozialdemokraten unter die Räder?

Wir sagen: Die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse ist die entscheidende Voraussetzung für Erfolge und Siege im gemeinsamen antimonopolistischen Kampf. Wo das nicht geschieht, schlägt's gegen beide; wo das geschieht, besteht die Chance des Machtwechsels zugunsten der ganzen Arbeiterbewegung.

Das ist die Hauptlehre nicht nur der letzten zwanzig Jahre.

Die Widersprüche zwischen Volks- und Monopolinteresse sind unüberbrückbar. Sozialer und demokratischer Fortschritt ist nur gegen das Finanz- und Rüstungskapital zu erreichen.

In diesem Kampf die DDR mit Arbeiteraugen sehen, das heißt, den Verbündeten, den Freund erkennen.

Arbeiterinnen und Arbeiter Westberlins!

Entwickelt und festigt die Freundschaft und Verbundenheit mit dem ersten sozialistischen Staat deutscher Nation, mit der Deutschen Demokratischen Republik. Ihr dient damit Euch selbst, dem Glück Eurer Kinder, dem Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt.

Welche Rolle soll Westberlin spielen?

Aus dem Referat des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius auf dem II. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins am 22. Mai 1970

Welche Schlußfolgerungen zieht unsere Partei aus den Aktivitäten und Aktionen demokratischer und sozialistischer Kräfte unserer Stadt und insbesondere aus dem 1. Mai 1970?

Teile der Arbeiterklasse, der Arbeiterjugend, des akademischen Nachwuchses und der Intelligenz geraten in zunehmenden Konflikt mit dem spätkapitalistischen System. Sie beginnen ihre politische und Klassensituation und die unversöhnlichen Widersprüche zwischen Volks- und Monopolinteresse klarer zu erkennen. Die entscheidende Frage, um die es bei der Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Kräfte unserer Stadt geht, lautet:

Welche Rolle soll Westberlin spielen?

Soll Westberlin neuralgischer Punkt der Weltpolitik bleiben, weiterhin gegen den Sozialismus Amok laufen und auch im dritten Jahrzehnt nach Gründung der DDR mit der Arbeitermacht in Unfrieden leben? Oder soll Westberlin endlich eine eigenständige Politik betreiben, ein Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa werden, mit der DDR in guter Nachbarschaft leben und seine Beziehungen nach allen Seiten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils entwickeln?

Die SEW ist für eine selbständige Rolle dieser Stadt und der Menschen, die hier leben und lernen, die hier als Produktionsarbeiter, als Wissenschaftler, als Künstler alle Werte schaffen.

die hier heranwachsen als die Generation, die im Jahre 2000 vor den großen Aufgaben der Zukunft bestehen muß.

CDU, SPD und FDP wollen offenbar weitermachen wie bisher. Arbeiter und Angestellte, Studenten und Geistesschaffende, die arbeitende und lernende Jugend, Sozialdemokraten und Gewerkschafter wollen aber nicht Anhängsel einer formierten spätkapitalistischen Gesellschaft – nicht länger Spielball einer Politik des kalten Krieges und des „kalkulierten Risikos" sein.

Darum wenden wir uns von der Tribüne unseres II. Parteitages mit Optimimus und Zuversicht an alle, die Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt erstreben:

Handeln wir gemeinsam für Westberlin als Faktor des Friedens und der europäischen Sicherheit – gegen die Unterordnung unserer Stadt unter die monopolkapitalistische Bundesrepublik;

für normale und gutnachbarlicher Beziehungen zur sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik – weg von dem Kurs der Feindschaft und des Hasses gegen die Arbeitermacht ...

Die imperialistischen Kreise Westdeutschlands spekulieren darauf, die Weltlage zu ihren Gunsten zu ändern und den zweiten Weltkrieg nachträglich zu gewinnen. Sie haben das zunächst mit der alten Gewaltpolitik des militärischen Drucks und der Erpressung versucht, aber die Machtverhältnisse in Europa und in der Welt haben sich gewandelt. Der Stärke des Sozialismus und seiner Politik des Friedens und des Schutzes seiner Grenzen verdanken wir die längste Friedensperiode in diesem Jahrhundert in Europa. Das Kräfteverhältnis zwingt den Imperialismus, seine Methoden abzuwandeln, aber die Ziele imperialistischer Machtpolitik sind die gleichen geblieben. Deshalb der Drang nach Atomwaffen, der Alleinvertretungsanspruch, der Mißbrauch Westberlins, die Weigerung, die europäischen Grenzen – insbesondere die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik sowie die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen und das Münchener Abkommen von Anfang an für null und nichtig zu erklären ...

Der Alleinvertretungsanmaßung und der Hallsteindoktrin muß endgültig ein Ende gesetzt werden. Das verlangt die Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa. Damit wäre auch der Lösung des Westberlin-Problems gedient.

Seit zwei Monaten findet in Westberlin ein Meinungsaustausch zwischen den Botschaftern der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs statt. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Meinungsaustausch dazu beitragen würde, die Funktion Westberlins als Frontstadt des kalten Krieges endgültig zu beenden.

Wie kann Westberlin zu einem Faktor des Friedens und der europäischen Sicherheit werden?

Aus dem Aktionsprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt / Einstimmiger Beschluß des II. Parteitages der SEW vom 22. bis 24. Mai 1970

Die wirtschaftliche und wissenschaftliche Perspektive dieser Stadt, entscheidende Fortschritte im sozialen Bereich, in der Bildungs- und Kulturpolitik hängen davon ab, daß die arbeitenden Menschen die Unterordnung unserer Stadt unter die Bonner Politik beenden. Sie müssen sich dem Machtanspruch des großen Kapitals entziehen, die Sache des Friedens und der Verständigung, des demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritts in die eigenen Hände nehmen und die Beziehungen zur Umwelt, insbesondere zur Deutschen Demokratischen Republik, neu regeln.

Die Lebensfähigkeit Westberlins, die Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben setzt voraus:

1. Der Status Westberlins als selbständige politische Einheit muß von allen Seiten respektiert werden. 2. Westberlin darf weder als Land der Bundesrepublik behandelt noch von der Bundesrepublik aus regiert oder verwaltet werden. 3. Tagungen des Bundeskabinetts, des Bundestages, seiner Ausschüsse und Fraktionen in Westberlin müssen eingestellt werden. 4. Die Bürger Westberlins und ihre gewählten Organe brauchen Handlungsfreiheit für die Regelung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und menschlichen Beziehungen nach West und Ost auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils. 5. Westberlin muß die Möglichkeit erhalten, seine Wirtschafts- und Handelsbeziehungen uneingeschränkt zu entwickeln.

Arbeiter und Angehörige aller werktätigen Schichten unserer Bevölkerung stellen uns immer wieder die Frage, was wir gewinnen würden, wenn alle Seiten den Status Westberlins als selbständige politische Einheit respektierten:

Gewonnen wären in erster Linie für die Bürger Westberlins Garantien für ein friedliches Leben, für ein friedliches Neben- und Miteinander mit der Deutschen Demokratischen Republik und mit allen Staaten der sozialistischen Völkerfamilie.

Gewonnen wäre die Chance, die Erfolge und die Erfahrungen der Arbeitermacht der Deutschen Demokratischen Republik für den Kampf der Arbeiter Westberlins für demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen.

Gewonnen wäre die Chance, auf der Grundlage von ordentlichen Verträgen zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR Fragen des Reise-, Personen und Warenverkehrs, des Kultur- und Sportaustausches dauerhaft zu regeln.

Gewonnen wäre die Chance gesicherter Zufahrtswege von und nach Westberlin und uneingeschränkter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nach Ost und West.

Gewonnen wäre die Chance, für Wissenschaft und Forschung neue Möglichkeiten weltoffenen Austausches und großzügiger Zusammenarbeit zu erschließen.

Gewonnen wäre eine gesicherte Perspektive für Arbeiter und Angestellte, für die arbeitende und lernende Jugend, für den akademischen Nachwuchs, für Wissenschaft und Kunst.

Und was würden wir verlieren?

Verlieren würden wir die ständige Sorge, in Konflikte hineingezogen zu werden, die schon aufgrund der geographischen Lage unserer Stadt inmitten der Deutschen Demokratischen Republik und angesichts des internationalen Kräfteverhältnisses zu unserem Nachteil ausschlagen müssen.

Verlieren würden wir die ständige Furcht, bei jeder Krise in der Bundesrepublik um unsere Arbeitsplätze bangen zu müssen.

Verlieren würden wir die widersinnigen materiellen Belastungen der Frontstadtpolitik, die mehr und mehr auf die Schultern der Westberliner abgewälzt werden.

So sieht jeder: Auch diese Verluste sind in Wirklichkeit Gewinne!

Warum sind wir so entschieden gegen die Verkettung Westberlins mit dem Bonner Staat? Mit der Restauration und Stabilisierung der monopolkapitalistischen Herrschaft, mit der Remilitarisierung und der Einbeziehung Westdeutschlands in

den Nordatlantikpakt stellt sich das westdeutsche Finanz- und Rüstungskapital die alten und weitergehende Ziele: die Vorherrschaft im westeuropäischen wirtschaftlichen und militärischen Bündnissystem, die Wiederherstellung des „Großdeutschen Reiches" vorläufig in den Grenzen von 1937.

Die imperialistischen Kreise Westdeutschlands spekulieren darauf, die Weltlage zu ihren Gunsten zu verändern und den zweiten Weltkrieg noch nachträglich zu gewinnen. Sie haben das zunächst mit der alten Gewaltpolitik des militärischen Drucks und der Erpressung versucht, aber die Machtverhältnisse in Europa und in der Welt haben sich gewandelt. Der Stärke des Sozialismus und seiner Politik des Friedens und des Schutzes seiner Grenzen verdanken wir die längste Friedensperiode in diesem Jahrhundert in Europa. Das zwingt den Imperialismus, seine Methoden abzuwandeln, aber die Ziele imperialistischer Machtpolitik sind die gleichen geblieben. Deshalb der Drang nach Atomwaffen, der Alleinvertretungsanspruch, der Mißbrauch Westberlins, die Weigerung, die europäischen Grenzen, insbesondere die Grenze zwischen DDR und BRD und die Oder-Neiße-Grenze, anzuerkennen und das Münchener Abkommen von Anfang an für null und nichtig zu erklären. Wenn auch für diese Politik manche abgewandelte Formeln benutzt werden, so bleibt doch der Widerstand gegen die Grundlagen einer europäischen Ordnung des Friedens und der Sicherheit, der Widerstand vor allem gegen die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik.

Seit über zwanzig Jahren haben wir auf deutschem Boden eine besondere politische Lage, eine neue Klassensituation. Früher herrschte in ganz Deutschland das Großkapital – im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Hitlerstaat hatten immer die Krupp und Flick, die Herren von Siemens und der Deutschen Bank die Hand am Schalthebel von Staat und Gesellschaft, von Schule und Wissenschaft. Heute bestehen die alten Machtverhältnisse nur noch in der Bundesrepublik und in Westberlin fort. In der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik ist das Großkapital enteignet und entmachtet. Arbeiter, Bauern und Intelligenz, die Schöpfer der Werte, bestimmen auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Das ist die Nachkriegswirklicheit. Und dazu gehört auch, daß Westberlin weder ein Land der Bundesrepublik ist noch jemals werden kann.

Der Standpunkt der SEW zu den Beziehungen zwischen der BRD und der DDR

Genauso offen, wie wir erklären, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist und jemals werden wird, so eindeutig sagen wir, daß die Bevölkerung Westberlins an gleichberechtigten Beziehungen zwischen BRD und DDR auf der Grundlage des Völkerrechts interessiert sein muß. Damit könnten für Westberlin Garantien gegen die Fortsetzung der seit mehr als zwanzig Jahren betriebenen Politik des Mißbrauchs unserer Stadt als Stützpunkt gegen die DDR geschaffen werden.

Wenn jetzt die Regierung der BRD versucht, die alte revanchistische Politik lediglich mit anderen Worten und beweglicher fortzusetzen, so läuft das auch den Interessen der Westberliner zuwider. Deshalb: ein offenes Wort zu der Formel, zwischen der DDR und der BRD müsse es „besondere innerdeutsche Beziehungen" geben. Hinter dieser Formel verbirgt sich die Ablehnung normaler völkerrechtlicher Beziehungen. Wer aber das Völkerrecht ablehnt, der hat gegen die Interessen des Volkes gerichtete Pläne und Ziele.

Die Parole von den „besonderen innerdeutschen Beziehungen" ist der Versuch, die bankrotte Alleinvertretungsanmaßung gegenüber der souveränen Deutschen Demokratischen Republik neu drapiert fortzusetzen. Die völkerrechtliche Anerkennung ist keine Frage des Prestiges, sondern eine Grundvoraussetzung für Frieden und Sicherheit in Europa.

Warum sind wir für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung und der Normen des Völkerrechts? Weil damit der Alleinvertretungsanmaßung und der Hallstein-Doktrin endgültig ein Ende gesetzt wird, auch von Rechts wegen der Tatsache von zwei Staaten auf deutschem Boden Rechnung getragen würde, die Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa einen Schritt vorwärts käme und damit der Lösung des Westberlin-Problems gedient wäre.

Die Interessen aller Bürger verlangen darum die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesrepublik und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR.

Die Arbeiterklasse hat weitergehende Interessen, denn die sozialistische Deutsche Demokratische Republik ist die Basis und die Hauptstütze des Kampfes für Frieden, Demokratie

und gesellschaftlichen Fortschritt auch in Westdeutschland und in Westberlin.

Was kann in dieser Zeit, da bei uns der Arbeiter, der Student, der Wissenschaftler immer mehr mit dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, technischem Fortschritt und veralteter Ausbildung, Geist und Macht, Volkswille und Staatsgewalt konfrontiert wird, wertvoller sein, als solche Klassenverbündete zu haben, die die reaktionäre Herrschaft der Monopole bereits gebrochen haben und deren Erfahrungen uns zeigen, wie wir das anfangen können.

Immer waren die Wahlentscheidungen der Westberliner gegen die CDU als Entscheidungen gegen die Reaktion gemeint. Seit über zwei Jahrzehnten ist die SPD in Westberlin führende Regierungspartei, seit mehr als sieben Jahren gibt es in unserer Stadt eine SPD/FDP-Koalition. Hat sich in dieser Zeit an den Machtstrukturen etwas geändert? Nach wie vor bestimmen Siemens und AEG, wachsen die Profite der Monopole, steigen die Preise und die Mieten.

Neue Widersprüche reifen heran. Neue Klassenkämpfe sind unvermeidlich. Die „da oben" werden immer weniger machen können, was sie wollen, wenn sich die Arbeiter unserer Stadt auf ihre eigenen Interessen besinnen und am Beispiel der DDR verstehen, welche Kräfte die Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht entwickeln kann, sobald sie sich vom Einfluß der Bourgeoisie und deren Handlanger befreit, sobald sie ihre eigenen Klassenziele einheitlich verficht und im Bunde mit allen antiimperialistischen Kräften den Kampf gegen das spätkapitalistische System aufnimmt. Die Entwicklung in der DDR zeigt: die einheitlich handelnde Arbeiterklasse mit einer revolutionären Kampfpartei an der Spitze kann demokratische Verhältnisse schaffen, die Macht der Monopole zurückdrängen und überwinden. So löst sie die Probleme, die in der spätkapitalistischen Gesellschaft immer gegen die Interessen des Volkes entschieden werden; so vollzieht sie ihre eigene Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung und die Befreiung der ganzen Gesellschaft.

Politik mit doppeltem Boden bringt nichts ein

Von Herwig Kurzendörfer

Aus „Die Wahrheit" vom 28. Juli 1970

Westberlin braucht Frieden und Sicherheit nach innen und außen wie das tägliche Brot und die Luft zum Atmen. Allein

schon die geographische Lage dieser Stadt läßt für jeden unvoreingenommenen Betrachter nur den Schluß zu, daß Konflikte und Spannungen um Westberlin seinen Bewohnern nur zum Nachteil und zum Schaden gereichen können. Diese Erkenntnis wächst bei immer mehr Menschen aus allen Schichten unserer Bevölkerung und ebenso wächst der Wunsch, daß dieses Bedürfnis nach Frieden und Sicherheit von allen Seiten respektiert wird.

Unsere Partei, die Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, hat von Anfang an einem solchen Verlangen Rechnung getragen. Sie unterstützte und unterstützt alle Initiativen, die Frieden und Sicherheit im Herzen Europas gewährleisten können.

Deshalb ist sie für die baldige Durchführung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz. Deshalb begrüßt sie Verhandlungen über einen Gewaltverzicht zwischen der Sowjetunion und der westdeutschen Bundesrepublik und über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik. Deshalb verfolgt sie mit Interesse die Gespräche der Botschafter der vier Großmächte über eine Regelung des Westberlin-Problems. Von allen diesen Initiativen erhoffen wir uns positive Ergebnisse im Interesse des Friedens und damit im Interesse der Bürger dieser Stadt.

Diesem Trend können sich offensichtlich auch führende Politiker des Senats nicht ganz entziehen. So war gelegentlich vom Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz zu vernehmen, daß auch er ein Gewaltverzichtabkommen zwischen der UdSSR und der BRD unterstützen würde. Doch dann kam der Pferdefuß. Die Bundesregierung solle Vereinbarungen mit der Regierung der Sowjetunion nur in Kraft setzen, wenn es zu „wirklich befriedigenden Fortschritten in und um“ Westberlin gekommen sei.

Wir sagen offen, hier wird eine Politik mit doppeltem Boden betrieben, die nichts taugt und nichts einbringt.

Was versteht denn Herr Schütz unter „befriedigenden Fortschritten“? Nach der ganzen bisherigen Praxis des Senats zu urteilen, doch nur eine noch bedingungslosere Unterordnung unter die Politik der Monopole, der CDU/CSU und auch der Bundesregierung. Das bedeutet – Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und für Westberlin Verweigerung der Normalisierung der Beziehungen zwischen Senat und DDR-Regierung, was unseren Bürgern schon genügend Erschwernisse und Sorgen eingebracht hat. Das bedeutet Aufrechterhaltung der Rolle Westberlins als antikommunistisches

Störzentrum gegen die sozialistischen Länder, vor allem gegen die DDR, was unseren Bürgern schon viel zu viel Unsicherheit und Unruhe bescherte.

Es dürfte kein Zufall sein, daß die eben erwähnten Äußerungen von Klaus Schütz nur wenige Tage später fielen, nachdem Springers „Welt" kategorisch gefordert hatte, Bonn habe gefälligst einen Gewaltverzichtvertrag mit der Sowjetunion erst dann zu ratifizieren, „wenn die Berlin-Gespräche zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben".

Wie sich doch die Worte und offenbar auch die Absichten gleichen.

Durch die Herstellung eines solchen Junktims sollen die friedliebenden Menschen dieser Stadt wieder einmal zum Spielball hinterhältiger politischer Manipulationen herabgewürdigt werden. Damit wir nicht mißverstanden werden, wir zweifeln nicht daran, daß sich zum Beispiel der Abschluß eines Gewaltverzichtvertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik günstig auf die Vierergespräche über Westberlin auswirken würde. Wer aber beides miteinander verquicken oder gar die Festschreibung der Verkettung Westberlins mit dem Bonner Staat als „Preis" verlangen will, der hat nichts anderes im Sinn, als neue Hindernisse auf dem Weg zur europäischen Sicherheit und neue Schwierigkeiten für unsere Stadt aufzutürmen.

Die von Schütz und anderen Senatspolitikern so oft beschworene „Realität Berlin" besteht ganz eindeutig darin, daß der Ostteil der Stadt als Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik fungiert und Westberlin eine selbständige politische Einheit darstellt, die nie zur Bundesrepublik gehörte und nie zu ihr gehören wird. Auch nur anzunehmen, daß die sozialistischen Staaten und alle anderen antiimperialistischen Kräfte Europas nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte den revanchistischen Plänen maßgeblicher Kreise der Bundesrepublik nachgeben würden, ist Vogel-Strauß-Politik.

Auf der Tagesordnung steht nicht, den nach einer Änderung des Status quo in Europa gierenden westdeutschen Revanchisten und Militaristen unsere Stadt zum Fraß vorzuwerfen. Auf der Tagesordnung der Westberlin-Gespräche steht, den Status Westberlins als selbständige politische Einheit von allen Seiten zu respektieren.

Unsere Partei hat in dem vom II. Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm klar herausgearbeitet, welche Vorteile sich

daraus für die Arbeiter und Angehörigen aller werktätigen Schichten unserer Bevölkerung ergeben würden.

Garantien für ein friedliches Leben, für ein friedliches Neben- und Miteinander mit der DDR und mit allen Staaten.

Dauerhafte Regelung von Fragen des Reise-, Personen- und Warenverkehrs, des Kultur- und Sportaustausches auf der Grundlage von ordentlichen Verträgen zwischen Senat und DDR-Regierung. Gesicherte Zufahrtswege von und nach Westberlin.

Uneingeschränkte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nach Ost und West. Neue Möglichkeiten weltoffenen Austausches und großzügiger Zusammenarbeit für Wissenschaft und Forschung.

Faßt man zusammen, so kann man nur zu dem Schluß gelangen, daß sich damit eine Perspektive für die Industrie- und Geistesarbeiter, für die arbeitende und lernende Jugend, für alle an Frieden und Verständigung interessierten Bürger auftut. Ein jeder ist gut beraten, sich bei den kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen auf die politischen Kräfte zu orientieren, die diese Perspektive konsequent vertreten.

Moskauer Vertrag — ein Schritt voran

Von Horst Schmitt

Aus „Die Wahrheit" vom 13. August 1970

Mit der gestern erfolgten Unterzeichnung eines völkerrechtlich verbindlichen Dokumentes durch den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin und den westdeutschen Bundeskanzler Brandt sind die Verhandllungen zwischen der UdSSR und der BRD zu einem positiven Abschluß gelangt. Dieser Vertrag ist ein Schritt voran auf dem Wege zu dauerhaftem Frieden und zur europäischen Sicherheit.

Mit der Unterschrift durch den sowjetischen Ministerpräsidenten setzt die UdSSR konsequent ihren auf die Festigung des Friedens und die europäische Sicherheit gerichteten Kurs der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme fort. Der von der sozialistischen Staatengemeinschaft vorgeschlagenen Sicherheitskonferenz ist mit diesem Vertrag wieder ein Stück Weg geebnet worden.

Mit der Zeichnung durch den Bundeskanzler hat die Bundesregierung ihre Absicht erklärt, den Status quo in Europa und

die nach dem zweiten Weltkrieg auf unserem Kontinent entstandenen Grenzen – einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der BRD – anzuerkennen. Das ist ein Akt der Vernunft, der zugleich dem erklärten Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik entspricht.

Das in Moskau unterschriebene Vertragswerk steht mit der Charta der Vereinten Nationen im Einklang, die fordert, daß sich die Staaten der Androhung und Anwendung von Gewalt enthalten. Das bedeutet in Europa vor allem die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen Grenzen, das Ausgehen von der wirklichen Lage und die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten. So erweist sich, daß die Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens auch heute Fundament einer friedlichen Entwicklung in Europa sind.

Für die Strauß, Barzel und Springer ist das Zustandekommen des Moskauer Abkommens eine Niederlage. Sie erklären offen, daß sie an der Politik der Spannungen und der Grenzrevisionen, der Leugnung der politischen Realitäten und der Aggression festhalten wollen. Sie träumen noch immer davon, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nachträglich revidieren zu können. Diese gefährlichen Kräfte zu zügeln, erfordert das gemeinsame Handeln aller Sozialisten und Demokraten, aller friedliebenden Kräfte. Dazu gehört auch der konsequente Kampf um die Normalisierung der Beziehungen der BRD zur DDR.

Zwischen dem Moskauer Abkommen und dem Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander besteht ein ursächlicher Zusammenhang. Das Bekenntnis zum friedlichen Zusammenarbeiten zwischen den Staaten auf der Grundlage der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Verzicht auf die Drohung oder Anwendung von Gewalt, die Verpflichtung, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa uneingeschränkt zu achten und die Erklärung, heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa – einschließlich der Grenze zwischen der BRD und der DDR – als unverletzlich zu betrachten, erfordert von der Bundesrepublik, der Alleinvertretungsanmaßung und der Hallstein-Doktrin endgültig ein Ende zu setzen sowie die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung und der Normen des Völkerrechts zu normalisieren. Eine solche Konsequenz, die voll und ganz dem Geist

des Moskauer Abkommens entspricht, sollte nicht zuletzt auch ihren Ausdruck in dem Beitritt beider deutscher Staaten in die UNO finden.

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins ist der Auffassung, daß das Moskauer Abkommen auch den Friedens- und Lebensinteressen unserer Bevölkerung entspricht. Wir waren und sind für normale Beziehungen der europäischen Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts, für Frieden und Sicherheit in Europa. Dem dient das Moskauer Abkommen. Unsere Partei ist stets dafür eingetreten, daß Westberlin nicht länger neuralgischer Punkt der Weltpolitik bleibt.

Wenn Westberliner Politiker jetzt versuchen, unsere Stadt, die nicht zur Bundesrepublik gehört, für politische Erpressungsmanöver gegen die Ratifizierung des Moskauer Abkommens durch den Bonner Bundestag zu mißbrauchen, so machen sie ihre gleichzeitig abgegebene Zustimmungserklärung zum Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD nur unglaubwürdig. Westberlin war nicht Gegenstand der Vertragsverhandlungen und kann es auch aufgrund der realen Lage nicht sein.

Die Schlußfolgerungen aus den Moskauer Verhandlungen für alle friedliebenden und demokratischen Kräfte unserer Stadt können nur lauten, eine eigenständige Politik des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts und der normalen Beziehungen nach West und Ost, insbesondere zur DDR, durchzusetzen. Das wäre ein echter Beitrag Westberlins zu Frieden und Entspannung.

Aus der Rede des Genossen Danelius auf der 3. Tagung des Parteivorstandes der SEW

am 17. September 1970

Tag für Tag liest man in der bürgerlichen Presse, die Bundesregierung wolle die Ratifizierung des Moskauer Vertrages von den Ergebnissen der Viermächtebesprechung über Westberlin abhängig machen.

Westberlin aber darf weder Spannungsherd im Herzen Europas noch Instrument der imperialistischen Globalstrategie gegen den Sozialismus bleiben!

Westberlin ist weder ein Land der Bundesrepublik, noch wird es jemals ein Land der Bundesrepublik werden. Davon muß jeder ausgehen, der erfolgreiche Schritte für die Verbesserung der Verbindungen Westberlins zur Hauptstadt der DDR sowie überhaupt mit der Außenwelt wünscht.

Darum widerspricht es den Interessen der Westberliner, wenn man das Westberlinproblem so mit der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik verknüpft, daß dabei praktisch die Sabotage am Vertrag herauskommt.

Unsere Partei ist für einen geregelten Personen-, Waren- und Güterverkehr zwischen Westberlin und der DDR und für die Nutzung aller Vorteile, die sich aus der geographischen Lage unserer Stadt ergeben. Wir sind dafür, daß sich die Beziehungen Westberlins zur Bundesrepublik Deutschland und zur Deutschen Demokratischen Republik und zu anderen Staaten auf der Grundlage der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils entwickeln und hoffen, daß die Vier-Mächte-Verhandlungen über Westberlin zu positiven Ergebnissen führen und der Funktion Westberlins als Frontstadt des kalten Krieges endgültig ein Ende setzen.

Darum wiederholen wir die Forderungen, die unsere Partei in ihrem Aktionsprogramm im Interesse der Lebensfähigkeit unserer Stadt erhoben hat:

Der Status Westberlins als selbständige politische Einheit muß von allen Seiten respektiert werden.

Westberlin darf weder als Land der Bundesrepublik behandelt noch von der Bundesrepublik aus regiert werden.

Tagungen des Bundeskabinetts, des Bundestages, seiner Ausschüsse und Fraktionen in Westberlin müssen eingestellt werden.

Die Bürger Westberlins und ihre gewählten Organe brauchen Handlungsfreiheit für die Regelung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und menschlichen Beziehungen nach West und Ost auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils.

Westberlin muß die Möglichkeit erhalten, seine Wirtschafts- und Handelsbeziehungen uneingeschränkt zu entwickeln.

Gewonnen wären dabei in erster Linie für die Bürger Westberlins Garantien für ein friedliches Neben- und Miteinander mit der Deutschen Demokratischen Republik und mit allen Staaten der sozialistischen Völkerfamilie.

Gewonnen wäre die Chance, die Erfolge und die Erfahrungen der Arbeitermacht in der Deutschen Demokratischen Republik für den Kampf der Arbeiter Westberlins für demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen.

Gewonnen wäre die Chance, auf der Grundlage von ordentlichen Verträgen zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR Fragen des Reise-, Personen- und Warenverkehrs, des Kultur- und Sportaustausches dauerhaft zu regeln.

Gewonnen wäre die Chance gesicherter Zufahrtswege von und nach Westberlin und uneingeschränkter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nach Ost und West.

Gewonnen wäre die Chance, für Wissenschaft und Forschung neue Möglichkeiten weltoffenen Austausches und großzügiger Zusammenarbeit zu erschließen.

Gewonnen wäre eine gesicherte Perspektive für Arbeiter und Angestellte, für die arbeitende und lernende Jugend, für den akademischen Nachwuchs, für Wissenschaft und Kunst.

Wir werden unseren ganzen Einfluß geltend machen, damit es zu Lösungen kommt, die im Interesse unserer Stadt und ihrer Bevölkerung liegen!

Aus dem Dokument:

SEW – die Partei der Jugend, die Partei der Zukunft
vom 26. November 1970

Für normale Beziehungen Westberlins nach Ost und West – mit der SEW kämpfen, SEW wählen!

Was will die SEW und was will sie nicht?

Die SEW will, daß Westberlin eine positive Rolle in der deutschen und internationalen Politik spielt und nicht länger Spannungsherd im Herzen Europas bleibt.

Sie will nicht, daß eine Westberlin-Regelung im Interesse unserer Bevölkerung behindert wird durch widerrechtliche Ansprüche Bonns. Westberlin ist kein Land der Bundesrepublik und kann nicht von Bonn aus regiert werden.

Die SEW will Handlungsfreiheit für unsere Bevölkerung in der Gestaltung der inneren Verhältnisse und der äußeren Beziehungen unserer Stadt.

Sie will nicht, daß Senat und Abgeordnetenhaus als Befehlsempfänger übernehmen, was ihnen jeweils die Regierung in Bonn diktiert.

Die SEW will normale Beziehungen Westberlins nach Ost und West.

Normale Beziehungen zur DDR setzen voraus, daß alles unterbleibt, was der Lage und den politischen Notwendigkeiten dieser Stadt, den friedlichen Interessen ihrer Bevölkerung widerspricht.

Normale Beziehungen zur BRD auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen, der Wissenschaft und der Kultur setzen voraus, daß dabei die Grundsätze der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils gelten.

Die SEW will uneingeschränkten Handel und Wandel nach West und Ost, um Arbeitsplätze zu sichern, um Wirtschaft und Industrie eine Perspektive zu geben.

Sie will nicht, daß Westberlin weiter zur verlängerten Werkbank der westdeutschen Monopole degradiert wird, daß Betriebe und Betriebsabteilungen verlagert und geschlossen und die Zukunftsentwicklungen aus unserer Stadt abgezogen werden.

Das Junktim der Saboteure

Aus „Die Wahrheit" vom 8. Dezember 1970

Bonner Politiker aller Schattierungen, eifrig assistiert von den Sprechern der etablierten Parteien in unserer Stadt, bemühen sich in diesen Tagen krampfhaft, ein Junktim zwischen der Ratifizierung der von der Bundesrepublik in Moskau und Warschau unterzeichneten Verträge und einer „befriedigenden Lösung" des Westberlin-Problems im Sinne des Monopolkapitals aufzurichten. Mit den fadenscheinigsten Vorwänden wird versucht, Dinge miteinander zu vermengen, die nichts miteinander zu tun haben; denn Westberlin ist kein Teil der Bundesrepublik und kann deshalb auch nicht Bestandteil in Verträgen der Bundesrepublik sein. Es liegt auf der Hand, daß derlei Manipulationen mit ehrlichen Entspannungsbemühungen nicht in Einklang zu bringen sind.

Wir wissen uns eins mit der großen Mehrheit der Bevölkerung unserer Stadt, wenn wir unser brennendes Interesse an einem erfolgreichen Verlauf und einem guten Abschluß der Viermächtebesprechungen über Westberlin zum Ausdruck bringen. Eine solche auch von den Warschauer-Pakt-Staaten angestrebte akzeptable Regelung der Westberlin-Frage erfordert aber gerade, dieses Problem nicht so mit der Ratifizierung von Verträgen der Bundesrepublik mit der UdSSR und Polen zu verknüpfen, daß dabei praktisch die Sabotage dieser Verträge herauskommt und die Vier-Mächte-Beratungen über Westberlin unerträglich belastet werden.

Unsere Partei ist für einen geregelten Personen-, Waren- und Güterverkehr zwischen Westberlin und der DDR und für die Nutzung aller Vorteile, die sich aus der geographischen Lage inmitten der DDR ergeben. Wir sind weiter dafür, daß sich die Beziehungen unserer Stadt zur Bundesrepublik und zur DDR und anderen Staaten auf der Grundlage der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils entwickeln und geben der Erwartung Ausdruck, daß die Vier-Mächte-Verhandlungen über Westberlin zu eben solchen Ergebnissen führen, die der Funktion Westberlins als Frontstadt des kalten Krieges endgültig ein Ende setzen.

Die Querschüsse aus Bonn und den reaktionären Kreisen unserer Stadt müssen deshalb eindeutig zurückgewiesen werden. Wer an einer Regelung des Westberlin-Problems ernsthaft interessiert ist, der muß von der unumstößlichen Realität ausgehen, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist und auch niemals ein Land der Bundesrepublik sein wird. M. H.

Für ein Westberlin der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts!

Aus der Rede des Parteivorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius, auf dem Wahlkongreß in der „Neuen Welt" am 1. Februar 1971

Wir fordern die Wählerinnen und Wähler auf:

Kämpfen Sie mit der SEW – wählen Sie SEW

für normale Beziehungen nach West und Ost;

für Handlungsfreiheit der Westberliner und ihrer gewählten Organe;

für politische, wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Beziehungen nach West und Ost auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils;

für einen gesicherten Personen- und Warenverkehr;

für gute Nachbarschaft mit derDDR;

für Westberlin als Faktor des Friedens, der europäischen Sicherheit, des sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Warum ist die SEW gegen die Unterordnung Westberlins unter die Bonner Politik?

Warum ist die SEW für gute Beziehungen Westberlins nach West und Ost?

Unsere Stadt wurde auf Drängen einer CDU/CSU-Bundesregierung vom Senat in die Rolle eines „vorgeschobenen NATO-Stützpunktes“ und einer „Frontstadt“ des Antikommunismus manövriert.

Die etablierten Parteien wollen die „Zuordnung Westberlins zur Bundesrepublik“. Nun betrachtet die Bonner Regierung die „enge Partnerschaft mit den USA“ als Grundpfeiler ihrer Außenpolitik. Wer Westberlin aber dieser Politik zu- und unterordnen will, der möchte uns offenbar zum Anhängsel dieser Partnerschaft machen.

Um welche Partnerschaft, so fragen wir, geht es eigentlich?

Um Partnerschaft und Solidarität mit unserer Genossin Angela Davis, dieser tapferen Kommunistin und Bürgerrechtskämpferin?

Oder mit denen, die sie in die Gaskammer stoßen und damit dem demokratischen und freiheitlichen Amerika einen Schlag versetzen wollen?

Geht es um die Partnerschaft mit den mutigen Friedenskämpfern zwischen New York und San Francisko, die für die sofortige Beendigung der Verbrechen gegen die Völker Indochinas eintreten?

Oder um „Partnerschaft“ mit den Vernichtern unzähliger Son Mys und mit den USA-„Entlaubungs“-Spezialisten in Vietnam?

Wir lassen uns nicht einer Politik unterordnen, die in der ganzen Welt auf leidenschaftliche Ablehnung, ja auf Abscheu stößt.

Der Senat meint, unsere Stadt müsse von Bonn vertreten werden. Aber wessen Interesse vertritt denn Bonn vor allem? Die Bonner Regierung fördert die Unternehmenskonzentration, die Superkonzerne hervorbringt und die Machtfülle und den Machthunger des großen Kapitals ebenso anwachsen läßt wie die Einflußlosigkeit der Arbeiter und Angestellten.

Die Bonner Regierung hat nicht wenige Gesetze erlassen. Man zeige uns aber ein einziges, das die Profitsumme und die Macht von Flick und Siemens, von AEG/Telefunken, der Deutschen Bank und des Springer-Konzerns angetastet hätte.

Die Bonner Politik vertritt die Geschäftsinteressen der Großkonzerne, die basiert auf der Partnerschaft mit dem USA-Imperialismus und der NATO.

Diese Politik bringt den Bürgern unserer Stadt, wie die Erfahrung beweist, nur Schaden und Gefahren. Wer Westberlin

und die Interessen der Westberliner dem bisherigen Kurs auch weiterhin unterordnen will, der liefert sie den Machtansprüchen der Großkonzerne in der BRD aus und verurteilt sie zur Perspektivlosigkeit.

Darum sagen wir:

Westberlin muß frei sein von der Bonner Politik, damit es endlich eine selbständige Rolle in der deutschen und in der internationalen Politik spielen kann!

Westberlin muß frei sein von Bonner Bremsaktionen, damit es Beziehungen der guten Nachbarschaft und der friedlichen Koexisten zu seiner sozialistischen Umwelt herstellen kann!

Westberlin muß frei sein in seinen Entscheidungen, damit es endlich gute Beziehungen zu West und Ost unterhalten kann!

Unsere Stadt hatte über 20 Jahre völlig einseitige Beziehungen „zum Westen". Das waren über 20 Jahre Frontstellung und kalter Krieg gegen den Osten – das heißt gegen den Sozialismus.

Wer es noch nicht begriffen haben sollte:

Der Sozialismus – das sind zwei Drittel des europäischen Territoriums. Das ist jeder zweite Europäer, der im Sozialismus lebt. Und mit den Staaten des Sozialismus hat Westberlin keine normalen Beziehungen!

Aus guten Beziehungen zu den sozialistischen Staaten kann unsere Stadt und ihre Bevölkerung nur profitieren, denn gute Beziehungen bedeuten:

eine gesicherte Perspektive für Arbeiter und Angestellte, für die arbeitende und lernende Jugend, für Studenten und Geistesschaffende.

Gute Beziehungen bedeuten:

Die Regelung der anstehenden Probleme Westberlins in seinen Beziehungen nach West und Ost auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils.

Zwei Jahrzehnte wurden wir in einer Einbahnstraße der Beziehungen festgehalten! Diese Einbahnstraße hat sich als Sackgasse erwiesen. Die „große Politik" unserer Stadt wurde – sagen wir es doch ganz offen – von der kleinkarierten, gefährlichen Politik der Feindschaft gegen den gesellschaftlichen Fortschritt bestimmt.

Daran beteiligten sich tagtäglich die Gazetten der Springer-Presse ebenso wie führende Vertreter der Rathausparteien.

Sie hatten über viele Jahre Westberlin die Rolle zugewiesen, „Pfahl im Fleische der DDR“ zu sein, und nach wie vor werden Aufmärsche und Aktionen in unserer Stadt veranstaltet, die man nur als Provokation gegen die DDR bezeichnen kann.

Die SEW hat stets betont:

Wer in Antikommunismus macht, wer Schützengräben und Frontstellungen gegen den Sozialismus ausheben läßt, der verstößt gegen die Grundinteressen der einfachen Menschen und verzichtet auf jede selbständige Rolle unserer Stadt.

Warum sind wir für gute Beziehungen zur DDR?

Wir sind nicht nur deshalb dafür, weil jeder normal denkende Mensch danach handelt, sich seine Umwelt, die ihn umgibt, nicht zum Feinde zu machen; wir sind auch nicht nur deshalb dafür, weil jeder Bürger unserer Stadt Frieden und Sicherheit braucht. Als Sozialistische Einheitspartei Westberlins sagen wir mehr: Als Marxisten, als Sozialisten ist unsere Stellung zur Deutschen Demokratischen Republik – unsere Stellung zum Sozialismus.

Die Arbeiter und Angestellten, die arbeitende und lernende Jugend Westberlins – sie alle können aus den Erfahrungen der DDR viel lernen:

Denn in der DDR hat die Arbeiterklasse gesiegt.

Der Wille des Volkes, wie er sich 1947 beim Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecherbetriebe kundtat, wurde vollstreckt. Es gibt in der DDR keine Monopolherren und keine Großaktionäre, keine Militaristen und keine Revanchisten.

Die Betriebe sind volkseigen. Ganz im Gegensatz zu unserer Stadt, wo das Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Großunternehmen in Gemeineigentum unter Bruch des Volkswillens nicht verwirklicht wurde.

In der DDR üben Arbeiter und Angestellte, als Herren des Landes, gemeinsam mit den Genossenschaftsbauern und der schaffenden Intelligenz ihr Selbstbestimmungsrecht aus.

In der DDR wurde die demokratische Schulreform verwirklicht, die bei uns seit über 20 Jahren auf dem Papier steht.

In den Schulen, Hochschulen und Universitäten der DDR ist das alte bürgerliche Bildungsprivileg schon längst gebrochen und beseitigt. In der DDR wird die junge Generation im Geiste des Sozialismus und Humanismus, des Friedens und der Völkerfreundschaft erzogen, sie erhält die Ausbildung, die sie als

Hausherr der DDR von morgen und zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution braucht.

Wer SEW wählt, wer zur Bildung einer starken SEW-Fraktion im Abgeordnetenhaus beiträgt, der will, daß unsere Stadt sich nicht einseitig und schmalspurig orientiert, sondern im besten Sinne weltoffen wird und gute Beziehungen zu ihrer Umwelt, insbesondere zur sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, pflegt.

Die SEW will, daß Westberlin eine positive Rolle in der deutschen und internationalen Politik spielt.

Die SEW will, daß die günstige geographische Lage unserer Stadt genutzt wird, um nach allen Seiten gute und vorteilhafte Beziehungen herzustellen.

Die SEW will einen geregelten Personen-, Waren- und Güterverkehr zwischen Westberlin und der DDR und Erleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr.

Die SEW will uneingeschränkten Handel nach West und Ost, um Arbeitsplätze zu sichern, um Wirtschaft und Industrie eine Perspektive zu geben.

Die SEW will, daß Westberlin ohne äußere Einmischung seine Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Bundesrepublik und zu anderen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung gestaltet.

Aus dem Wahlprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins

zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 14. März 1971

Die Senatspolitik der zurückliegenden 22 Jahre war eine Politik der Feindschaft gegen die DDR. Was hat uns diese Politik eingebracht, die Westberlin den USA als „billigste Atombombe“ anbot? Wohin hat es geführt, unsere Stadt als „vorgeschobenen NATO-Brückenkopf“ und „Frontstadt“ auszubauen? Wer hatte und hat einen Nutzen davon, Westberlin als Störfaktor zu erhalten und in diesem Sinne immer neue, gegen die DDR gerichtete provokatorische Akte und Bonner „Amtshandlungen“ in Szene zu setzen?

Nutzen zogen daraus die Rüstungskonzerne und die Anhänger des kalten Krieges. Wir Westberliner haben davon nur den Schaden gehabt. Die Interessen der Westberliner, die auf Entspannung, Frieden und Sicherheit gerichtet sind, wurden grob

mißachtet. Sie haben die Zeche des Bonner kalten Krieges bezahlen müssen. Dabei ist Westberlin kein Land der Bundesrepublik und wird es nie sein.

Was Westberlin braucht, das ist die Normalisierung der Beziehungen zur DDR. Dafür tritt die SEW auch weiterhin ein.

Wer SEW wählt, wer zur Bildung einer starken SEW-Fraktion im Abgeordnetenhaus beiträgt, der will, daß unsere Stadt sich nicht einseitig und schmalspurig orientiert, sondern im besten Sinne weltoffen wird und gute Beziehungen zu ihrer Umwelt pflegt.

Die Wahrheit

17. Jahrg., Nr. 24 | Donnerstag, 4. Februar 1971 | Preis 15 Pf A 4999 B

Gerhard Danelius bat Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, um Empfang einer SEW-Delegation. Willi Stoph antwortete positiv!

Empfang der Delegation des Parteivorstandes der SEW heute vormittag 11.00 Uhr im Amtssitz des Ministerrates der DDR, Berlin, Klosterstraße.

Das Schreiben des Vorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius, und die Antwort des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, haben folgenden Wortlaut:

Sozialistische Einheitspartei Westberlins — Parteivorstand

An den
Vorsitzenden des Ministerrates der
Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Willi Stoph

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins wendet sich in einer Angelegenheit an Sie, die sowohl die Interessen der Westberliner Bevölkerung als auch die der Deutschen Demokratischen Republik berührt.

Einerseits setzt die Bonner Regierung mit aktiver Unterstützung des Senats ihre Politik der widerrechtlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Stadt zum Schaden der Bevölkerung fort, andererseits wachsen in Westberlin die Stimmen der Vernunft und das Streben unserer Bevölkerung, mit der Deutschen Demokratischen Republik normale Beziehungen aufzunehmen.

Sie werden verstehen, daß unsere Partei zutiefst daran interessiert ist, daß zwischen Westberlin und der Deutchen Demokratischen Republik normale Beziehungen und schließlich ein Verhältnis guter Nachbarschaft zu beiderseitigem Nutzen hergestellt werden. Wir bitten Sie daher, eine Delegation des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins zu empfangen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit

unsere Vorstellungen zu den vorgenannten Problemen darlegen und ein Gespräch über beiderseitig interessierende Fragen führen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unserem Wunsch entsprechen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Gerhard Danelius
Parteivorsitzender

Berlin, den 1. Februar 1971

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Parteivorsitzenden
der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins
Herrn Gerhard Danelius

Sehr geehrter Herr Danelius!

Ihren Brief vom 1. 2. 1971 habe ich erhalten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat entsprechend ihrer Politik, die auf eine friedliche gesicherte Zukunft gerichtet ist, mehrfach ihre Bereitschaft erklärt, normale Beziehungen zum Senat von Westberlin herzustellen. Notwendig ist es jedoch, daß die BRD ihre völkerrechtswidrigen Ansprüche auf diese Stadt — die nie zur BRD gehörte und gehören wird —, die den Westberliner Bürgern nur zum Schaden gereichen und die Spannungen im Zentrum Europas erhöhen, einstellt.

Ausgehend von den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger und unter Berücksichtigung der Interessen der Westberliner Bürger begrüßt die Regierung der DDR jede Initiative, die auf die Normalisierung der Beziehungen zu Westberlin gerichtet ist.

Ich bin bereit, eine Delegation des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins zu einem Gespräch am Donnerstag, dem 4. 2. 1971, um 11.00 Uhr
im Amtssitz des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, Klosterstraße, zu empfangen.

Hochachtungsvoll

gez. Stoph
Vorsitzender des Ministerrates

Berlin, den 3. Februar 1971

Die Wahrheit

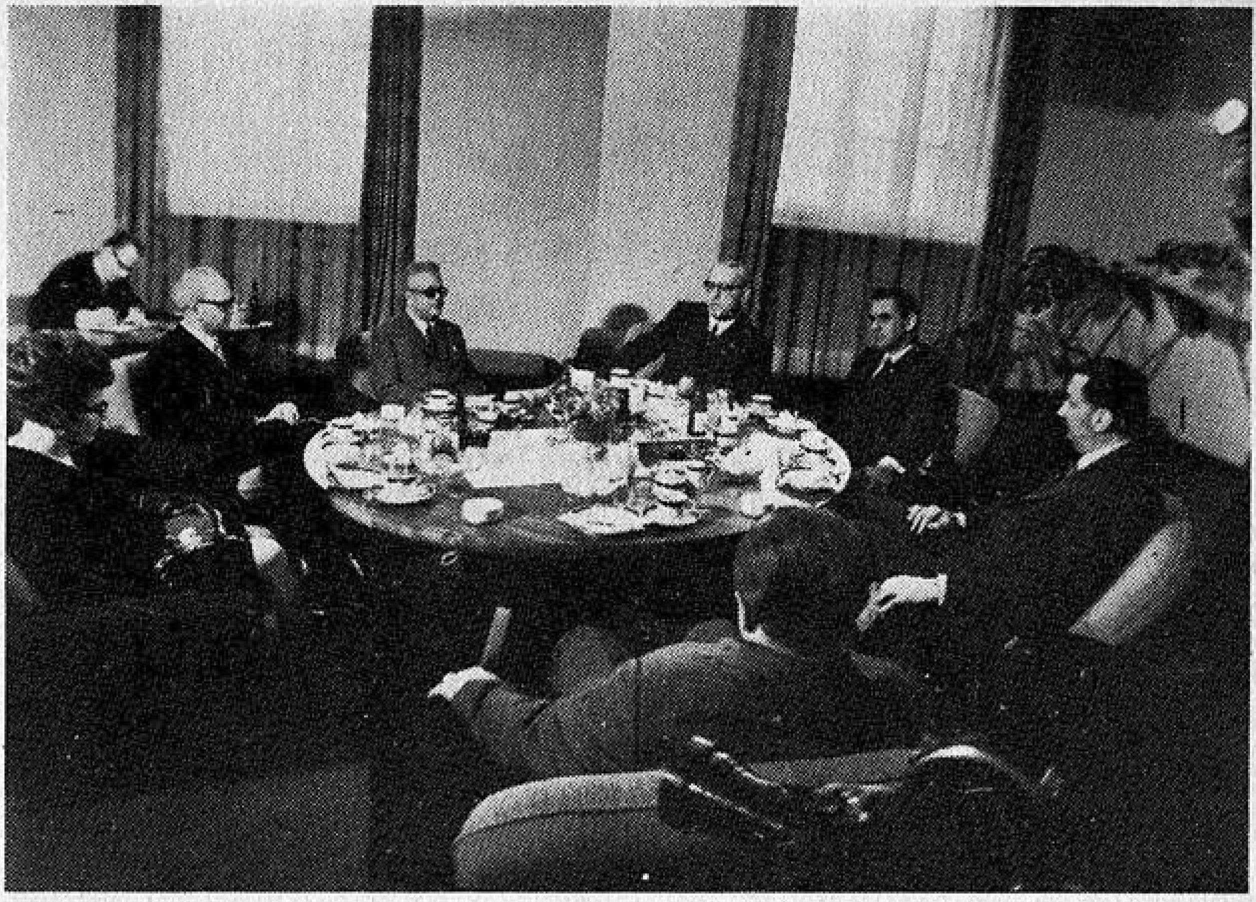
17. Jahrg., Nr. 25 Freitag, 5. Februar 1971 Preis 15 Pf A 4999 B

Bedeutsames Ergebnis der Begegnung Danelius – Stoph

DDR zu Abkommen mit dem Senat bereit / Voraussetzung: Beendigung des Mißbrauchs Westberlins durch Bonn / Dann Regelung des Transit-Verkehrs und des Besuchs der DDR einschließlich ihrer Hauptstadt möglich / DDR an Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zu Westberlin interessiert

Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph, empfing am 4. Februar 1971 eine Delegation des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins unter Leitung des Parteivorsitzenden, Gerhard Danelius. Die Unterredung fand auf Wunsch des Parteivorstandes der SEW statt. An der Unterredung nahmen teil: der Leiter des Büros des Ministerrates der DDR, Staatssekretär Dr. Rudi Rost, und die Mitglieder des Büros und Sekretäre des Parteivorstandes der SEW Erich Ziegler, Inge Kopp, Horst Schmitt und Bruno Kuster.

Im Verlaufe des Gesprächs fand ein ausführlicher Meinungsaustausch über Fragen der Entspannung im Herzen Europas statt, wobei besondere Aufmerksamkeit der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin gewidmet wurde. Die Teilnehmer der Unterredung betonten, daß die Interessen der europäischen Sicherheit die Anerkennung der tatsächlich bestehenden Lage erfordern, darunter auch des besonderen Status Westberlins, das nicht zur BRD gehört und nicht von deren Organen regiert werden kann. Sie stellten fest, daß zur Zeit objektive Voraussetzungen bestehen, deren Ausnutzung es ermöglichen würde, daß Westberlin aus einem Herd ständiger Konflikte und Spannungen zu einer Stadt wird, die ihren Beitrag zur Festigung des Friedens leistet. In diesem Zusammenhang hoben sie die große Bedeutung der Viermächte-Gespräche über die Verbesserung der Lage in Westberlin und die Beseitigung der Reibungen in diesem Gebiet hervor.



Blick in den Verhandlungssaal während des Treffens der Delegation des Parteivorstandes der SEW mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Foto: ZB



Herzliche Begrüßung zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, und dem Vorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius, vor ihrem Gespräch Foto: ZB

Die Gesprächspartner betonten ihre Entschlossenheit, zu Frieden und Entspannung beizutragen und eine Lage herbeizuführen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung Westberlins sowie den legitimen Interessen und souveränen Rechten der DDR entsprechen würde. Sie stellten fest, daß die Beendigung der politischen Präsenz der BRD und die Einstellung aller revanchistischen, militaristischen und friedensfeindlichen Aktivitäten in Westberlin das Kernproblem für jegliche Verbesserung der Situation im Zusammenhang mit Westberlin ist. Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR brachte seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß dies den Weg zu einer breiten Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin in beiderseitigem Interesse und im Interesse der Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa öffnen würde.

Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR legte dar, daß die strikte Achtung des Status der selbständigen politischen Einheit Westberlin in den Beziehungen Westberlins zur DDR einen wesentlichen Wandel zum Positiven herbeiführen könnte. Das würde insbesondere beiderseits nützliche und vorteilhafte Vereinbarungen und Regelungen auf ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, verkehrspolitischen und anderen Gebieten ermöglichen, die vor allem im Interesse der Westberliner Bevölkerung lägen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wäre unter entsprechenden Bedingungen bereit, die Frage des Abschlusses der erforderlichen Abkommen mit dem Senat von Westberlin zu prüfen und Regelungen zu treffen, die Westberlin die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Verbindung mit allen Staaten, einschließlich der BRD, ermöglichen würden. In diesem Zusammenhang würde es die Regierung der DDR dann auch als möglich erachten, Westberliner Bürgern in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der DDR eine Einreise in die Deutsche Demokratische Republik, einschließlich ihrer Hauptstadt, zu gestatten.

Die Regierung der DDR wäre dann durchaus auch bereit, mit dem Senat von Westberlin Verhandlungen über den gegenseitigen Transit von Personen und Gütern zu führen sowie ein entsprechendes, ordnungsgemäßes Abkommen abzuschließen, das internationalen üblichen Normen und Praktiken entspricht. Ausgehend davon könnte z. B. mit dem Senat von Westberlin vereinbart werden:

den Transitverkehr von Westberliner Bürgern und Gütern nach und von allen Staaten zu gewährleisten;

den Transitverkehr möglichst einfach und zweckmäßig zu gestalten;

die Plombierung von Gütertransporten im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffstransit nach der Eingangskontrolle vorzunehmen und bei der Ausgangskontrolle die Abfertigung auf die Entfernung der Plomben zu beschränken.

Es könnte auch erwogen werden, mit dem Senat von Westberlin eine Vereinbarung über Grenzregulierungen z. B. im Zusammenhang mit der Enklave Steinstücken abzuschließen.

Der Parteivorsitzende der SEW, Gerhard Danelius, gab der tiefen Genugtuung über die vom Vorsitzenden des Ministerrates der DDR dargelegten Gedanken Ausdruck, die von der Bereitschaft der DDR zeugen, einen so gewichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lage im Zusammenhang mit Westberlin und zur Lösung der die Westberliner Bevölkerung bewegenden Fragen zu leisten. Er unterstrich die große politische Bedeutung der Normalisierung der Beziehungen Westberlins zur DDR sowie zu den anderen sozialistischen Ländern und sprach seine feste Überzeugung aus, daß es die Pflicht der Verantwortlichen des Westberliner Senats und der Führungen der Regierungs- und Oppositionsparteien ist, auf jede Weise zur Schaffung einer normalen Lage in der Stadt beizutragen und konkrete Schritte zur Gewährleistung der friedlichen Belange und Bedürfnisse der Westberliner Bürger durch Vereinbarungen mit der Regierung der DDR zu unternehmen. Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins verurteilt die kurzsichtige Politik des Mißbrauchs Westberlins als Herd des kalten Krieges und Tummelplatz für feindselige Handlungen äußerer Kräfte gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder. Sie ist der Ansicht, daß die Beendigung dieser Aktivitäten den ureigensten Interessen Westberlins und seiner Bürger dienen würde. Gerhard Danelius drückte im Namen der SEW die Bereitschaft aus, die konstruktiven Gedanken der Regierung der DDR dem Senat von Westberlin zur Kenntnis zu bringen und seinerseits alle erforderlichen Anstrengungen zur Erzielung einer positiven Regelung der im Laufe dieses Gesprächs behandelten Fragen zu unternehmen.

Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, erklärte: Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für Frieden und

Sicherheit im Zentrum Europas betreibt die DDR eine Politik, die darauf gerichtet ist, hinsichtlich Westberlins die Lage zu entspannen und dazu beizutragen, daß Westberlin eine von jeglicher Einmischung und Störung freie Entwicklung nehmen kann. Allen ist klar, daß es unerläßlich ist, die annexionistische Politik der BRD gegenüber Westberlin ein für allemal zu beenden. Diese Politik erhöht die Spannungen und bringt Unsicherheit in Westberlin. Die rechtswidrigen politischen Aktivitäten in Westberlin haben sich stets nur zum Schaden der Westberliner Bevölkerung ausgewirkt. Sie braucht normale Beziehungen zu allen Staaten, in erster Linie natürlich zur DDR, dem Staat, in dessen Mitte sie lebt.

Zweifellos würde sich eine Atmosphäre der Verständigung, für deren Schaffung die Regierung der DDR konsequent eintritt, in vielfältiger Hinsicht günstig auf das Verhältnis zwischen Westberlin und seiner natürlichen Umgebung, der Deutschen Demokratischen Republik, auswirken, und das liegt im Interesse der Menschen.

Das Gespräch verlief in einer Atmosphäre herzlicher Freundschaft und gegenseitigen Verständnisses. Die Gesprächspartner unterstrichen abschließend den festen Willen, die Bemühungen zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin im Interesse des Friedens und der Menchen zu verstärken.

Internationale Pressekonferenz des Parteivorstandes der SEW

am 8. Februar 1971

Erklärung des Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Gerhard Danelius, auf einer internationalen Pressekonferenz aus Anlaß des Treffens einer Delegation des Parteivorstandes der SEW mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph.

Meine Damen und Herren!

Auf Initiative des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins fand am 4. Februar ein Treffen einer Delegation des Parteivorstandes der SEW mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Willi Stoph, statt.

Die SEW ließ sich bei ihrer Initiative von den Sorgen, Nöten und Tagesfragen der Westberliner Bevölkerung und zugleich von dem Gedanken leiten, daß endlich ein Weg gefunden werden muß, um die Beziehungen Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils dauerhaft zu regeln.

Wir sind uns darüber im klaren, daß es starke Kräfte gibt, die an einer Aufrechterhaltung der Spannungen und an dem Mißbrauch Westberlins als Zentrum des kalten Krieges gegen die DDR und andere sozialistische Staaten interessiert sind, und die alles daransetzen, um einen positiven Ausgang der Vier-Mächte-Gespräche über Westberlin zu torpedieren.

Andererseits sind wir davon überzeugt, daß in der Westberliner Bevölkerung, und zwar in allen ihren Teilen, der Wunsch nach gutnachbarlichen Beziehungen zwischen West-

berlin und der Deutschen Demokratischen Republik immer stärker wird.

Wir schätzen Verlauf und Ergebnisse des Treffens der Delegation des Parteivorstandes der SEW mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik sehr positiv ein.

Die im Abschluß-Kommuniqué des Treffens dargelegten Gedanken und Vorstellungen zeugen von der Bereitschaft der DDR, einen gewichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lage im Zusammenhang mit Westberlin und zur Lösung der die Westberliner Bevölkerung bewegenden Fragen zu leisten.

Der Vorsitzende des Ministerrats der DDR betonte in unserem Meinungsaustausch über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR, daß bei Beendigung der politischen Präsenz der BRD und der Einstellung aller revanchistischen und friedensfeindlichen Aktivitäten und bei strikter Achtung des Status der selbständigen politischen Einheit Westberlin vorteilhafte Vereinbarungen und Regelungen auf ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, verkehrspolitischen und anderen Gebieten möglich wären.

Ausgehend davon könnte z. B. mit dem Senat von Westberlin vereinbart werden:

den Transitverkehr von Westberliner Bürgern und Gütern nach und von allen Staaten zu gewährleisten;

den Transitverkehr möglichst einfach und zweckmäßig zu gestalten;

die Plombierung von Gütertransporten im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffahrtstransit nach der Eingangskontrolle vorzunehmen und bei der Ausgangskontrolle die Abfertigung auf die Entfernung der Plomben zu beschränken.

Weiterhin wäre die DDR bereit, die Frage des Abschlusses der erforderlichen Abkommen mit dem Senat von Westberlin zu prüfen und Regelungen zu treffen, die Westberlin die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Verbindung mit allen Staaten, einschließlich der BRD, ermöglichen würden und Westberliner Bürgern, in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der DDR, eine Einreise in die Deutsche Demokratische Republik einschließlich ihrer Hauptstadt zu gestatten.

Wir empfehlen allen Bürgern unserer Stadt und auch dem Senat, die Vorschläge des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR sehr sorgfältig zu lesen, denn ihre Verwirklichung wäre

von großer Bedeutung und von großem Nutzen für unsere Stadt und ihre Bevölkerung und ein bedeutender Beitrag zum Frieden und zur europäischen Sicherheit.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal unterstreichen, daß unsere Delegation bereit ist, die konstruktiven Gedanken der Regierung der DDR dem Senat zur Kenntnis zu bringen und mit dem Senat zu diskutieren. Wir betrachten das als Aufforderung an den Senat.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz sagte in einer ersten Stellungnahme zu dem Gespräch der SEW-Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR eine sorgfältige Prüfung zu. Zugleich behauptete Klaus Schütz, er sei kein Formalist. Jetzt hat er die Gelegenheit, diese Behauptung beweiskräftig zu machen. Was uns anbetrifft, so geht es uns nicht um Prestigefragen, sondern um die Sache. Der gesamte Komplex des Meinungsaustausches mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, ist außerordentlich interessant und für die Lebensfähigkeit und Zukunft unserer Stadt von solch großer Bedeutung, daß es für den Senat außerordentlich wichtig wäre, zu erfahren, was bei dem Meinungsaustausch zwischen der Delegation der SEW und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR herausgekommen ist.

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins wird alle Anstrengungen machen, um zur Erzielung einer positiven Regelung der im Laufe des Gesprächs mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR behandelten Fragen beizutragen.

Gerhard Danelius beantwortet Fragen der Journalisten

Times:

Könnte Herr Danelius interpretieren, was seiner Meinung nach unter dem Begriff „politische Bundespräsenz“ zu verstehen ist?

Antwort:

Bei dem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ist ganz klar herausgekommen: Die DDR versteht unter politischer Präsenz die Abhaltung von Tagungen des Bundestages, der Bundestagsausschüsse und der Fraktionen. Das ist unter dem Begriff „politische Bundespräsenz“ zu verstehen. Von Versicherungen war keine Rede. Es war nur die Rede — ich betone nochmals — von Abhaltungen von Tagun-

gen des Bundestages, des Bundesrates, der Bundestagsausschüsse und ihrer Fraktionen.

Berliner Rundfunk:

Vorausgesetzt, die Bundesregierung hört auf, Westberlin von der Bundesregierung aus regieren zu wollen. Können Sie präzisieren, was für die Westberliner dabei herauskäme?

Antwort:

Die Frage ist verhältnismäßig leicht zu beantworten und auch im Kommuniqué präzisiert: Wenn die Bundesregierung darauf verzichtet, sich in die Angelegenheiten Westberlins einzumischen, wenn sie die politische Bundespräsenz einstellt, käme dabei heraus:

ein Abkommen zwischen Senat und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den Transit von Gütern und Personen, über gesicherte Zufahrtswege von und nach Westberlin und zu allen Staaten,

ein Abkommen über Besuchsmöglichkeiten der Westberliner in der DDR einschließlich ihrer Hauptstadt.

Fischer, Neue Ruhrzeitung:

Könnten Sie etwas Näheres sagen, wie die Einreise aussehen sollte? Soll sie gleichgeschaltet sein zu den östlichen Rentner-Reisen in den Westen oder wie?

Antwort:

Die Einreisemöglichkeiten, wie wir den Vorsitzenden des Ministerrates verstanden haben, von Westberliner Bürgern in die DDR einschließlich ihrer Hauptstadt wird vollzogen nach den entsprechenden Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik. Es würde praktisch herauskommen eine Gleichstellung der Westberliner mit den Westdeutschen.

Grote, Deutscher Fernsehfunk:

Worin sehen Sie die Ursachen der ständigen Einmischung der Bundesregierung in Westberlin?

Antwort:

Meines Erachtens liegen die Ursachen auf der Hand: Westberlin ist kein Land der Bundesrepublik. Niemand hat etwas gegen die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen, finanziellen Verbindungen Westberlins zu Westdeutschland. Aber offenbar besteht die Absicht, von Westberlin aus weiter

den kalten Krieg zu führen gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder; denn wenn man die Dinge sehr nüchtern, ich möchte bald sagen, unparteiisch betrachtet, wird niemand behaupten können, daß irgendein Recht für die Bundesregierung besteht, hier präsent zu sein. Die Ursache der Eskalation der Bundesregierung kann nur darin bestehen, den kalten Krieg anzuheizen.

Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt angesichts der Vier-Mächte-Besprechungen über Westberlin, wo jeder an einem Erfolg interessiert sein müßte, eine Eskalation der Bundespräsenz stattfindet. Bei Nacht und Nebel haben sich Stoltenberg und von Hassel in Westberlin eingeschlichen, um hier eine Tagung der Länder- und Fraktionschefs durchzuführen. Wie soll man das anders betrachten als eine Provokation gegen die Deutsche Demokratische Republik, wie soll man es anders betrachten als ein Anheizen des kalten Krieges.

Liebers, dpa:

Aus dem Kommuniqué über das Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR geht hervor, daß die DDR-Regierung bereit wäre, Westberlinern die Einreise in die DDR zu gestatten. Es wurde der Eindruck erweckt, daß das eine einseitige Regelung der DDR wäre oder sein könnte. Zweitens fehlt bei dieser Regelung der enge Zusammenhang und die Voraussetzung eines Abbaus der politischen Präsenz.

Antwort:

Herr Liebers, ich würde das Kommuniqué als eine Einheit betrachten. Unter der Voraussetzung, daß die politische Präsenz der Bundesregierung aufgegeben wird, könnten sofort Verhandlungen zwischen Senat und DDR-Regierung stattfinden, und zwar über den ganzen Komplex, sowohl über den Transit von Gütern und Personen als auch über die Einreisemöglichkeiten Westberliner in die DDR, einschließlich ihrer Hauptstadt.

Vetter, Norddeutscher Rundfunk:

Hat Herr Stoph bei Ihrem Gespräch zu erkennen gegeben, ob er die Vorschläge, die er Ihnen unterbreitet hat, in der üblichen Form auch an den Senat herantragen wird? Ist darüber gesprochen worden, wie bei einer Neuregelung die außenpolitische Vertretung Westberlins gehandhabt werden soll? Wenn das nicht besprochen wurde, wie ist Ihre Einstellung dazu?

Antwort:

Das Gespräch kam nicht darauf, ob der Ministerpräsident die Absicht hat, offiziell diese Vorschläge dem Senat zu unterbreiten. Als ich nachfragen wollte, war Ministerpräsident Stoph schon zur Kur.

Zur außenpolitischen Vertretung: Westberlin ist ein bedeutendes Industriezentrum; ich könnte mir vorstellen, daß Westberlin eigene außenpolitische Vertretungen hat und auch in der UNO vertreten ist. Warum nicht? Es gibt Länder, die viel kleiner sind als Westberlin und in den Vereinten Nationen Sitz und Stimme haben.

Tagesspiegel:

Haben Sie sich nicht widersprochen, als Sie Stoltenberg und Hassel erwähnten, an anderer Stelle aber sagten, daß es nur um Tagungen von Bundestagsgremien usw. geht?

Antwort:

Es geht darum, daß Stoltenberg und von Hassel hier sind, um an den Sitzungen der Fraktions- und Länderchefs der CDU teilzunehmen. Nicht um ihren Besuch. Gäste kann Westberlin soviel empfangen wie es will, darum geht es gar nicht, sondern es geht um die Demonstration der politischen Präsenz.

Tagesspiegel (Zusatzfrage):

Würden Sie als Gäste in Berlin auch den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten bezeichnen?

Antwort:

Warum soll man sie hier nicht als Gäste begrüßen, wenn sie nicht den Versuch unternehmen, hier zu regieren?

Tagesspiegel (Zusatzfrage):

Sie wissen, daß der Bundespräsident in Westberlin einen Amtssitz unterhält. Wie stehen Sie dazu?

Antwort:

Für einen Amtssitz des Bundespräsidenten hier sind wir nicht.

Kertzscher, Neues Deutschland:

Sie sagten, die Westberliner sind an guten Beziehungen interessiert. Haben Sie Beobachtungen gemacht, wie die Vorschläge von Westberlinern aufgenommen worden sind?

Antwort:

Ich muß Ihnen sagen, die Westberliner Bürger sind sehr nüchtern und in der letzten Zeit sehr ernüchtert. Ich habe zum Beispiel die Feststellung machen können in Gesprächen in Zehlendorf, mit Betriebsräten von AEG Turbine, von Orenstein & Koppel, daß die Westberliner sehr wohl bereit sind, die politische Bundespräsenz einzutauschen gegen Abmachungen mit der Deutschen Demokratischen Republik, die ihr Leben sichern, die die ständigen Gefahren beseitigen.

Sowjetisches Fernsehen:

Vertreter der Bonner Regierung sprechen ziemlich oft über den gewachsenen Status von Westberlin. Gibt es so etwas?

Antwort:

Man muß zwei Dinge unterscheiden: Es gibt keine Rechte für die Bundesregierung in und auf Westberlin. Aber es gibt bestimmte wirtschaftliche, kulturelle, finanzielle Beziehungen – und kein Mensch hat die Absicht, diese Beziehungen zu zerreißen. Aber von originären Rechten Bonns kann überhaupt keine Rede sein. Es hat sich folgender Zustand herausgebildet: Wir haben auf deutschem Boden zwei Staaten – einen sozialistischen Staat und einen kapitalistischen Staat – und Westberlin. Und Westberlin ist kein Land der Bundesrepublik. Und es ist, glaube ich, von großem Nutzen für die Bevölkerung, ihre Beziehungen nach West und Ost auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils zu regeln.

Die Zeit:

Wenn die Bundesregierung keine Rechte auf Westberlin hat, hat dann Ihrer Meinung nach auch die DDR keine Rechte? Beansprucht die DDR für sich, auszuwählen, wer nach Westberlin zu Besuch kommen darf und wer nicht?

Antwort:

Die DDR will nicht darüber bestimmen, wer hier zu Besuch kommt. Westberlin kann Gäste empfangen, soviel es will. Das muß erst einmal klargestellt werden. Eine andere Frage ist – das darf man doch nicht verwechseln –, wenn hier außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik in Westberlin Tagungen der Länder- und Fraktionschefs, Bundestagssitzungen, Ausschußsitzungen stattfinden. Das muß doch die DDR und die Sowjetunion als Herausforderung empfinden.

Also nochmal, die DDR kann und wird sich nicht einmischen, wenn Westberlin Gäste empfängt. Unseres Erachtens ist folgendes bei dem Gespräch herausgekommen: Kein Staat darf das Recht haben, sich in die Angelegenheiten Westberlins einzumischen.

Frankfurter Allgemeine:

Sie sprechen vom Einwirken der Bundesregierung in Westberlin, haben allerdings ausgelassen, daß sie in Absprache mit den drei Westalliierten erfolgt und diese nach wie vor der Ansicht sind, daß diese Präsenz erhalten bleiben sollte.

Antwort:

Ich habe ja gar nicht behauptet, daß es klug ist von den Westmächten, diese politische Präsenz hier zu dulden und zu fördern. Meiner Meinung nach müßte bei den Vier-Mächte-Gesprächen, in die ich mich grundsätzlich nicht einmische, natürlich herauskommen, daß diese Form der politischen Bundespräsenz untersagt wird. Daß die Bonner Regierung ihre politische Bundespräsenz mit den Westmächten abstimmt – das macht doch die Sache nicht besser, das macht sie höchstens noch schlechter.

Müller, Frankfurter Allgemeine:

Sie sprachen von friedensfeindlicher Aktivität. Können Sie näher umreißen, was Sie darunter verstehen?

Antwort:

Ja, das können wir. Wir meinen, daß erstens die politische Bundespräsenz in Westberlin als Herausforderung und Provokation gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Staaten revanchistischen und friedensgefährdenden Charakter trägt. Zweitens meinen wir selbstverständlich damit – und darüber haben wir auch mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR diskutiert – die Existenz der „Aktion Widerstand" und der faschistischen NPD und Tagungen von Landsmannschaften in Westberlin. Ich möchte das so umreißen, um den Charakter revanchistischer und friedensgefährdender Aktionen deutlich und sichtbar zu machen.

Deutschlandfunk:

Wie sollte nach Ihrer Ansicht Herr Stoph weiterverfahren? Sie sind informiert, wissen aber nicht, ob der Ministerpräsident an den Senat herantritt. Werden Sie als Mittler an den Senat herantreten?

Antwort:

Wir verstehen uns natürlich nicht als Mittler oder Vermittler, aber wir meinen, daß in Westberlin für das Schicksal Westberlins, für seine Zukunft und für seine Lebensfähigkeit alle Verantwortung tragen. Und davon ausgehend, fasse ich unsere heutige Erklärung hier als offizielles Angebot an den Senat auf, um ihn über den ganzen Verlauf der Gespräche der SEW-Delegation mit dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu informieren. Es müßte doch für Klaus Schütz von außerordentlich großem Interesse sein. Wir können ihm dazu sehr wichtige Erläuterungen und Hinweise geben.

Die Zeit:

Angenommen, die SEW zieht ins Abgeordnetenhaus ein — würden Sie davon Gebrauch machen, in den Bundestag einziehen zu können?

Antwort:

Selbstverständlich. Kommunisten müssen jede Gelegenheit wahrnehmen, ihre sozialistischen und demokratischen Ideen zu propagieren. Außerdem: im Bonner Bundestag sitzen viele rückschrittliche Leute, denen man erklären muß, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist und niemals werden wird. Unsere Abgeordneten würden im wahrsten Sinne des Wortes sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Bundestag die Interessen der Westberliner vertreten.

Die Wahrheit

17. Jahrg., Nr. 32 Dienstag, 16. Februar 1971 Preis 15 Pf A 4999 B

Danelius an Schütz

Unterredung über Verlauf und Ergebnisse des Treffens Danelius – Stoph vorgeschlagen

Der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Gerhard Danelius, richtete am 15. Februar 1971 an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Klaus Schütz, nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!

Wie Ihnen bekannt ist, wurde eine Delegation des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins auf unsere Bitte hin vom Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Willi Stoph, empfangen.

Wir ließen uns bei unserer Initiative von den Interessen der Westberliner Bevölkerung leiten, die in ihrer Mehrheit an einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR interessiert ist. In dem Meinungsaustausch unserer Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn Willi Stoph, wurden Fragen berührt, die von außerordentlicher Bedeutung für die Lebensfähigkeit und für die Zukunft unserer Stadt sind.

Im Interesse der Westberliner Bevölkerung möchte ich Sie, Herr Regierender Bürgermeister, in einer persönlichen Unterredung über den Verlauf und die Ergebnisse der Gespräche unserer Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ausführlich unterrichten. Ich bitte Sie um einen Terminvorschlag.

Hochachtungsvoll

Gerhard Danelius, Parteivorsitzender

Die Wahrheit

17. Jahrg., Nr. 33 | Mittwoch, 17. Februar 1971 | Preis 15 Pf A 4999 B

Pressekonferenz des Parteivorstandes der SEW / Danelius schlägt vor:

Aufnahme sofortiger und direkter Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der DDR

Presseerklärung des Parteivorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius, am 16. 2. 1971

Meine Damen und Herren!

Wir haben Sie zu einer Presseinformation eingeladen, weil wir der Öffentlichkeit einen neuen Vorschlag unterbreiten wollen, der für die Normalisierung der Lage, für die Lebensfähigkeit und für die Zukunft unserer Stadt von außerordentlicher Bedeutung ist.

Gestatten Sie mir vorerst einige Bemerkungen zur Entwicklung der Ereignisse.

Am 4. Februar 1971 wurde eine Delegation des Parteivorstandes der SEW auf unsere Bitte hin vom Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Willi Stoph, empfangen.

Dieses Treffen hat eine große internationale Beachtung gefunden. Bereits im Kommuniqué über den Meinungsaustausch zwischen unserer Delegation und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ist darauf hingewiesen worden, daß wir bereit sind, die konstruktiven Gedanken der Regierung der DDR dem Senat von Westberlin zur Kenntnis zu bringen.

Ich wiederholte diesen Vorschlag auf der Pressekonferenz unserer Partei am 8. Februar in den Stadion-Terrassen. Ungeachtet der negierenden Haltung des Senats und des Regierenden Bürgermeisters Herrn Klaus Schütz sahen wir uns veranlaßt, auf Grund der Dringlichkeit der Sache nochmals in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister um eine persönliche Unterredung zu bitten.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen den Brief verlese, den ich am 15. Februar 1971 an den Regierenden Bürgermeister, Herrn Klaus Schütz, schrieb:

Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!

Wie Ihnen bekannt ist, wurde eine Delegation des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins auf unsere Bitte hin vom Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Willi Stoph, empfangen.

Wir ließen uns bei unserer Initiative von den Interessen der Westberliner Bevölkerung leiten, die in ihrer Mehrheit an einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR interessiert ist. In dem Meinungsaustausch unserer Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn Willi Stoph, wurden Fragen berührt, die von außerordentlicher Bedeutung für die Lebensfähigkeit und für die Zukunft unserer Stadt sind.

Im Interesse der Westberliner Bevölkerung möchte ich Sie, Herr Regierender Bürgermeister, in einer persönlichen Unterredung über den Verlauf und die Ergebnisse der Gespräche unserer Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ausführlich unterrichten. Ich bitte Sie um einen Terminvorschlag.

Hochachtungsvoll

Gerhard Danelius, Parteivorsitzender

Man hätte annehmen können, daß auf unser Schreiben eine sachliche und nüchterne Antwort zu erwarten war. Das um so mehr, als der Regierende Bürgermeister eine große Verantwortung für unsere Stadt und ihre Bevölkerung trägt.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen im Wortlaut das Antwortschreiben des Regierenden Bürgermeisters verlese:

An den Parteivorsitzenden der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in West-Berlin
Herrn Gerhard Danelius
1 Berlin 10, Wilmersdorfer Str. 165, Aufgang II

Sehr geehrter Herr Danelius

Ihren Brief vom 15. Februar 1971 habe ich erhalten.

Der Senat von Berlin sagt seit Jahr und Tag — und zum letzten Weihnachtsfest hat er es noch einmal besonders deutlich

gemacht –, daß er wie alle Berliner an einer Normalisierung der Verhältnisse in und um Berlin interessiert ist. Bis jetzt hat die SED in Ost-Berlin dafür nur Hohn und Ablehnung übrig gehabt.

Sollte sich diese Einstellung geändert haben, so stelle ich fest: Wenn die DDR-Führung mit uns sprechen will, so kennt sie unsere Anschrift. Wir wissen nicht, warum für eine derartige Absicht, wenn sie ernst gemeint ist, Zwischenträger nötig sind.

Ich sehe in diesem Stadium wenig Sinn in Geheimdiplomatie. Die Berliner erwarten in ihrer großen Mehrheit jetzt Taten praktischer Entspannung und keine leeren Worte. Falls die SED in Ost-Berlin oder hier in West-Berlin etwas Konkretes anzubieten hat, so möge sie sich klar und öffentlich äußern.

Wir sind – im Rahmen eines Ergebnisses der Vier-Mächte-Gespräche über Berlin – nach wie vor zu Regelungen der Vernunft bereit, die den Menschen in Berlin das Leben leichter machen.

In vorzüglicher Hochachtung

gez. Klaus Schütz

Ich enthalte mich jeder Meinungsäußerung über Form und Inhalt dieses Antwortschreibens. Soviel sei gesagt: Der Regierende Bürgermeister hat in Form und Inhalt seines Antwortschreibens verantwortungslos gehandelt. Nach unserer Meinung ist es die Pflicht der Verantwortlichen des Westberliner Senats und der Führungen der Regierungs- und Oppositionsparteien, auf jede Weise zur Schaffung einer normalen Lage in der Stadt beizutragen und konkrete Schritte zur Gewährleistung der friedlichen Belange und Bedürfnisse der Westberliner Bürger durch Vereinbarungen mit der Regierung der DDR zu unternehmen.

Wir betonen noch einmal unseren festen Willen, die Bemühungen zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin im Interesse des Friedens und der Menschen zu verstärken.

Herr Klaus Schütz hat uns aufgefordert, uns klar und öffentlich zu äußern, wenn wir etwas Konkretes anzubieten haben. Das ist eigentlich unser Grundsatz.

Davon ausgehend, unterbreite ich der Öffentlichkeit folgenden Vorschlag:

Die Aufnahme sofortiger und direkter Verhandlungen zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der Deut-

schen Demokratischen Republik über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR.

Wir sind der Ansicht, daß bei den sofortigen und direkten Verhandlungen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR folgende Fragen im Mittelpunkt stehen sollten:

Vereinbarungen und Regelungen auf ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, verkehrspolitischen und anderen Gebieten.

Abkommen, die Westberlin die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Verbindung mit allen Staaten, einschließlich der BRD, ermöglichen.

Vereinbarungen über den Transitverkehr von Westberliner Bürgern und Gütern von und nach allen Staaten.

Vereinfachung des Transitverkehrs.

Die Einreise Westberliner Bürger in die Deutsche Demokratische Republik einschließlich ihrer Hauptstadt.

Die SEW läßt sich bei ihrem Vorschlag über die sofortige und direkte Aufnahme von Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von den Sorgen und Nöten der Bevölkerung unserer Stadt und von der Notwendigkeit einer gesicherten Zukunft für alle unsere Bürger leiten.

Wir unterbreiten den Vorschlag der Aufnahme sofortiger und direkter Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, weil wir wissen, daß der Vorsitzende des Ministerrates der DDR zu solchen Verhandlungen bereit ist.

Die DDR betreibt eine Politik, die darauf gerichtet ist, hinsichtlich Westberlins die Lage zu entspannen und dazu beizutragen, daß Westberlin eine friedliche, von jeglicher Einmischung und Störung freie Entwicklung nehmen kann.

Davon konnten wir uns bei dem Meinungsaustausch unserer Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn Willi Stoph, erneut überzeugen.

Wir hatten die Absicht, in einer persönlichen Unterredung mit dem Regierenden Bürgermeister interessante und wichtige Details anläßlich unseres Meinungsaustausches mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR darzulegen; u. a. auch den Vorschlag der Aufnahme sofortiger und direkter Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der DDR. Da der Regie-

rende Bürgermeister es abgelehnt hat, mit uns zusammenzutreffen, wollen wir auf diesem Wege die Öffentlichkeit von unserem Vorschlag unterrichten.

„Tatsachen, die allein zählen"

Aus „Die Wahrheit" vom 23. Februar 1971

Die SEW hat bekanntlich die Initiative für eine Normalisierung der Beziehungen Westberlins zur DDR auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils ergriffen.

Herr Schütz hat dazu am 16. Februar erklärt, ihm gehe es um „Tatsachen, die allein zählen — hier in Berlin". Wir sind ausnahmsweise mit Herrn Schütz einverstanden. Als Sozialisten geben wir uns allerdings nicht mit Allgemeinplätzen zufrieden. Sie nützen nämlich dem Menschen nicht. Für uns, für die SEW, ist die Wahrheit immer konkret.

Wie sehen also die konkreten Tatsachen aus, die einerseits die Lebensfähigkeit unserer Stadt und die Interessen ihrer Bürger schmälern oder andererseits für die Zukunft Westberlins, seine Bevölkerung und die europäische Sicherheit von großem Nutzen sind?

Nehmen wir nur eine konkrete Tatsache für die Doppelzüngigkeit der Senatspolitik aus dem letzten Vierteljahr. Schon am 24. 11 1970 erklärte der Regierende Bürgermeister laut AP: „Schütz hat am Dienstag das Desinteresse des Senats an Direktverhandlungen mit Ostberlin festgestellt ... Der Westberliner Senat habe nicht die Absicht, von sich aus ‚Nebenschauplätze der Verhandlungen' zu schaffen. Als Verhandlungs-‚Nebenschauplätze' bezeichnete Schütz vor allem Gespräche über Fragen des Zugangs nach Berlin oder Transit-Fragen. Es wäre demzufolge nicht sinnvoll, ja unpraktisch, auf den östlichen Vorschlag einzugehen, daß der Westberliner Senat direkt solche Fragen aushandele."

Wohlgemerkt: Bereits am 24. November 1970 tat Herr Schütz sein „Desinteresse" gegenüber Verhandlungen mit der DDR kund. Er hielt Verhandlungen für „nicht sinnvoll", „ja unpraktisch". Das ist eine konkrete Tatsache, die ja, wie Herr Schütz sagt, „allein zählt".

Tatsache ist weiter, daß Schütz Anfang Dezember 1970 in seinem taktischen Spiel im Rahmen des kalten Krieges gegen die DDR beim Ministerrat der DDR einen Zettel, ein adressen-

und namenloses Papier abgeben ließ. Damit sollte den Westberlinern nicht genützt, aber Sand in die Augen gestreut werden. Schütz goß mit dieser Unverschämtheit Öl in das von ihm entzündete antikommunistische Feuer. Er war sogar so unverfroren, als Antwort auf seine „Zettel-Mission" von der DDR eine „Geste des guten Willens" zu erwarten.

Die konkreten Tatsachen besagen deutlich, daß der Senat und die Rathausparteien nicht nur in dieser Hinsicht mit den Lebensinteressen der Bürger unserer Stadt Schindluder treiben.

Wie sieht die Kehrseite der Medaille aus? Sie sieht so aus, daß der Senat und die Rathausparteien eine regelrechte Invasion Bonner Einmischungspolitik nach Westberlin inszenieren und organisieren – in einer Situation, da es im Interesse der Menschen wäre, die Bemühungen um eine Entspannung in und um Westberlin zu unterstützen. Statt dessen feiert die politische Bonner Präsenz in den letzten Wochen – im Vergleich zu früheren Jahren – wahre Rekorde.

Was hat die SEW in dieser Situation getan? Die SEW, der es darum geht, Westberlin aus dem gefährlichen Spannungsfeld des kalten Krieges heraus und die Interessen der Bürger unserer Stadt zur Geltung zu bringen, ergriff am 4. Februar 1971 die Initiative. Eine Delegation des SEW-Parteivorstandes unter Leitung von Gerhard Danelius hatte eine Begegnung mit dem Ministerratsvorsitzenden der DDR, Willi Stoph. Der Meinungsaustausch hatte bedeutende Ergebnisse. Die SEW schlug vor, den Regierenden Bürgermeister darüber zu informieren.

Tatsache ist, daß Schütz ablehnte. Trotzdem schrieb am 15. 2. 1971 der Parteivorsitzende der SEW, Gerhard Danelius, an Schütz und schlug vor, den Regierenden Bürgermeister „im Interesse der Westberliner Bevölkerung ... in einer persönlichen Unterredung über den Verlauf und die Ergebnisse der Gespräche unserer Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ausführlich zu unterrichten".

Schütz antwortete in unverantwortlicher Weise mit einer Ablehnung. Am 16. Februar 1971 mittags erklärte er über den RIAS: „Herr Danelius hat sich öffentlich ja zu dem Vorgang geäußert. Ich sehe nicht, daß dort mehr ist ..."

Am Nachmittag des 16. Februar 1971 unterbreiteten wir der Öffentlichkeit den Vorschlag zur Aufnahme sofortiger und direkter Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das war ein neuer Beitrag unserer Partei, um den Menschen das Leben leichter zu

machen. Was für die Westberliner zählen würde, das wäre eine Normalisierung der Lage, was für die Lebensfähigkeit und die Zukunft unserer Stadt von größter Bedeutung wäre. Für die Westberliner würde zählen, wenn im Ergebnis von Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der DDR erfreuliche Tatsachen für uns alle erzielt werden könnten, und zwar:

Vereinbarungen und Regelungen auf ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, verkehrspolitischen und anderen Gebieten;

Abkommen, die Westberlin wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Verbindungen mit allen Staaten, einschließlich der BRD, ermöglichen;

Vereinbarungen über den Transitverkehr von Westberliner Bürgern und Gütern von und nach allen Staaten;

Vereinfachung des Transitverkehrs; Einreise Westberliner Bürger in die DDR einschließlich ihrer Hauptstadt.

Das sind zugleich die Punkte, die im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen Senat und Regierung der DDR stehen sollten. Das ist die Meinung der SEW.

Die SEW hat die Initiative ergriffen. Sie hat, wenn wir allein dieses Grundproblem nehmen, unter Beweis gestellt, daß sie nicht nur verspricht, sondern auch Wort hält, daß sie ihren Worten Taten folgen läßt.

Die Wahrheit

17. Jahrg., Nr. 38 Mittwoch, 24. Februar 1971 Preis 15 Pf A 4999 B

Treffen Danelius – Abrassimow

Übereinstimmung über Regelungen, die Interessen und Bedürfnissen der Westberliner Bevölkerung dienen

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins veröffentlichte am 23. Februar 1971 folgende Mitteilung über ein Treffen einer SEW-Delegation mit dem Mitglied des ZK der KPdSU, dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, P. A. Abrassimow.



Das Mitglied des ZK der KPdSU, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der DDR, P. A. Abrassimow, begrüßt den Parteivorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius, und die Mitglieder der SEW-Delegation, den stellvertretenden Parteivorsitzenden Erich Ziegler sowie die Sekretäre Inge Kopp und Bruno Kuster Foto: DW

„Am 23. Februar 1971 fand auf Wunsch der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins ein Treffen einer Delegation des Parteivorstandes unter Leitung des Vorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius, mit dem Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, P. A. Abrassimow, statt. Weitere Mitglieder der Delegation waren die Mitglieder des Büros und Sekretäre des Parteivorstandes der SEW Erich Ziegler, Inge Kopp, Bruno Kuster.

Im Laufe des Gesprächs wurden aktuelle Fragen behandelt, die von gegenseitigem Interesse sind. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Gesprächspartner den Fragen, die mit einer Verbesserung der Lage in Westberlin und der Beseitigung von Reibungen und Spannungen verbunden sind.

Genosse Danelius unterstrich das Interesse der Bevölkerung Westberlins an einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen der vier Mächte mit dem Ziel einer dauerhaften Normalisierung der Lage und der Entwicklung vorteilhafter Beziehungen Westberlins mit der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Mächte, die an den Gesprächen teilnehmen, bei strenger Respektierung der besonderen politischen Lage Westberlins, Wege finden mögen für praktische Maßnahmen zum Wohle der Bevölkerung Westberlins und im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit.

In diesem Zusammenhang schätzte Genosse Danelius die konstruktive Politik der Sowjetunion im Hinblick auf die Regelung der Westberlin-Frage hoch ein. Er verwies zugleich auf die große Bedeutung der konkreten Vorschläge der Regierung der DDR für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR.

Genosse Danelius versicherte, daß die Sozialistische Einheitspartei Westberlins es als ihre Pflicht betrachtet, alles zu unternehmen, damit es zu einer vorteilhaften Lösung der Fragen kommt, die den Interessen und Bedürfnissen der Westberliner Bevölkerung entsprechen. Er betonte die Bereitschaft der SEW, alle Schritte zu unterstützen, die diesem Ziele dienen, und die Verantwortung aller Parteien und Organisationen Westberlins für die Normalisierung der Lage in Westberlin.

Genosse P. A. Abrassimow unterstrich seinerseits die Wichtigkeit der Gesundung der Lage in Westberlin auf dem Wege

von Übereinkommen der vier Mächte. Solche Übereinkommen müssen den Interessen des Friedens entsprechen, der Entspannung der Lage im Zentrum Europas dienen und die Interessen und Bedürfnisse der Westberliner Bevölkerung berücksichtigen. Er verwies darauf, daß die Sowjetunion und die DDR konktruktive, konkrete Programme entwickeln, die die notwendige Grundlage schaffen für die Ausarbeitung annehmbarer Abkommen in der Westberlin-Frage. Er betonte die Überzeugung der sowjetischen Seite, daß bei entsprechendem Herangehen aller Teilnehmer solche Abkommen erreicht werden können. Auf dieses Ziel sind die Anstrengungen der Sowjetunion in den Vier-Mächte-Gesprächen gerichtet.

Genosse P. A. Abrassimow schätzte die Bemühungen und den Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins für die Normalisierung der Lage in der Stadt und für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und anderen Staaten hoch ein.

Genosse P. A. Abrassimow übergab im Auftrag des ZK der KPdSU die Einladung für die Entsendung einer Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins zum XXIV. Parteitag der KPdSU.

Das Treffen verlief in einer freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vierseitiges Abkommen . . . . 7 - 21

Kommuniqué der Außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SEW vom 7. September 1971 . . 23 - 24

Die Kräfte des Friedens und der Entspannung haben eine Schlacht gewonnen. Interview der „Wahrheit" mit dem Vorsitzenden der SEW Gerhard Danelius vom 7. September 1971 . . . . 25 - 31

Auszug aus dem Bericht des Parteivorstandes an den I. Parteitag . . . . 31 - 36

Briefe des Parteivorsitzenden der SEW Gerhard Danelius an den Regierenden Bürgermeister Albertz und an DDR-Ministerpräsident Willi Stoph vom 10. Januar 1967 . 37 - 39

Brief des DDR-Ministerpräsidenten Willy Stoph an den Parteivorsitzenden der SED-W vom 13. Januar 1967 . . . 41 - 42

Aus dem Brief des Parteivorsitzenden der SEW Gerhard Danelius an den Landesvorstand Berlin der SPD . . . . 43 - 45

Aus dem Wahlprogramm der SED-Westberlin zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 12. März 1967 . . . . . 45 - 47

Bemühungen der SED-Westberlin hatten Erfolg . . . . 49 - 50

Aus der Rede des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius auf der Funktionärskonferenz vom 31. März 1967 . . . . 51 - 52

Passierscheinstelle am Hohenzollerndamm weiterhin geöffnet: „Die Wahrheit" vom 31. März 1967 53

Aus der Ansprache des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius auf dem VII. Parteitag der SED am 21. April 1967 . . . . 53 - 55

Seite

Aus der Rede des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius auf der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlovy Vary am 26. April 1967 . . . 56 - 57

Aus dem Bericht des stellvertretenden Parteivorsitzenden Erich Ziegler über den VII. Parteitag der SED vor dem Parteivorstand am 12. Mai 1967 . . . . 57 - 58

„Manövrieren hat keinen Zweck — der kalte Krieg muß weg." Interview von Gerhard Danelius für „Die Wahrheit" vom 15. September 1967 . . . . . . 59 - 62

„Herzlos menschliche Begegnungen torpediert" aus „Die Wahrheit" vom 14. Dezember 1967 . . . . . 62 - 64

Aus dem Referat von Gerhard Danelius auf der 8. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 15. Dezember 1967 . . 64 - 65

Aus der Grundsatzerklärung der 11. Tagung des Parteivorstandes der SEW vom 18. Oktober 1968 „Für Frieden und Sicherheit" . . . . 67 - 70

Ein Höhepunkt im Leben und Kampf unserer Partei. Aus dem Schlußwort auf dem Außerordentlichen Parteitag der SEW am 15. Februar 1969 71

Aus „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins" . . . . 71 - 72

Interview der „Wahrheit" mit Gerhard Danelius am 22./23. Februar 1969 . . . . 73 - 74

„Die Wahrheit", Extrablatt vom 1. März 1969 . . . . 75 - 76

„Unsere Stadt hat Freunde bitter nötig" aus „Die Wahrheit" vom 1./2. März 1969 . . . . 77 - 79

„Die Wahrheit" vom 4. März 1969 80

„Die Lage nach der Bundesversammlung" . . . . . . 81 - 84

Der „gewachsene" Status für Westberlin — Eskalationsprogramm des kalten Krieges. Artikel von Karlheinz Kniestedt aus „Die Wahrheit" vom 14. April 1969 . . . 84 - 92

Aus der Rede von Gerhard Danelius auf der Funktionärskonferenz der SEW am 4. Juli 1969 . . . . 93 - 94

Aus dem Referat des Genossen Gerhard Danelius auf der Großveranstaltung der SEW zum XX. Jahrestag der DDR in der „Neuen Welt" am 2. Oktober 1969 . . . . 94 - 96

„Westberlin und der Regierungswechsel in Bonn" in „Die Wahrheit" vom 5. November 1969 . . . . 96 - 102

Aus den offenen Worten des Parteivorstandes der SEW an die Arbeiterklasse unserer Stadt „Die Westberliner Arbeiter und die Deutsche Demokratische Republik" . . 103 - 106

Seite

Aus dem Referat des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius auf dem II. Parteitag der SEW am 22. März 1970 . . . 106 - 108

Aus dem Aktionsprogramm der SEW „Für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt“ . . . . 108 - 112

„Politik mit doppeltem Boden bringt nichts ein“, von Herwig Kurzendörfer. Aus „Die Wahrheit“ vom 28. Juli 1970 . . . . 112 - 115

„Moskauer Vertrag — ein Schritt voran“, von Horst Schmitt. Aus „Die Wahrheit“ vom 13. August 1970 . . . 115 - 117

Aus der Rede des Genossen Gerhard Danelius auf der 3. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 17. September 1970 . . . . 117 - 119

Aus dem Dokument „SEW — die Partei der Jugend“ . . 119 - 120

„Das Junktim der Saboteure“. Aus „Die Wahrheit“ vom 8. Dezember 1970 . . . . . . 120 - 121

Aus der Rede von Gerhard Danelius auf dem Wahlkongreß der SEW in der „Neuen Welt“ am 1. Februar 1971 . . . . 121 - 125

Aus dem Wahlprogramm der SEW zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 14. März 1971 . . . . 125 - 126

Brief des Genossen Gerhard Danelius an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph vom 1. Februar 1971 . . . . 127 - 128

Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph an den Parteivorsitzenden der SEW 128

Bericht über die Unterredung einer Delegation des Parteivorstandes der SEW mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph am 5. Februar 1971 . . 129 - 133

Internationale Pressekonferenz des Parteivorstandes der SEW am 8. Februar 1971 . . . . 135 - 143

Brief des Vorsitzenden der SEW Gerhard Danelius an Klaus Schütz 145

Presseerklärung des Parteivorsitzenden der SEW am 16. Februar 1971 . . . . 147 - 150

„Tatsachen, die allein zählen“. Aus „Die Wahrheit“ vom 23. Februar 1971 . . . . 151 - 153

Treffen einer Delegation des Parteivorstandes der SEW mit dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR P. A. Abrassimow . 155 - 157